

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 12. März 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Wandlung in der Arbeits-Konföderation.

Paris, 8. März. (Fig. Ver.)

Der Sieg des Neutralisten Niel bei der Wahl des Sekretärs der Arbeitskonföderation beschäftigt die ganze Presse. Eigentlich mehr, als das Ereignis an sich rechtfertigt. Denn das Wahlergebnis, die überdies nur relative Mehrheit von einer Stimme ist von Streitigkeiten persönlicher und administrativer Natur nicht unbeeinträchtigt gewesen. Die viel wichtigere Tatsache aber, daß nämlich schon die Mehrheit des Pariser Kongresses nicht viel mehr als ein Drittel der organisierten Arbeiter und zumeist die rückständigeren Organisationen repräsentiert, spielt für die oberflächlichen Beurteiler keine Rolle, die hinter den agierenden Personen nicht die wirkenden sozialen Kräfte zu suchen gelernt haben. Zu diesen oberflächlichen Sozialisten gehören vor allem die Syndikalisten selbst und ihre scheinbaren Antipoden, die Sprecher der parlamentarischen Demokratie. Wie die Blätter des Radikalismus, vom Jammer des eigenen Parteiverfalls bedrückt, im Verküsten des anarchosozialistischen Streifen einen Hoffnungsstimmer erblicken und sich einzureden suchen, daß der Klassenverehmende Ministerialismus eine fröhliche Urständ zu feiern berufen sei, so verfallen die besiegten Syndikalisten in wüsten Schimpfen und Loben gegen den neuen Sekretär und gegen diejenigen, die zu seiner Wahl beigetragen haben. Das Tagblatt „Revolution“ vermag sich gar nicht zu beruhigen. Mit der banalen Demagogie, die die Ursachen aller Niederlagen im „Verrat“ einzelner Personen sucht, verdächtigt sie Niel, der „Kandidat der Regierung“ gewesen zu sein und schreit vor den größten Verrätern der größten Arbeiterorganisationen nicht zurück. Und das tun Leute, die ihre anarchosozialistischen Tendenzen immer hinter der heuchlerischen Formel verhehlt haben, die Konföderation solle nicht Me in un gen, sondern die Interessen der ganzen Arbeiterschaft vertreten. Was weiter ist bei der Wahl besieg worden, als die Meinung, die die Minorität der Konföderation über die zweckmäßigste Taktik propagiert hat?

Nicht ohne Komik ist der Jeremiaden, der zwischen diesen Schimpfereien durchklingt und der in den Klagen, daß nach einer solchen Wahl keine Hoffnung mehr auf eine Aktion des Proletariats bleibe, eine fatale Ähnlichkeit mit dem Gejammer mancher royalistischer Blätter aufweist, die über der französischen Nation das Kreuz machen, weil sie sich von den royalistischen Wandalen zu einer „Tat“ aufmuntern läßt. Ernsthafter freilich sind die Drohungen zu nehmen, die darauf hinweisen, daß man den neuen Sekretär vor die Notwendigkeit stellen werde, die von ihm bestämpften Kongreßbeschlüsse über den „Antipatriotismus“ usw. auszuführen. Hier liegt die Absicht einer Herausforderung offen, die unzulänglich zu Auseinandersetzungen führen möchte, die die Einheit der Gewerkschaftsorganisation in Frage stellen würden. Wie die Beurteilung der Wahl die Verständnislosigkeit der syndikalistischen Politiker beweist, so diese Absichten ihre Skrupellosigkeit. Gerade sie haben bisher die Konföderation als ein bloßes Verständigungsorgan, einen „Vorkast“ behandelt, die Kongreßbeschlüsse als einen Ausdruck der in der Konföderation vorherrschenden Anschauungen, nicht als ein alle Organisationen bindendes Aktionsprogramm.

Der Jörn der Besiegten ist ja zu begreifen. Er quillt aus dem Bewußtsein einer Schwäche, deren Maß durch die Schlappe in der letzten Woche nicht gegeben ist. Mit Niel steigt zunächst kein neues Prinzip, sondern eine neue Taktik. Theoretisch steht Niel den Syndikalisten noch viel näher als den Gewerkschaften anderer Länder. Auch er glaubt — er hat dies erst dieser Tage in einer programmatischen Rede dargelegt — daß die Gewerkschaft sich selbst genüge und im Grunde sei, durch ihren Kampf gegen das Unternehmertum nötigenfalls mittels des Generalstreiks das Lohnsystem abzuschaffen. Also auch für ihn ist die Eroberung der politischen Macht eine Angelegenheit, die die organisierte Arbeiterklasse als solche nicht angeht, vielmehr wie der Kampf gegen den Krieg speziellen Organisationen von Parteien zu überlassen sei, die der Arbeiter mit einigem Nachdruck behandelt. Trotzdem war es für die Erkenntnis des Wesens der sozialistischen Aktion vordringenden Gewerkschaften eine praktische Notwendigkeit, für Niel zu stimmen. Er vertritt den tatsächlichen Grundsatz, daß die „Revolution“ nicht mit Gewalttätigkeit identisch sei, was genau Lassalles Wort von der „Revolution im Heugabelsinn“ wiedergibt. Er ist für die, zur vollen Verwirklichung der Gewerkschaften nötige, unbedingte Ausschließung der Politik aus den Fachorganisationen. Etwas anderes wollen die Sozialisten auch nicht. Nur, daß sie selbst natürlich einen führenden Einfluß in den Gewerkschaften zu erlangen trachten, weil nur der lebendige sozialistische Geist diese auf der Bahn des Klassenkampfes erhalten und vor Verfall in Bürokratie bewahren kann. Das Lieblingswort der Syndikalisten von den intelligenten, energischen Minoritäten mag hier seine Anwendung finden — mit dem Ziel, sich selbst aufzuheben, in der Durchbringung des ganzen Proletariats oder doch seiner großen Mehrheit mit sozialistischem Bewußtsein.

Mehr als die — immerhin aus vorübergehenden Stimmungen erklärbare — Abneigung der Arbeitermassen gegen die Erneuerung der „revolutionären Gymnastik“ muß die Syndikalisten die Erkenntnis bedrücken, daß ihr Versuch, die ganze sozialistische Bewegung auf ihre Mühle zu leiten, sich als aussichtslos erweist. Sie haben ein paar Jahre auf einem für sie überaus günstigen Gebiet gearbeitet, in einer verfallenden Demokratie, die dem Proletariat das Schauspiel des erbitterten Verrats sozialistischer Politiker bot. Eine Schar von Intellektuellen stellte ihnen begabte Theoretiker und

gewandte Journalisten. Trotzdem sind ihre, von der bürgerlichen Presse lärmend übertriebenen Erfolge an der Oberfläche haften geblieben und haben die Ueberzeugung der Arbeiterschaft von der Notwendigkeit des Kampfes um die politische Macht nicht auszurotten vermocht. Eine Welle neu-proudhonistischer und neu-blanquistischer Stimmungen ist über das Proletariat hinweggegangen, einige hat sie umgerissen, viele haben sich halb aus Vertrauen, halb aus Schwäche von ihr tragen lassen — aber sie beginnt sich zu verlaufen. Es entbehrt nicht der Ironie, daß diese Wendung in dem Augenblick offenkundig wird, da der Zufall der syndikalistischen Schule die Mittel in die Hände gespielt hat, der Öffentlichkeit ein Tagblatt wie als ein Zeichen wachsenden Einflusses darzubieten.

Daß die Wahl Niels für die Utopie des „sozialen Friedens“ kein Pfand und keine Hoffnung ist, sehen die Organe der kapitalistischen Bourgeoisie, die in politisch-ökonomischen Dingen einen viel schärferen Blick haben als die kleinbürgerlich-radikalen Missionäre und Erfolgsgläubiger, wohl ein: der „Figaro“, der „Temps“, das „Journal des Débats“ kommen zu einem recht pessimistischen Urteil, das ungefähr darauf hinausläuft, es sei für die Bestenben nicht besser, ja eigentlich gefährlicher, langsam geröstet, statt schnell verbräut zu werden. Liegt diese Beurteilung auch in der Linie einer Politik, die alle sozialkonservativen Elemente zum Kampf gegen das Proletariat zusammenfaßt und die demokratische Wiedpolitik endgültig abtun will, so ist sie trotz und vielleicht gerade wegen dieser Interessiertheit besser begründet. Kommt der blinde Nebandendurst der Syndikalisten den Kapitalisten nicht zu Hilfe, so wird eine Gewerkschaftsbewegung, die immer größere Massen des Proletariats zusammenfaßt und zusammen hält, der Bourgeoisie dauernde und größere Zugeständnisse abzwängen, als die Sturmäufe der letzten Jahre vermochten. Gerade die jetzige Krise macht es der bedeutendsten syndikalistischen Organisation, den Bauarbeitern, sehr sichtbar, wie unsicher die Macht einer Gewerkschaft ist, die eine jah emporgelommene Schöpfung jenes „Plans“ ist, den die Metaphysiker des Syndikalismus so verehren.

Daß aber die Gewerkschaften die Grenzen ihrer Macht, ihre Beschränkung auf die Fehung der Arbeiterklasse innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung einsehen und darum die unlogische Verknüpfung der Neutralitätstheorie mit der Idee der sozialen Revolution aufgeben werden, dafür wird vor allem die Entwicklung der Klassenkämpfe selbst sorgen. Vor einiger Zeit, in einem Augenblick, da die Woge der syndikalistischen Agitation gerade sehr hoch ging, konnte man im „Figaro“ die Gutachten der Unternehmer lesen, die die Meinung aussprachen, die eigentliche Gefahr liege nicht im Syndikalismus, trotz seines oft so gewalttätigen Auftretens, sondern im Sozialismus, der, mit einer weniger abenteuerlichen Taktik, das Prinzip der bestehenden Gesellschaftsordnung selbst angreife. Ist Niels Taktik besser als die der revolutionären Gymnastiker, so wird die Arbeiterschaft noch erkennen müssen, wie unzureichend sein Prinzip ist, daß die organisierte Arbeiterklasse in ihrem Kampf für die Aufhebung des Lohnsystems das Problem des Staates — die Frage, ob er anarchosozialistisch zu zerstören oder sozialdemokratisch zu erobern sei — als nebensächlich behandeln könne. Noch findet diese Meinung in Frankreich viele Anhänger und die sozialistische Partei selbst hat ihr viele Konfessionen gemacht. Es ist sicher eine ganz besondere Merkwürdigkeit, daß das Tagblatt der Partei, die „Humanité“, so ziemlich die einzige französische Zeitung ist, die über die Wahl in der Konföderation keine Meinung ausgesprochen hat. Bei aller Erwägung der Vorteile, die man sich seinerzeit von der für alle Richtungen offenen gewerkschaftlichen Tribüne versprochen hat, überläßt es doch, daß in gewerkschaftlichen Dingen jedermann in der „Humanité“ seine Meinung äußern darf — ausgenommen die Redaktion. Diese bis zum äußersten getriebene Zurückhaltung hat aber die „Humanité“ nicht einmal vor der Gehässigkeit der Syndikalisten bewahrt, denn in der „Revolution“, die allerdings auch an der Verdricklichkeit des erfolglosen Konkurrenten leidet, greift sie Murreheim festig wegen ihrer „stillen Begünstigung“ Niels an. Ihr Schweigen wird aber auch durch die frühe Neutralität in den gewerkschaftlichen Fragen nicht vollständig erklärt. Denn mag es für den Nielschen Neutralismus unwesentlich erscheinen, ob die Arbeiterschaft anarchosozialistisch oder sozialistisch denkt, so ist doch offenbar, daß der sozialistischen Partei, die sich ja nicht selbst für überflüssig halten kann, die Taktik und die leitenden Gesichtspunkte der gewerkschaftlichen Aktion nicht gleichgültig sein können. Voraussetzlich aber werden dieselben Umstände, die die Klärung in den Gewerkschaften befördern werden, auch der Klarheit und der Entschiedenheit der sozialistischen Partei zugute kommen. Der französische Sozialismus hat jetzt einen wichtigen Helfer — den bürgerlichen Radikalismus, dessen Vankrott dem Proletariat die Wahrheit des Klassenkampfes, aber auch die Notwendigkeit des Kampfes um die politische Macht außer allem Zweifel stellen wird.

Tohu-Wabohu.

Die Reichsfinanzreform bildet zurzeit ein wüstes Chaos. Die direkten Steuern stehen noch ebensowenig fest wie die indirekten Steuern. Die Nachlasssteuer schien nur für einen Augenblick durch die famose Besitzsteuer ersetzt. Jetzt machen die süddeutschen Regierungen anscheinend energisch gegen die „Besitzsteuer“ Front. Da gleichzeitig dem Freisinn in seinen eigenen Reihen lebhaftere Opposition wegen seines Umfalls in Sachen der Nachlasssteuer erwächst, ist die Besitzsteuer wiederum ernsthaft in Frage gestellt. Was wird also werden? Werden die Konservativen, in deren Kreisen sich ebenfalls Opposition gegen die Haltung der führenden Agrarier

zu regen beginnt, sich schließlich doch, trotz der ultramontanen Anfachung der agrarischen Gut, mit der Nachlasssteuer abfinden? Oder werden sie schließlich doch den Widerstand der süddeutschen Regierungen brechen und die Besitzsteuer durchdrücken? Oder aber: wird sich aus dem chaotischen Widerstreit der Interessen ein allgemeiner Konflikt entwickeln, der entweder Vilow stürzt und dann den konservativ-ultramontanen Vlodwiederherstellt oder aber gar zu der tollen Komödie einer neuen Reichstagsauflösung führt? Den Kombinationspolitikern eröffnen sich wahrhaft unbegrenzte Möglichkeiten! Nichts leichter, als sich in den verwegenen Prophezeiungen zu ergehen. Wir verzichten darauf, uns an dieser konjekturalpolitisch zu beteiligen. Wir können das um so eher, als sich die Sozialdemokratie in der beneidenswerten Lage befindet, jeder Eventualität mit Gleichmut begegnen zu können. Will sich der Freisinn vollends unmöglich machen — uns kann das recht sein. Wird der Freisinn durch das Zentrum aus seiner Position wieder herausgeworfen — wir brauchen unsere Tränen nicht mit denen des Freisinns zu vereinigen. Stürzt Vilow — so trauern wir ihm nicht nach. Rame es gar zu einer Reichstagsauflösung — nun, die Sozialdemokratie hat noch niemals einen Kampf gescheut. Und darüber, wie dieser Wahlkampf zu führen wäre, kann ein Sozialdemokrat auch nicht einen Augenblick im Zweifel sein. Wir sind gerüstet, mag das Spiel beginnen!

Und wenn die bürgerlichen Parteien sich wegen der indirekten Steuern raufen, wenn, nach der „Frankf. Zig.“, an Stelle der Steuern auf Inzerate, Elektrizität und Wein eine Erhöhung des Kaffeezolles und eine Kohlensteuer treten sollen, so ist auch dieser Auswechslungspolitik gegenüber der Standpunkt der Sozialdemokratie gegeben. Handelt es sich doch um die gleiche Politik der Volksausplünderung durch indirekte Steuern, um der bestehenden Minderheit das Zahlen direkter Steuern zu ersparen. Wie die Dinge sich auch entwickeln mögen: an einer Brandmarkung der Politik der wie immer gearteten Volksausraubung durch die sogenannte Finanzreform wird es die Sozialdemokratie nicht fehlen lassen!

Rheinbaben als Konkurrent Dernburgs.

Um die Behauptungen des konservativen Professors Delbrück zu widerlegen, der die Feindseligkeit der Agrarier gegen die Nachlasssteuer auf die Furcht zurückgeführt hatte, auf bisher geübten kolossalen Steuerdefraudationen ertappt zu werden, hat der preussische Finanzminister in der „Berl. Korrespondenz“ eine Darstellung des preussischen Vermögensbestandes veröffentlicht, die es an Kühnheit der Schätzungen beinahe mit den famosen Kolonialbilanzen Dernburgs aufzunehmen vermag. In der Rheinbabenischen Darstellung heißt es:

„Von dem von Steinmann-Vacher ermittelten Gesamtbetrage sind ferner nicht nur, wie es in dem Artikel der „Preussischen Jahrbücher“ geschieht, die Eigentumsverhältnisse der produktiven und verbredenden Reichs- und Staatsanlagen, sondern auch noch zahlreiche andere Werte, die der preussischen Ergänzungsteuer nicht unterliegen, in Abzug zu bringen. Es sei nur hingewiesen auf die den Steuerpflichtigen gehörigen Möbel und Hausgeräte, deren Wert auf 20 Milliarden Mark zu veranschlagen sein dürfte, auf die in ausländischen Grundbesitz und in ausländischen gewerblichen Anlagen angelegten Kapitalien und auf alles Vermögen, einschließlich des Grundbesitzes und der Gewerbebetriebe, der Gemeinden, Kreise, Provinzen, Kirchen und Stiftungen. Von der preussischen Ergänzungsteuer sind ferner befreit auch alle Vermögen, welche die Höhe von 6000 Mark nicht übersteigen. Nach den hierüber vorhandenen Anhaltspunkten ist der Wert dieser Vermögen auf mindestens 80 Milliarden Mark zu veranschlagen.“

Daß Herr v. Rheinbaben den Wert der Möbel und Hausgeräte der Steuerpflichtigen der Ergänzungsteuer auf 20 Milliarden veranschlagt, um die viel zu niedrige Einschätzung der preussischen Vermögen zu erklären, ist ein starkes Stück! Denn da nur 1 1/2 Millionen Steuerpflichtige vorhanden sind, würde danach auf jeden Steuerpflichtigen ein Wert an Möbeln und Hausgeräten von mehr als 13 000 Mark entfallen! Und das, obwohl die Hälfte der 1 1/2 Millionen nur ein Vermögen von 6000—20 000 Mark versteuert!

Ebenso ungeheuer übertrieben ist die Schätzung, daß das Vermögen der preussischen Bevölkerung mit weniger als 6000 Mark Vermögen 30 Milliarden betrage! Danach wäre pro Kopf der gesamten preussischen Bevölkerung ein Vermögen von mindestens 800 Mark vorhanden! Daß das Unsinn ist, liegt auf der Hand; wird doch von anderer Seite das Vermögen sämtlicher nicht Ergänzungsteuerpflichtigen auf noch nicht 10 Milliarden geschätzt!

Diese kühnen Schätzungen leistet sich aber Herr v. Rheinbaben nur, um die Agrarier gegen den Verdacht gewaltiger Steuerhinterziehungen in Schutz zu nehmen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 11. März 1909.

Das Gesetz gegen die Weinphantocherei.

Aus dem Reichstage. (11. März.) Eine „Ich Fülle von Rednern wie zum Weingeist ist seit Jahren nicht vor das Haus getreten. Als heute, am zweiten Tage der

Antwort des Ministers sonst kein gerichtliches Verfahren gegen ihn eingeleitet werden könne. Es sei dies, schloß Marlow, eine moralische Pflicht des Präsidenten, um entweder seine vollkommene Rehabilitierung oder seine Verurteilung herbeizuführen. —

Parlamentarisches.

Die Finanzkommission des Reichstags begann am Mittwoch die Beratung der

Brauenerwerbsvorlage.

Die Beratung begann mit § 6 der Vorlage, der folgende Staffelung vorsieht:

Die Steuer beträgt für jeden Doppelzentner des nach § 5 Absatz 3 berechneten Gesamtgewichts der in einem Brauereibetriebe innerhalb eines Rechnungsjahres steuerpflichtig gewordenen Brauereierzeugnisse:

von den ersten 250 Doppelzentnern	14 M.
folgenden 1250 Doppelzentnern	15 "
1500	16 "
2000	18 "
dem Rest	20 "

Dazu hat der Abg. v. Camp den Antrag gestellt, die Staffelung folgendermaßen vorzuschreiben:

von den ersten 250 Doppelzentnern	10 M.
folgenden 750	12 "
600	18 "
dem Rest	20 "

Der Abg. Lehner erstattete Bericht über die Petitionen. Der Inhalt betont im wesentlichen, daß die Produktionskosten gesteigert seien; daß der Anti-Alkoholisismus zugenommen habe; der Obstweinverbrauch habe sich erhöht und mache Konkurrenz, ebenso die alkoholfreien Getränke; der Kursstand der Aktien sei zurückgegangen; die geforderte Steuererhöhung könne nicht auf den Konsum abgewälzt werden. Einzelne Petitionen wünschen eine Kontingentierung der Bierproduktion, mit eventueller Reduzierung der Produktion von 10—15 Proz. Andere Petitionen wünschen die Besteuerung alkoholfreier Getränke. Mäßigkeitsvereine sind für höhere Besteuerung des Bieres.

Abg. v. Camp tritt für seinen Antrag ein und erklärt, seine Fraktion sei für höhere Besteuerung des Bieres. Es sei nicht seine Absicht, die geforderten Mehrbeträge noch zu erhöhen. Für die Besteuerung alkoholfreier Getränke trete er ein, aber die Kontingentierung des Brauereiwesens, über die in zweiter Lesung vielleicht eingehend geredet werden könnte, erregt ihn Bedenken.

Der Schatzsekretär Sydow erwiderte, es sei sehr schwer, die alkoholfreien Getränke zu besteuern; es kämen allein etwa 6000 Seltenerbetriebe in Betracht. Durch diese Besteuerung würden die Mäßigkeitsbestrebungen eingeschränkt, was doch gewiss niemand wolle. Camp solle erst genau darstellen, wie er sich die Wirkungen seiner Staffel denke.

Abg. Speck (Z.) weist nicht, wie nach der beabsichtigten Erhöhung der Biersteuer der bayerische Etat im Gleichgewicht gehalten werden kann. Die Kontingentierung des Brauereiwesens sei äußerst bedenklich. So hätten bekanntlich Bierfabrikanten sich angeboten, eine Reichsteuer zu tragen, wenn die Bierproduktion kontingentiert werde. Es gehe nicht an, so in die Produktionsverhältnisse einzugreifen und die Konkurrenzfähigkeit zu beschränken. Für die bayerische Exportbrauerei eigene sich die Kontingentierung nicht; er sei prinzipieller Gegner derselben. Werde sie in Angriff genommen, so frage es sich, ob die Bundesregierungen darauf eingingen. Die vorgelegte Steuerfala, auch der Antrag Camp stehe nicht im Einklang mit dem verfassungsmäßigen Schutz der Inlandsproduktion der Einzelstaaten, der die Ubergangsbabgabe betreffe. Dieser Art der Staffelung sei nicht richtig. Er könne nicht für die Vorlage eintreten. Mehrere seiner Freunde seien bereit, höhere Steuererträge aus dem Bier zu holen, nur nehmen sie Anstoß an der großen Vereinträchtigung der Einzelstaaten.

Ministerialdirektor Schmidt erwiderte, die Vorlage wolle den Weg bezeichnen, auf dem höhere Steuererträge aus dem Bier gewonnen werden sollen. Ueber Einzelheiten werde ja in der Beratung Aufklärung gegeben.

Abg. Weber (natl.) erklärt für seine Fraktion die Bereitwilligkeit, aus dem Brauereiwesens neue Mittel für die Reichsfinanzen schaffen zu helfen. Speck befände sich mit seinen Anschauungen im Gegensatz zu denen des Abg. Speck, der vor acht Tagen sagte, seine Partei wolle mitarbeiten, die Finanznot zu beseitigen. Weber wünschte eine Gesetzesvorlage über eine andere Mischung der Schankgebühren. Er habe gehört, daß Verhandlungen mit den verbündeten Regierungen hierüber im Gange seien.

Abg. Hubert bemerkt, die Steuer von 1906 sei von den Brauereiern auf die Gastwirte abgewälzt worden, die sie ihrerseits wieder auf die Arbeiter respektive Konsumenten abwälzen suchten. Die Arbeiterkraft, auf die die jetzt geforderte Steuererhöhung wieder abgewälzt werden sollte, sei nicht gewillt, diese Last zu tragen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die neue Steuer einen Kampf herbeiführe, der geradezu eine Vernichtung von Brauereien und ungezählten Gastwirten zur Folge haben könne. (Hört! hört!) In die schwierigste Lage kämen die Gastwirte, die sowieso schon unter den jetzigen Steuern auf Bier, aus kommunalen, zu leiden hätten. Warum seien den Abgeordneten die Erhebungen nicht zugegangen, die die Regierung über das Gastwirtsgebet vornehmen ließ? — Seit 1906 sei ein großer Rückgang im Brauereiwesens eingetreten. Neben spricht zum Schluß gegen eine Besteuerung alkoholfreier Getränke, durch die ebenfalls die Arbeiter zuerst getroffen würden. Seine Fraktion lehne jede Belastung des Bieres ab; man solle direkte Steuern auf die Besitzenden legen.

Der konservative Abg. v. Richthofen trat für die Vorlage ein.

Schatzsekretär Sydow erklärte, es bestehe bei den verbündeten Regierungen die Gewissheit, eine andere Mischung der Schankgebühren herbeizuführen; dem Reichstage würde demnach eine Vorlage unterbreitet werden, nach der die Schankgebühren statt nach Gebieten nach Wohnsitzen geordnet werden sollen.

Ein bayerischer Bundesratsmitglied erklärte, daß die verfassungsmäßigen Garantien für die Inlandsproduktion der Einzelstaaten nicht gefährdet werden dürften. — Der Abg. Wiemer (fr.) entgegnete dem Abg. Speck, er und seine Freunde hätten dem Kompromiß über die Besteuerung nur unter Vorbehalt zugestimmt, um versuchen zu können, was an indirekten Steuern einzuführen möglich sei. Man werde um eine Besteuerung des Bieres nicht herum kommen. Das Brauereiwesens habe sich mit der Notwendigkeit der neuen Steuer abgefunden. Nun müsse untersucht werden, wie die Steuer am besten zu gestalten sei. Den Gedanken einer Kontingentierung solle man aufgeben. Die Staffelung der Regierungsvorlage sei die bessere. Die geforderte Summe von 100 Millionen lasse sich vielleicht etwas herabsetzen. Ueber die Frage der Besteuerung alkoholfreier Getränke müsse eine gründliche Prüfung erfolgen.

Der bayerische Zentrumsgesandte Steindl spricht scharf gegen den Antisemitismus Kaab für die Vorlage; nur solle die KommunaLe Besteuerung in Wegfall kommen.

Nächste Sitzung: Freitag 10 Uhr.

Die Kommission zur Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle schloß am Donnerstag die Verhandlungen über eine

Winderstrafe für die Handlungsgehilfen fort. Der § 139 d bestimmt die Ausnahmen für die Innehaltung einer zehnstündigen Ruhezeit. Die Ruhezeit soll durchbrochen werden bei Arbeiten, die zur Verfertigung des Verkehrens von Waren unverzüglich vorgenommen werden, bei Ausnahmen der Inventur und an 30 Tagen, die die Ortspolizeibehörde bestimmt. — Unsere Genossen beantragen, die 30 Ausnahmetage zu streichen. Abgeordneter Schack (wirtsch. Vg.) beantragt, in den Ausnahmefällen die Ruhezeit auf mindestens drei Stunden zu bemessen. Die Anträge werden abgelehnt.

Im § 139e wird der

Ladenschluß für offene Verkaufsstellen

geregelt. Das Gesetz bestimmt den Reumehr-Ladenschluß. Unsere Genossen beantragen den Achtuhr-Ladenschluß. Den gleichen Antrag stellt der Abg. Schack.

Genosse Hoch bedauert, daß eine große Anzahl Gemeinden den Achtuhr-Ladenschluß noch nicht durchgeführt haben; deshalb ist eine allgemeine Vorschrift für alle Orte notwendig. Es ist ein unheilvoller Zustand, daß in Berlin der Achtuhr-Ladenschluß eingeführt ist, während einige Vorortgemeinden noch den Reumehr-Ladenschluß haben. Die Geschäftsleute beschwerten sich mit Recht darüber, daß in ein und derselben Straße ein Teil der Geschäftsleute je nach der Zugehörigkeit zur Gemeinde um 8 Uhr schließen muß, der andere Teil um 9 Uhr. Ein Regierungsvertreter erklärt den Antrag für unannehmbar. Dagegen lehnen die Abg. Manz (fr.) und Schack (Wp.) den Antrag ab; das Zentrum beantragt den Achtuhr-Ladenschluß, an Sonnabenden den Reumehr-Ladenschluß. Der Antrag des Zentrums wird angenommen, die anderen Anträge abgelehnt.

Im § 139f Abs. II Ziffer 2 kann die Ortspolizeibehörde an 40 Tagen im Jahre die Geschäftszeit bis 10 Uhr abends gestatten. Unsere Genossen und Abg. Schack (wirtsch. Vg.) wollen die Bestimmung streichen. Abg. Hise (Z.) ist gegen diese Anträge. Die Ausnahmen sind insbesondere für die Zeit vor Weihnachtsfesten notwendig. Die Anträge werden abgelehnt.

Unsere Genossen beantragen, den Ladenschluß auch für Barbiergehäfte einzuführen. Dieser Antrag wird nur von unseren Genossen und dem Abg. Schack unterstützt, von den übrigen Mitgliedern der Kommission abgelehnt.

Zur Debatte stand hierauf ein Antrag Schack (wirtsch. Vg.): In Schreibstuben, Kontoren und Lagerräumen den männlichen Angestellten einen Maximalarbeitstag von neun Stunden, den weiblichen Angestellten eine achtsündige Arbeitszeit zu gewähren. Unsere Genossen beantragen eine 14stündige Ruhezeit und eine zehnstündige Ruhezeit. Die zehnstündige Mittagspause wird auch vom Abg. Schack gefordert. Abg. Hise (Z.) beantragt eine zehnstündige Ruhezeit und eine neunstündige Arbeitszeit. Die Mittagspause soll 1 1/2 Stunden betragen. Nur wenn die Arbeitszeit acht Stunden oder weniger betrage, könne die Ruhezeit auf eine halbe Stunde gekürzt werden. An 50 Tagen im Jahre sind Ausnahmen zulässig.

Die Regierungsvertreter erklären sich gegen die Anträge; auch der Abg. Manz (fr.) hält die Anträge für unannehmbar. Die herkömmlichen langen Arbeitszeiten werden ganz von selbst verschwinden. Genosse Stadthagen weist darauf hin, daß in Rußland für die Angestellten in Kontoren die Arbeitszeit um 5 Uhr beendet sein muß, an Sonnabenden um 1 Uhr.

Da Abg. Merkel (natl.) sich gegen den Maximalarbeitstag wendet, hält Abg. Schack dem entgegen, daß die nationalliberale Partei Resolutionen eingebracht habe, die eine Regelung der Arbeitszeit verlangen und vom Reichstage angenommen wurden; man wisse nicht, was man sagen solle, wenn jetzt bei der praktischen Ausführung dieser Forderung die nationalliberale Partei einen ganz entgegengesetzten Standpunkt einnimmt.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Hise angenommen, die anderen Anträge werden abgelehnt. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag statt.

Aud der Budgetkommission des Reichstags.

(34. Sitzung vom 11. März.)

Abg. Gothein fragt an, in welcher Weise die Militärverwaltung ihre Verträge wegen der Kohlenlieferung abschließt und welche Preise sie bezahlt. Die Antwort lautet, daß die Kohlen zumeist von den preussischen kaiserlichen Gruben bezogen würden und daß den Militärbehörden ein erheblicher Preisnachlaß gewährt werde.

Eine längere Debatte entspann sich über die bei Kadettenanstalten vorhandenen Musikkapellen. Erzberger wünscht die Aufhebung dieser Kapellen, denn von all den Gründen, die für die Beibehaltung der Musikkorps bei den Regimentern sprechen, könne hier kein einziger angeführt werden. Der Abg. Semler wünscht, daß die Musik nicht nur beibehalten, sondern auch noch ausgedehnt wird, weil die Pflege der Musik die jungen Leute von Dummheiten abhalte und sie für edle Dinge begeistere.

Weiter regt der Abg. Erzberger an, die Pensionspreise für die Jüglinge wohlhabender Eltern zu erhöhen; ihm schließt sich der Abg. Singer im wesentlichen an. Oberst Wendel teilt mit, daß heute bereits eine Absenkung der Pensionspreise nach der Vermögenslage der Eltern bestehe. Die Preise schwanken zwischen 350 bis 800 M. jährlich. Aus der Kommission heraus wird der höchste Preis für zu niedrig gehalten, denn damit seien ja nicht einmal die Selbstkosten gedeckt. Erzberger beantragt, den Reichszentralrat zu ersuchen, behufs Schaffung weiterer Freistellen die Erziehungsbeiträge der Kinder wohlhabender Eltern zu erhöhen. Diese Resolution wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Beim Titel

werden 354 700 M. für Kasernenmieten usw. gefordert. Vorgelesen ist, daß die Unteroffizierschule von Jülich nach Viehdick und die dort befindliche Unteroffizierschule nach Weglar verlegt werde. Auf Antrag des Berichterstatters Erzberger wird mit knapper Mehrheit beschlossen, den Posten für Weglar zu streichen, so daß demnach die beabsichtigten Verlegungen vorläufig nicht vorgenommen werden.

Für

Unterrichtsgelder der Truppen

werden 758 598 M. (871 055 M. mehr als im Vorjahr) gefordert. Die Kommission hatte früher selber mehrfach den Wunsch ausgesprochen, daß der Kapitulantenunterricht ausgedehnt werde, um den Unteroffizieren das erforderliche Maß von Wissen für ihren Beruf zu gewähren und ihnen beim Uebertritt in den Zivildienst eine Stelle zu bieten, zu deren Ausfüllung einige Kenntnisse gehören. Oberst Wendel teilt mit, daß die Unteroffiziere neben einer guten Volksschulbildung auch Unterricht im Französischen erhalten sollen! Allgemein war die Kommission der Ansicht, daß es besser sei, wenn der Unterrichtsplan nicht so weit gesteckt, dafür aber das Lehrziel erreicht werde.

Beim Kapitel

Militärangewiesenen

wird mitgeteilt, daß seit Einführung der zweijährigen Dienstzeit die Zahl der Gefangenen ständig zurückgegangen ist. Für Verpflegung werden daher rund 120 000 M. weniger angefordert. Die Kommission streich von der noch verbleibenden Restsumme von 244 900 M. noch 3000 M. ab.

Beim Kapitel

Artillerie und Waffenwesen

fragt Erzberger an, warum in der Artilleriewerkstatt zu Spandau nachts gearbeitet wird, während die Tageszeit völlig ausreicht, um die vorhandenen Aufträge auszuführen. Es werden zwei Resolutionen angenommen; die eine verlangt die Anhebung der Nachtarbeit und die andere die Errichtung einer Arbeiterpensionskasse.

Nächste Sitzung Freitag. Fortsetzung der heutigen Beratung.

Aus der Partei.

Die Maifeier.

Der Sozialdemokratische Verein Lübeck beschloß in einer von 600 Mitgliedern besuchten Versammlung nach ein-

gehender Debatte, den 1. Mai in der allhergebrachten Form durch Arbeitsruhe zu begehen. Wie bisher findet vormittags eine Meier und nachmittags ein Festzug mit Musik und Fahnen von der Stadt nach einem Vorort statt. Ein Antrag, von einer allgemeinen Arbeitsruhe abzusehen und die Meier am Abend durch zwei große Demonstrationen zu ersetzen, wurde gegen eine starke Widerheit abgelehnt. Die Metallarbeiter haben die Arbeitsruhe verworfen.

Unsere Toten.

In Mannheim starb am Dienstag der Genosse Heinrich Schaefer, der Parteisekretär des Wahlkreises Mannheim und des badischen Landesvorstandes, als dessen Mitglied er erst vor kurzen, nach dem Offenburger Parteitag, von den Mannheimer Genossen wiedergewählt worden war. Genosse Schaefer hatte sich, nachdem er vom badischen Parteitag heimgekommen war, einer Blinddarmerkrankung unterzogen müssen; eine Bauchfellentzündung, die am fünften Tage des Krankenzustandes eintrat, machte die Kunst der Ärzte ausbleiben.

Heinrich Schaefer ist nur 45 Jahre alt geworden, aber lang ist die Reihe der Jahre, die er in Dienste der Partei verbracht hat. Denn schon als junger Schreinergehilfe trat er in den achtziger Jahren in Frankfurt a. M. der Partei bei, und wie eifrig er dort unter dem Ausnahmegesetz gearbeitet hat, das zeigt der Umstand, daß er unter den Genossen war, die am Weihnachtsabend 1896 das Gebiet des Frankfurt-Offenbacher Belagerungszustandes verlassen mußten. Schaefer begab sich nach Mannheim. Von der Polizei von Weiskopf zu Weiskopf verfolgt, gelang es ihm nicht, eine dauernde Arbeitsstätte zu finden, zeitweise mußte er Mannheim ganz verlassen. Erst kurz vor dem Fall des Ausnahmegesetzes war es ihm möglich, festen Fuß in Mannheim zu fassen. Im Jahre 1901 trat Schaefer in den Dienst der Ortskrankenkasse; 1903 vertauschte er die Stellung mit der des Parteisekretärs für den Wahlkreis Mannheim. Hier war er auf seinem Plage. Seine gewissenhafte Geschäftsführung und seine genaue Kenntnis der badischen Parteiverhältnisse wird die badische Partei sehr entbehren. — Das Andenken des treuen Kämpfers und Arbeiters wird von der Arbeiterschaft in Ehren gehalten werden.

In Ludwigshafen verschied am Montag, ebenfalls im 45. Jahre, Genosse Jean Sand. Auch er, der Sohn blutarmer Weber zu Landrecht, hat sich in jugendlichen Jahren der Sozialdemokratie angeschlossen. Bald wurde er der Vertrauensmann der Landredner Genossen — in den schlimmen Jahren des Ausnahmegesetzes wirkte er mit Feuereifer die Verbreitung der Parteischriften den Polizeiverfolgungen zum Trotz zu bewirken. Im Jahre 1899 wurde er als „Mädelsführer“ bei einer Lohnbewegung seiner Berufsgenossen der Landredner Textilarbeiter, gemahregelt. Ein Jahr lang mußte Sand sich als Steinarbeiter bei ungewohnter harter Arbeit durchschlagen, dann wurde er im Jahre 1899 als Annoncist alquiltur für Ludwigshafen an die neugegründete Mannheimer Volkstimme berufen. In dieser Stellung hat er sich eifrig betätigt und seiner treuen Arbeit mit verdankt es die Ludwigshafener Organisation, daß ihr Organ, die „Pfälzische Post“, sich aus dem Kopfblatt der „Mannheimer Volkstimme“ zum selbständigen Organ entwickeln konnte, das jetzt in eigener Druckerei und in eigenem Hause hergestellt wird. Mehrfach haben die Ludwigshafener Genossen den verdienstvollen Kämpfer zu Vertrauensposten in der Organisation berufen; so gehörte er auch dem pfälzischen Gauvorstande an. Ehre seinem Andenken!

Der Ausschluß der Redakteure der „Kampfbanner“ „Tribüne“.

Die Uraffirmation, die die holländische sozialdemokratische Partei wegen der Beschlüsse des Parteitages zu Deventer vornahm, hat die Beschlüsse des Parteitages bestätigt. Somit sind also definitiv die „Tribüne“-Redakteure aus dem Parteiverbande ausgeschlossen. Die für Sonntag einberufene Versammlung der „Tribüne“-Anhänger wird demnach die Gründung einer neuen Partei beschließen.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Strassfests der Presse. Von der Strafkammer zu Weimar wurde Genosse Georg Pfeiffer von der Weimarer „Volkzeitung“ in Jena wegen Verleumdung der weimarer Justiz zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Straftat soll in einem Artikel begangen sein, der sich mit den Vorgängen in der Strafkasse des Dr. Bernsdorff befaßte. Beantwortet waren sechs Monate.

Wegen Verleumdung eines Pfarrers wurde Genosse Barth vom „Volkfreund“ zu Sonneberg zu 200 M. Geldstrafe verurteilt. Außerdem erhielt er wegen Verleumdung kirchlicher Gebrauche 14 Tage Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte nur eine Woche beantragt.

Vom Landgericht Erfurt wurde Genosse Behold vom Parteiblatt „Thüringer“ zu 100 M. Geldstrafe verurteilt, weil er einen Rechtsanwalt beleidigt haben soll. Das Schöffengericht als erste Instanz hatte 75 M. Geldstrafe für ausreichend gehalten.

Aus Industrie und Handel.

Streiflichter auf die wirtschaftliche Lage.

Trotz der Ermäßigung der meisten Rohstoffpreise und der Geldverbilligung am offenen Markte macht die Geldverbilligung der industriellen Verhältnisse nur sehr langsame, kaum merkbare Fortschritte.

Die wenig günstige Lage des Außenhandels spiegelt sich in der kürzlich veröffentlichten Uebersicht wieder. Die Gesamtimporte des Jahres 1908 stellten sich dem Werte nach auf 8738 gegen 9003 Millionen Mark im Jahre vorher. Die Ausfuhr betrug 6841 gegen 7101 Millionen Mark. Dabei erfolgte die Verwertung der Werte nach den für das Jahr 1907 festgelegten Einheitswerten, während andererseits die Ausfuhr billiger und schwerer Waren überwiegt. Die Verkehrtseinnahmen der Eisenbahnen bewegten sich im Einklang mit der geringeren Verbilligung von Handel und Industrie in absteigender Linie. Im Dezember 1908 war der Güterverkehr um 5,3 Millionen Mark niedriger als im Dezember 1907. Die Winderlösmasse fällt umso mehr ins Gewicht, als die Flussschiffahrt durch niedrigen Wasserstand beeinträchtigt und der regelmäßige Verkehr auf der Elbe während des ganzen Monats sogar eingestellt war. Im Januar und Februar kamen aus den Kreisen der Eisen- und Textilindustrie hoffnungsvollere Berichte. Aber die Besserung ist nur schwach. Ausbelebend gilt dies von der Textilbranche. Die Ursachen liegen zu Tage: ungünstige Witterung, massenhafte Arbeits- und Verdienstlosigkeit der arbeitenden Bevölkerung, hohe Lebensmittelpreise, welpolitische Verunsicherung. Die Aufwendungen für Bekleidung werden auf das notwendigste eingeschränkt.

Wesentlich gesunken ist der Export von Konfektionsartikeln: von 122,70 Millionen Mark im Jahre 1907 auf 104,29 Millionen Mark im Jahre 1908. Bei Veranschlagung der Preisveränderungen gelangt man zu einem noch stärkeren Rückgang, von dem insbesondere die Ausfuhr nach Nordamerika und England betroffen wurde.

Eine regere Beschäftigung verzeichnet die Schiffbauindustrie. So lassen die zwei größten Werften in Hamburg, die vor kurzem die Arbeitszeit reduzierten, wieder voll arbeiten und stellen eine größere Anzahl neuer Arbeiter ein. Die Schiffahrt selbst wird durch die zunehmende Auswandererbewegung, die Erhöhung der Zwischenpreisen und den langsam sich lebenden Export etwas belebt.

Dem Uebersee-Handel eröffnen sich günstigere Aussichten, soweit China und Japan in Betracht kommen, wo die großen Importlager nahezu geräumt sein sollen. Mit Sibirien ist das Geschäft lebhaft im Gange. Gute Nachrichten liegen vor aus Java, Australien, Südamerika, Argentinien, Chile, Mexiko; ungünstiger aus allen ostindischen Gebieten, aus Brasilien, Peru, Venezuela. In den Vereinigten Staaten muß man sich noch immer mit den Hoffnungen begnügen; die Gegenwart ist noch wie vor unbefriedigend. Aber die Kapitalisten denken mit Ueberdruß: Es muß doch Frühling werden — dann wird sich alles wenden!

Rheinisch-Westfälisches Kohlenrevier. Wie gemeldet wird, soll die prozentuale Einschränkung für das II. Quartal wieder in der jetzt bestehenden Höhe festgelegt werden, nämlich: 40 Proz. für Koks, 22 Proz. für Bricketts und 20 Proz. für Kohlen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Gesetzwidrige Freiheitsberaubung durch die Berliner Polizei.

Die Arbeiter haben das unbestrittene Recht, nicht nur zu streiken, sondern auch Posten auszustellen, welche die zu ziehenden Arbeitswilligen darüber aufklären, daß in der betreffenden Fabrik gestreikt wird. Auf der anderen Seite aber nimmt die Polizei für sich das Recht in Anspruch, jeder Person den Aufenthalt an irgend einer Stelle der Straße zu untersagen, falls ein Polizeibeamter befürchtet, die betreffende Person könnte durch ihre Anwesenheit an der betreffenden Stelle möglichenfalls eine Störung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit verursachen. Solche „Befürchtungen“ hat die Polizei jedesmal, wenn die Arbeiter bei einem Streik Posten ausstellen. Mögen die Streikposten auch ihre Tätigkeit streng im Rahmen ihrer gesetzlichen Befugnisse entfalten, das schützt sie nicht vor den „Befürchtungen“ der Polizei. So wird denn jedem, den die Polizei für einen Streikenden hält, der Aufenthalt in der Nähe des bestreikten Betriebes untersagt. Das Recht des Streikpostenstehens ist auf diese Weise praktisch beseitigt, die Durchführung des Streiks ist bedeutend erschwert und die Streikenden sind der Willkür der Polizei überliefert.

Wie die Polizei in die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter glaubt eingreifen zu müssen, das kann man jetzt täglich in der Wiener Straße beobachten. Dort, im Hause Nr. 43 befindet sich der Betrieb der Firma Vosse u. Co., deren Arbeiter und Arbeiterinnen zurzeit streiken. Während des Tages ist hier nichts Besonderes zu bemerken. Aber nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr rückt regelmäßig ein starkes Polizeiaufgebot an. Am Gölzinger Bahnhof werden die ersten Schutzmännchen aufgestellt. Dann weiter, die Wiener Straße entlang, in kurzen Zwischenräumen ein Schutzmännchen nach dem anderen bis über die Glogauer Straße hinaus. Außerdem einzelne Schutzmännchen, welche in nächster Nähe der Vosseschen Fabrik auf und ab patrouillieren. Als Befehlshaber der Truppe sind nicht weniger als drei Polizeioffiziere zur Stelle. Das starke Polizeiaufgebot festsetzt natürlich die Neugier jedes zufälligen Straßenpassanten. Man bleibt stehen und sieht sich um, ob man nicht ergründen könne, was hier eigentlich los ist. Doch sogleich naht ein Schutzmännchen. „Bitte weitergehen“, sagt er, wenn man so gekleidet ist, daß es zweifelhaft erscheint, ob man ein Arbeiter oder „etwas Besseres“ ist. Läßt die äußere Erscheinung auf einen Arbeiter schließen, dann erfolgt die Aufforderung zum Weitergehen schon weniger höflich. Glaubt aber der Schutzmännchen einen der Streikenden zu erkennen, dann macht er schon von ferne energische Ansbewegungen, deren Bedeutung den Betroffenen dann durch nicht minder energische Worte klar gemacht wird. Erhebt ein also „Aufgeforderter“ Einwendungen gegen das Verhalten des Schutzmännchens, dann wird er ohne Umstände nach der Polizeiwache geführt.

Zwischen 4 und 5 Uhr verlassen die Arbeitswilligen in verschiedenen Trupps nacheinander die Fabrik. Belastet mit der Schuld des Arbeiterverrats trotten sie, sorgsam von der Polizei bewacht, die Straße entlang. Daß keiner der Streikenden sich den Arbeitswilligen nähert, daß keiner ein mahnendes Wort an sie richtet, das zu verhindern, hält die Polizei für ihre Aufgabe. Deshalb erscheint sie jeden Abend und jeden Morgen in aufsehenerregender Zahl in der Wiener Straße.

Ueber das sonstige Vorgehen der Polizei anlässlich des Streiks bei Vosse teilen uns die Streikenden mit, daß ihnen das Postenstehen unmöglich gemacht worden ist. Jeder Streikende, der sich in der Nähe der Fabrik sehen läßt, läuft Gefahr, sistiert und längere Zeit der Freiheit beraubt zu werden. Es sind schon Streikende festgenommen worden, die nicht einmal erst zum Fortgehen aufgefordert wurden. Eines Tages stand der Firmeneinhaber mit einem Polizeileutnant vor dem Haupteingang. Sobald einer der Streikenden die Straße entlang kam und der Firmeneinhaber auf ihn zeigte, ließ ihn der Polizeileutnant nach der Wache bringen. Zahlreiche Sistierungen von Streikenden, die gegen kein Gesetz, gegen keine polizeiliche Anordnung gesündigt, sind bereits vorgenommen worden. Fast täglich kommen mehrere derartiger Fälle vor. Die Sistierten sind nach der Feststellung ihrer Personalien nicht wieder entlassen, sondern bis zum Abend in Gewahrsam gehalten worden. Die Polizei befolgt die Praxis: Jeder, der im Laufe des Vormittags sistiert wird, ob Streikender oder nicht, wird mit dem grünen Wagen nach dem Alexanderplatz gebracht, dort in eine Zelle gesperrt und um 5 Uhr endlich in Freiheit gesetzt. Wer am Nachmittag sistiert wird, muß auf der Polizeiwache bis 5 Uhr verweilen, ehe er wieder in Freiheit freigelassen wird. Mindestens 12 Streikende haben bis jetzt in den Gefängniszellen am Alexanderplatz verweilen müssen. Sie sind ihrer Freiheit beraubt worden, obgleich sie sich keiner strafbaren Handlung schuldig gemacht haben. Keiner der Beamten, mit denen sie in Verührung kamen, konnte ihnen sagen, weshalb sie eingesperrt worden sind. Vielleicht beruft sich die Polizei in diesen Fällen unbegründeter Freiheitsberaubung auf ihr vermeintliches Recht, Vorkehrungen gegen Ordnungstörungen zu treffen, die nach den Befürchtungen der Polizei vielleicht eintreten könnten, wenn die Streikenden nicht eingesperrt werden. Durch welche Auslegungsfälle zweifelhafter Gesetzesbestimmungen die polizeilichen Maßnahmen auch begründet werden mögen, sie bedeuten in der Praxis die Aufhebung der aus dem Koalitionsrecht fließenden Befugnisse der Streikenden, einen Eingriff in wirtschaftliche Kämpfe zugunsten des Stärkeren und zum Nachteil des Schwächeren. Es ist geradezu empörend, daß Staatsbürger, die sich keiner strafbaren Handlung schuldig gemacht haben, nach Ermessen eines Polizeibeamten für einen ganzen Tag ihrer Freiheit beraubt werden können.

Deutsches Reich.

Auf dem Wege zur Einigung.

Am Sonnabend beginnen in Solingen unter Leitung des Parteivorstandes und der Generalkommission Verhandlungen zwischen den Vorständen des Industriearbeiter- (Solinger Fabrikvereine) und Metallarbeiter-Verbandes, welche die Annäherung friedlicher Verhältnisse zwischen beiden Verbänden zum Ziel haben. Für die Verhandlungen sind einige Tage in Aussicht genommen. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inzeratenteil bezahlt.

genommen. Seitens des Parteivorstandes sind die Genossen Ebert und Müller, seitens der Generalkommission die Genossen Legien und Silberstein delegiert. Wir haben den hoffnungsvollen Wunsch, daß es gelingen möge, die Kluft zu überbrücken, welche unsere Genossenschaftler und indirekt auch die Parteigenossen seit Jahren trennte.

Der Terrorismus der Gelben vor Gericht. Seit langer Zeit schon führen die Organisationen der Metall- und Holzarbeiter einen erbitterten Kampf mit der auch über die Grenzen Sachsens hinaus bekannten Firma Nähmaschinenfabrik Wiefold u. Lode in Meißen. In diesem Betriebe, der circa 600 Arbeiter zählt, wird systematisch darauf hingearbeitet, die Gewerkschaftsorganisationen zu zerstören und dafür einen für die Interessen der Firma gegründeten Gefälligkeitsverein zu propagieren. Dieses System kennzeichnete mit scharfen Worten ein vom Gauleiter des deutschen Holzarbeiterverbandes, Genossen Gerlyke-Dresden, gezeichnetes Flugblatt, in dem besonders der vor mehr als Jahresfrist von Altenburg nach Meißen gekommene Reichsverbändler Obermeister Groß angegriffen wird. Letzterer erhob deshalb Klage gegen Gerlyke, die am Montag vor dem Schöffengericht Meißen zur Verhandlung kam. Die Verhandlung gestaltete sich nun zu einem schweren Rechtsfall des Klägers. Alles was bezüglich des von Groß und seinen Trabanten geübten Terrorismus gegen die Organisierten bisher in der Parteipresse und in den Gewerkschaftsversammlungen gesagt, aber von jener Seite als Verleumdung bezeichnet wurde, fand hier seine Bestätigung. Die nach Arbeit nachtragenden mußten zuerst ihren Beitritt zum „Gefälligkeitsverein“ erklären, ehe sie Arbeit erhielten. In der Fabrik wurden sie dann von Handlungsgehilfen des Groß bespioniert. In einem Falle wollte ein solcher Spion gefasst werden, wie der Zeuge aus einem vom Gefälligkeitsverein zur Krankenkassenwahl ausgegebenen Stimmzettel die darauf vermerkten Kandidaten durch andere ersetzte, darauf erhielt er von Groß einen Vorhalt und die Entlassungsandrohung. Derselbe Zeuge erhielt den Arbeitslohn eines entlassenen Verbändlers und gleichzeitig erfolgte ein erheblicher Abgang von den Akkordpreisen. Zeuge hatte in neun Wochen 79,02 M. verdient. Ein Werkmeister sagte aus, daß ihm Groß die Entlassung gab, weil er dem Gefälligkeitsverein den Rücken kehren wollte. Wer von den Organisierten zum Gefälligkeitsverein übertrat und dem Groß oder seinen Handlungsgehilfen das Verbandsbuch abgab, erhielt das Versprechen auf dauernde Arbeit, während eine größere Zahl Organisierten, die zum Teil zehn Jahre und länger im Betrieb waren, sich aber nicht beugten, die Entlassung bekamen. Ihre Stellen wurden durch Mitglieder des Gefälligkeitsvereins besetzt. Diese Zeugnisaussagen waren für Groß vernichtend. So kam es, daß dem Angeklagten bezüglich des unter Anklage stehenden Passus im Flugblatt: „Der sogenannte Spar- und Unterstützungsverein in der Firma Wiefold u. Lode, der von Herrn Obermeister Groß und seinen Trabanten mit Zustimmung der Direktion gegründet ist, wird durch Gewaltmittel, wie Maßregelungen und Entlassungsandrohung propagiert.“ zuerkannt wurde, daß er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Er wurde trotzdem wegen formeller Verleumdung zu 40 M. Geldstrafe verurteilt, weil das Gericht die Worte „Ausbeuter und Rache“ mit auf Groß bezog. Der moralische Beurteilung ist aber, wie aus obigem hervorgeht, der Kläger Groß.

Ein tägliches Fiasko der national-gelben Scharfmacherpolitik.

Den Führern der „Gelben“ befiel sich das Unglück an die Fersen. Kaum haben in Augsburg ihre Zwangsmittelglieder offen revolviert, so kündigt bereits wieder eine neue Niederlage für die gelben Streikbrecherprotokollen sich an in dem Bankrott der „Crimmishauer Nationalen Volkszeitung“, die, wie uns berichtet wird, am 31. März 1909 ihre traurige Tätigkeit einstellen wird. Das Crimmishauer Unternehmertum, das tief tief in den Sack hat greifen müssen, ist weiterer Opfer und Vlamogen mädte, die ihm das Blut in reichstem Maße beschert hat. Dem „Redakteur“ des sehr zusammengekrümpften Organes ist schon gelündigt worden; die Segmaschine ist verfallen. Der Abbruch hat bereits damit begonnen, daß man dem Maschinenfeher, der aus Mangel an Stoff nicht voll beschäftigt ist, den tarifmäßigen Lohn verkürzen wollte.

Kinder als streikende Bauarbeiter.

Aus Niederbayern meldet der Jahresbericht des Gewerbeinspektors: „Von besonderem Interesse ist ein Kinderstreik, der sich ganz regelrecht und mit Erfolg abgewickelt hat. Nach dem Wiederaufbau abgebrannter Bauernhöfe zu Alsbach wurden schulpflichtige Kinder in gesetzlich unzulässiger Weise... verwendet. Am ersten Tage wurde diese Tätigkeit jedem Kinde mit 60 Pfennig vergütet. Die Kinder beschloßen dann einmütig, ihre Arbeit einzustellen, wenn nicht 80 Pfennig bezahlt würden, was so dann zugestanden und die Arbeit fortgesetzt wurde.“

Ausland.

Das Streikpostenverbot in Zürich ist vom Stadtrat wieder aufgehoben worden, nachdem die Bürgerverbänder keine neuerlichen nächtlichen Ueberfälle ausgeführt haben. Das Streikpostenrecht in der Stadt Zürich hängt demnach von dem Wohlverhalten oder den Eggeßen der „echt russischen Leute“ im Bürgerverbände ab.

Verhandlungen über die Arbeitskonflikte in Dänemark.

Die von der dänischen Arbeitgebervereinigung zum 15. März angekündigte Massenansperrung wird wohl vorläufig nicht zustande kommen. Es haben bereits Verhandlungen zwischen den geschäftsführenden Ausschüssen der Arbeitgebervereinigung und des Verbandes der dänischen Gewerkschaften stattgefunden und zwar mit dem Ergebnis, daß neun besondere Kommissionen eingesetzt wurden, die über die in verschiedenen Berufen vorliegenden Tarifänderungen, sowie auch über die Ansperrung in der Schuhindustrie verhandeln sollen. Inzwischen werden die Verhandlungen zwischen den Gesamtverbänden der beiden Parteien fortgesetzt. Es ist unter diesen Umständen kaum anzunehmen, daß das dänische Unternehmertum bereits am kommenden Montag 40 000 Mann aus der Arbeit schmeißen wird, wenn man auch damit rechnen muß, daß es die traurige Lage, in der sich die Arbeiterklasse infolge der furchtbaren Wirtschaftskrise befindet, in vollem Maße auszunutzen sucht.

Verfammlungen.

Der Wahlverein für den vierten Kreis hielt am Montag eine Generalversammlung ab, welche den Rest der in der vorigen Generalversammlung nicht erledigten Tagesordnung behandelte. — Zunächst beantwortete Genosse Warentzin einige Fragen, welche in der ersten Generalversammlung zum Massenbericht gestellt worden waren. — Dann wurden die Anträge zur Verbandsgeneralversammlung beraten.

Der erste dieser Anträge verlangte die Einführung des Wochenabonnements auf den „Vorwärts“ zu 25 Pf. Mehrere Redner befürworteten den Antrag, indem sie ausführten, seine Annahme würde den Arbeitern die Bezahlung des Abonnements erleichtern, die Zahl der Restanten vermindern und die weitere Ausbreitung des „Vorwärts“ begünstigen. Böhner (Mitglied der Pressekommision) verteilte in längerer Ausführungen den Standpunkt, daß das Wochenabonnement den von den Vorrednern erwarteten Erfolg nicht haben, aber erhebliche Einnahmeausfälle mit sich bringen würde. Luise schloß sich diesem Standpunkt an und verwies darauf, daß ein Wochenabonnement von 25 Pf. eine Verbilligung des Abonnements bedeute, eine solche aber nur vom Parteitag beschlossen werden könne. — Ferner wurde darauf hingewiesen, daß jeder, der es will, schon jetzt den „Vorwärts“ im Wochenabonnement zu 28 Pf. beziehen kann. — Angenommen wurde schließlich ein Antrag, welcher besagt, anstelle des Monats-

ist das Wochenabonnement einzuführen. — Der Antrag, welcher das Wochenabonnement auf 25 Pf. herabsetzen will, wurde abgelehnt.

Mehrere Anträge bezogen sich auf die Gratislieferung des „Vorwärts“ an arbeitslose und kranke Mitglieder des Wahlvereins. — Die meisten Diskussionsredner bezeichneten es als einen unhaltbaren Zustand, daß die Arbeitslosen bezgl. Kranken, die schon nach den jetzt geltenden Bestimmungen den „Vorwärts“ gratis bekommen, ihn persönlich vom Spediteur abholen müssen. Angenommen wurde ein Antrag, welcher besagt, daß es bei der Gratislieferung, wie sie jetzt besteht, bleiben solle, jedoch sollen die Gratisexemplare nicht mehr abgeholt, sondern den Gewerkschaften ins Haus geliefert werden. Das Bestellgeld soll entweder vom Wahlkreisverein oder vom Verband für Groß-Berlin bezahlt werden.

Ohne Debatte wurde ein Antrag angenommen, welcher verlangt, daß die Les- und Diskussionsabende der Frauen nicht mehr am dritten Freitag, sondern am vierten Mittwoch im Monat veranstaltet werden.

Ein auf Abschaffung der Parteionen gerichteter Antrag wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, weil derselbe zurzeit gegenstandslos sei, da die Antragsteller den Antrag nur für den Fall empfehlen, daß der ordentliche Beitrag erhöht würde.

Ein anderer Antrag will die Delegierten verpflichten, auf der Verbandsgeneralversammlung dafür zu stimmen, daß der Beitrag weder für männliche noch für weibliche Mitglieder erhöht werde. — Nach längerer Debatte beschloß die Versammlung, auch über diesen Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Ein Antrag, welcher besagt, die einseitige Berichterstattung des „Vorwärts“ über die Panfower Angelegenheit sowie die Zahlung des noch nicht fälligen Gehalts an Freimantel sei zu beurteilen, wurde ohne Debatte durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. — Die vorgeschlagenen 148 Delegierten zur Generalversammlung des Verbandes wurden bestätigt.

Den Bericht der Beschwerdekommision erstattete Genosse Rißbühr. Der Vorstand hat der Kommission 154 Sachen zugewiesen. Davon waren 137 Anträge auf Ausschluß, von diesen hatten 121 ihre Ursache in Nichtbeteiligung an der Landtagswahl. Von den übrigen 18 Ausschlußanträgen wurden 4 angenommen, in 6 Fällen wurden Klagen erteilt, in 2 Fällen traten die Beschuldigten freiwillig aus, 3 Fälle wurden zurückgestellt und 3 Anträge abgewiesen. Von den 121 Anträgen auf Ausschluß wegen Nichtbeteiligung an der Landtagswahl wurden 36 angenommen, 18 durch Klagen erledigt und 67 als unbegründet zurückgewiesen. — In 17 sonstigen Beschwerdefällen wurden 11 Klagen erteilt, die anderen teils durch Vergleich, teils in anderer Weise erledigt. — Der Bericht wurde ohne Debatte entgegengenommen.

Die Dachdecker hielten am Sonntag eine außerordentliche Versammlung ab. Görnig empfahl, die Meldepflicht der Kollegen auf dem Arbeitsnachweis in der Weinstr. 11 in der früher oblichen Weise zu regeln, d. h. wer sich einschreiben läßt, hat sich mindestens jeden dritten Tag zur Kontrolle zu melden, nicht, wie es jetzt der Fall ist, jeden sechsten Tag. Dies war wohl für die schlimmste Zeit des Winters, da ja doch keine Arbeit einlief, im Interesse der Kollegen geboten, für die Dauer kann es aber dabei nicht bleiben. Die Versammlung stimmt dem zu. Mit dem 15. d. M. soll der Beschluß in Kraft treten. Ueber die Frage, wie wir unseren Zeitungsverband zu gestalten denken“ berichtete J. Ralchert namens der dazu eingesetzten Kommission. Derselbe ist der Ansicht, daß der Antrag Görnig, die Zeitung, die seit dem 1. Januar 1909 wöchentlich erscheint, vierzehntäglich zu veröffentlichen, d. h. wenn zwei Nummern erschienen sind, nicht angängig ist. Die meisten Redner in der vorigen Versammlung, mehr noch die Versammlungsbesucher selbst, haben zu erkennen gegeben, daß sie auf wöchentliche Zustellung der Zeitung bestehen, nur daß über das „Wie“ Meinungsverschiedenheiten bestanden. Die Kommission kam nun zu dem Entschluß, der Versammlung zu empfehlen, das jetzige System, die Zeitung per Postzeitungsliste durch die Reichspost zu veröffentlichen, beizubehalten und von den Mitgliedern soll 20 Pf. die jetzt nicht mehr ausreichen, 30 Pf. zu erheben. In der Debatte traten außer Görnig alle Redner für den Kommissionsantrag ein, einige beantragten sogar 40 Pf. Der Kommissionsantrag wurde schließlich gegen 3 Stimmen angenommen. Auf Vorschlag Görnig nahm die Versammlung folgenden Antrag des Vorstandes an:

Für diejenigen Mitglieder, die aussetzen müssen, ihre Anwesenheitskarte sich aber nicht geben lassen, um die Arbeitslosigkeit nachweisen zu können, werden Kontrollkarten eingeführt. Diese sind in jeder Zahlstelle zu haben, müssen mindestens 4 Stempel in der Woche aufweisen, da sonst eine Beitragsbefreiung nicht erfolgt. Die Kontrolle findet täglich von 8—11½ Uhr vormittags statt.“

S. Rehrlein kritisiert eine Stelle in dem Geschäftsbericht unserer Filiale Seite 4, wo es heißt:

... daß die Majorität in den Versammlungen sich für Erhöhung der Beiträge entschied, während die Majorität der Mitglieder zweifellos gegen eine Erhöhung der Beiträge war.“

Eine solche Behauptung sei ihm noch nicht in irgendeinem Geschäftsbericht oder auch an anderer Stelle vor Augen gekommen. Weiske erklärt hierauf, dies sei gar nicht die Ansicht des Vorstandes, es sei nur die persönliche Auffassung Görnig's. Die Vorstandssitzung, die sich mit dem Geschäftsbericht befaßt, sollte, dehnte sich schon bis 1½ Uhr nachts aus, so daß dann Görnig den Bericht den Vorstandsmitgliedern einzeln auf dem Nachhause vorlegte. Daß hierbei der Bericht so ausgefallen sei, wäre unter diesen Umständen nicht zu verwundern. In Zukunft kann dies nicht mehr vorkommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Amnestie in Bayern.

München, 11. März. (W. G.) Der Prinzregent hat anlässlich seines Geburtsfestes eine große Anzahl Personen, die zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt waren, begnadigt.

Ein Unhold.

Gießen, 11. März. (W. T. W.) Das Schwurgericht verurteilte den Schuhmacher Reif wegen Tötung des zehnährigen Heinrich Abel zu lebenslänglichem und wegen Sittlichkeitsverbrechens zu zehnjährigem Zuchthaus.

Tatkräftige Hilfe.

Paris, 11. März. (W. T. W.) Der Senat hat die Vorlage betreffend Bewilligung eines Betrages von einer Million Francs für die durch das Erdbeben geschädigte Bevölkerung Sabitiens angenommen.

Typhusepidemie in Madrid.

Paris, 11. März. (W. G.) Wie von der spanischen Grenze berichtet wird, hält die spanische Zensur sämtliche Telegramme auf, welche über die ernste sanitäre Lage in Madrid berichten. Der Typhus greift immer mehr um sich. Gestern erkrankten auf offener Straße drei Personen an Typhus. Alle Hospitäler sind überfüllt. Im St. Johannes-Hospital werden 300 Typhusranke verpflegt.

Hungerknot!

Konstantinopel, 11. März. (W. T. W.) Der Osmanische Lloyd meldet, daß im Vilajet Ueskub infolge Rikerte und der serbischen Grenzsperrung große Not eingetreten sei. In Oberasien herrsche Hungerknot und Hungertypus.

Reichstag.

224. Sitzung vom Donnerstag, den 11. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratssitzung: v. Schoen, v. Bethmann-Hollweg.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs eines Weingesezes.

Die Beratung beginnt bei § 3, der die Zudering bis zu einem Fünftel der gesamten Flüssigkeit gestattet, um einem Mangel an Zuder bezw. Alkohol oder einem Uebermaß an Säure insoweit abzuwehren, als es der Beschaffenheit des aus Trauben gleicher Art und Herkunft in guten Jahrgängen ohne Zusatz gewonnenen Erzeugnisses entspricht.

Abg. Paasche (natl.) beantragte, die im letzten Satz enthaltene Zweckbestimmung zu streichen und die Zudering bis zu einem „Viertel“ statt einem „Fünftel“ zu gestalten.

Abg. Dr. Thaler (Z.) beantragte für die Zweckbestimmung die Fassung: „als es notwendig ist, um ein Erzeugnis zu gewinnen, wie es in guten Jahrgängen in der betreffenden Lage ohne solchen Zusatz erreicht wird.“

Weiter bestimmt der § 3, daß die Zudering nur in der Zeit vom Beginn der Weinlese bis zum 31. Dezember vorgenommen werden darf.

Die Abgg. Hormann (fr. Sp.) und Müller-Herlorn (fr. Sp.) beantragten, diese Zeit bis zum 31. Januar auszuweihen.

Abg. Spindler (Z.): Für die Zudering hat der Kommissionsvorschlag das Richtige getroffen, daß nur 20 Proz. Zusatz sein darf; ich bitte daher, den weitergehenden Antrag Paasche abzulehnen. Dagegen schließe ich mich dem weiteren Antrag Paasche, der die Zweckbestimmung streichen will, an, ebenso dem Antrag Hormann, die Zeit für die Zudering auszuweihen. Die Kommission hat einen § 3a eingefügt, wonach ein Verchnitt aus verschiedenen Erzeugnissen nur dann nach einem Anteil benannt werden darf, wenn dieser die 1/1 bestimmt und wenn der Verchnitt ausschließlich aus ungezuderten Bestandteilen besteht. Hierfür haben die Abgeordneten Noeren und Erzberger beantragt, zu bestimmen, daß nur dieser betreffende Anteil ungezudert sein muß. Doch bitte ich, diesen Antrag abzulehnen und die Fassung der Kommission anzunehmen. Die Kommission hat auch einen § 3b eingefügt, wonach mit ausländischem Wein verchnittener deutscher Wein nicht als deutscher Wein in den Verkehr gebracht werden darf. Da die Regierung an dieser Bestimmung das ganze Gesetz scheitern lassen will, so könnte man ihn fallen lassen, falls die Regierung der von der Kommission vorgeschlagenen Resolution zustimmt, daß bei Aufstellung der Grundzüge für den Vollzug des neuen Weingesezes zur besseren Kontrolle bestimmte Einfuhrstationen für Weine, Trauben und Traubenmaische benannt und die Vorlage amtlicher Bescheinigungen über Herkunft und Reinheit der Weine verlangt werden. Im ganzen wird das Gesetz dem deutschen Weinbau zum Segen gereichen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Paasche (natl.): Die Zweckbestimmung bei der Zudering zu streichen habe ich beantragt, um unnötige Belästigungen und Prozesse zu vermeiden. Daß gute Weine gezudert werden, ist nicht zu befürchten; das verbietet dem Winzer und ebenso dem Händler sein eigenes Interesse. Deshalb kann man auch, wie mein zweiter Antrag es will, die Grenze für die Zudering höher bemessen; tatsächlich gibt es Produkte, bei welchen diese höhere Grenze notwendig ist.

Der Regierungsrat Frhr. v. Stein wendet sich gegen die Ausführungen Paasches: es sei nicht richtig, daß das eigene Interesse die Winzer abhalte, auch gute Produkte zu zudern.

Abg. Preiß (Hl.): Die Zweckbestimmung für die Zudering im § 3 muß beibehalten werden. Auch die Grenze der Zudering darf nicht erweitert werden noch über die Forderung der Kommission hinaus. Ich bitte daher, beide Anträge Paasche abzulehnen. Neben tritt ferner dafür ein, als Endtermin der Zudering den 31. Dezember beizubehalten.

Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.): Wenn wir auch mit Eingelungen reden würden, wir würden die Regierung doch nicht überzeugen. Das Gesetz bleibt auf halbem Wege stehen. Man verbietet die Zudering nicht während des

ganzen Jahres, sondern nur während dreier Monate. Man schlägt Bestimmungen vor, deren wahrer Sinn ist, die Zudering von Behörden Genehmigung abhängig zu machen, und scheut sich dann doch, ohne Umstände das in das Gesetz hineinzu schreiben, wohl, weil Oesterreich damit schlechte Erfahrungen gemacht hat und es selbst den Vätern des Gesetzes nicht angänglich erschienen sein mag, über die Zudering Bürgermeister und sonstige Polizeibeamte entscheiden zu lassen. Wir werden dem Antrag Paasche zustimmen, die Zweckbestimmung für die Zudering zu streichen. — Der zweite Absatz des § 3 verlangt, daß jeder, der Wein gewerbmäßig in Verkehr bringt, verpflichtet sein soll, dem Abnehmer mitzuteilen, ob der Wein gezudert ist. Ein Antrag Hormann verlangt, diesen Absatz zu streichen. Das würde aber das ganze Gesetz zu einem sehr wesentlichen Teile wirkungslos machen, da ja nach § 3 die Zudering im nächsten Jahre gestattet ist. Die Frage der Zweckbestimmung ist keine prinzipielle. Man geht bei ihr von der Voraussetzung aus, daß der Weinfälscher so dumm ist, in seine Weine es einzutragen, wenn er Chemikalien oder Zuder in großen Mengen zur Fälschung des Weines einkauft! Der Schwindler aber kauft gegen bar und steckt die Rechnungen sofort in den Ofen. Dagegen kann auch die Nachprüfung nicht nützen. — Auf die Maximalbestimmung bei der Zudering lege ich den größten Wert. Die Kommission hat sich darauf geeinigt, 20 Proz. Zuderverzehr zuzulassen. Ich habe Privatleute gesprochen, die hierüber geradezu entsetzt waren. Der § 3b, der verbietet, daß Verchnitte aus deutschem weissen Weine mit ausländischen Weinen nicht als deutsches Erzeugnis in den Handel kommen, soll nach den Ausführungen des Staatssekretärs v. Schoen gegen den italienischen Handelsvertrag verstoßen. Meine Partei wird sicherlich nicht die Hand dazu bieten, irgend welche Erschwernisse im Verkehr herbeizuführen. Aber nach dem, was hier ausgeführt ist, glaube ich nicht, daß ein Verstoß gegen den italienischen Handelsvertrag vorliegt. Es mühte denn gerade sein, daß bei den Verhandlungen den Italienern Versprechungen gemacht sind, daß italienische Weine mit deutschen verchnitten als deutsche verkauft werden dürfen. In diesem Falle wäre die Regierung freilich in einer prekären Lage, doch kann ich nicht glauben, daß sie solche Versprechungen gemacht hat. Dagegen ist zu befürchten, daß das Pabsttum die fremden Weine auch als fremde sehr gern kauft — die Mode tut hierin sehr viel — und daß dadurch der deutsche Weinbau geschädigt wird. Wir behalten uns weitere Anträge noch für die dritte Lesung vor, doch hoffen wir, daß die Regierung das Gesetz nicht scheitern lassen wird, das immerhin gewisse Vorteile bringt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schäfer (Z.): Die Anträge des Herrn Dr. Paasche bedeuten direkt eine Prämierung der Zudering. Auf das allerwichtigste sind die Vorwürfe des Abg. Hormann gegen die Winzer zurückzuweisen. Die Weinhändler und nicht die Winzer sind es, die den Wein verlängern. Die Verhörungen der Winzer verhalten sich zu denen der Weinhändler wie 1 : 100! Hoffentlich widerfährt bald den Winzern ihr Recht, so daß dies die letzte Rede ist, die ich zugunsten des reinen Weines zu halten brauche! (Lebhafte Beifall im Zentr.)

Abg. Frhr. v. Wolff-Metternich (Z.) bleibt fast völlig unverständlich. Im Gegenstand zum Vordredner scheint er für die Anträge Paasche (Zudering bis zum Viertel) und Hormann (Zulassung der Zudering bis 31. Januar statt 31. Dezember) zu sein.

Abg. Frhr. Deyl zu Herrnsheim (natl.) führt aus, daß der Dekorationszwang keineswegs eine differenzierte Behandlung der ausländischen Weine zugunsten der deutschen bedeute.

Abg. Wieland (libd. Bp.) wendet sich gegen die Anträge Paasche und Hormann: In Norddeutschland wird viel Wein getrunken (Beifall), besonders in Berlin. (Zuruf: In Bremen auch!) Das weiß ich nicht; ich war nämlich noch nicht in Bremen. (Bedauernde Zurufe — Heiterkeit.) Der schlichte Mann aus dem Volke hat Anspruch auf einen guten reinen Tropfen! (Lebhafte Beifall und Heiterkeit.)

Abg. Dr. Thaler (Z.) begründet einen Antrag, wonach im § 3 die Normierung des Zuderverzehr beseitigt und der Zuderverzehr unbeschränkt soweit zugelassen werden soll, als es nötig ist, um minderen Jahrgängen die Süße der guten Jahrgänge derselben Lage zu geben.

Abg. Gregoire (Lothring.) ist im allgemeinen mit dem Gesetze einverstanden. Einzelheiten bleiben bei der herrschenden Unruhe, die Vizepräsident Kaempf und Präsident Graf Stolberg vergebens zu beseitigen suchen, unverständlich.

Ein Votumtrag auf Schluß der Debatte wird mit großer Mehrheit angenommen. Unter Ablehnung aller Änderungsanträge wird der § 3 in der Fassung der Kommission angenommen, ebenso die §§ 4, 5, 6. Bei § 6a bittet der Abg. Vogt-Hall (wirtsch. Bg.), dem Antrage Noeren-Erzberger zuzustimmen, da ja der § 3b an dem Widerspruch der Regierung scheitern werde. Abg. Dr. David (Soz.):

Die Annahme des Antrages Noeren-Erzberger wäre ein rechter Schilddrüsenreiz. Eben ist angenommen, daß Weine die Namen aus nahegelegenen Gemayungen führen dürfen. Tatsächlich kommt in Geisenheim gewachsener Wein vielfach als „Rüdesheimer“ in den Handel, und dies darf auch weiterhin geschehen, nachdem der § 3 angenommen ist, sogar, wenn man bis zu 1/2 Zuderverzehr hineingibt. Wenn aber auch nur eine ganz geringe Quantität wirklicher Rüdesheimer hineingegossen wird, so soll er nach dem Antrage Noeren-Erzberger nicht Rüdesheimer genannt werden dürfen. (Große Heiterkeit. — Abg. Erzberger (Z.) ruft: Das tut kein Mensch! Das wäre neu, die Weine des Rheingaus kommen vielfach als Rüdesheimer in den Handel und enthalten auch wirklich einen Teil Rüdesheimer.)

Abg. Erzberger (Z.): Der von Dr. David konstruierte Fall kommt in der Praxis nicht vor, niemand ist so töricht, schlechten Wein in guten zu gießen. (Heiterkeit.) Weil § 3b für die Regierung unannehmbar ist, ist unser Antrag notwendig.

Abg. Dr. David (Soz.): Die Begründung, weil die Regierung bei § 3b nein sagt, sollen wir in § 6a einen Unsinns beschließen, reicht doch nicht aus. (Sehr richtig!) Herr Erzberger meint, es sei töricht, besseren Wein in schlechteren zu gießen. Das ist aber gerade das Wesen des Verchnitts; nur soll dann nach dem Antrage der Wein nicht nach der besseren Sorte benannt werden dürfen, sondern nur nach der schlechteren.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Noeren-Erzberger wird gegen eine kleine Minderheit abgelehnt, § 6a in der Fassung der Kommission angenommen.

Zu § 3b erklärt Abg. Vogt-Hall (wirtsch. Bg.), die Weigerung der Regierung, diesen Paragrafen anzunehmen, zeuge von wenig deutschem Empfinden.

Präs. Graf Stolberg rügt diesen Ausdruck als unparlamentarisch. Abg. Beder-Köln (Z.) meint, das „Unannehmbar“ der Regierung sei nicht traglich zu nehmen.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Mit einem so ernsthaften Wort wie „unannehmbar“ scherze ich nicht. Damit schließt die Diskussion. § 3b wird mit großer Mehrheit angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird nach unwesentlicher Debatte — die Ausführungen der einzelnen Redner werden mit großer Unruhe entgegengenommen und mit ironischen Worten begleitet — nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Die Resolutionen der Kommission, welche bestimmte Einfuhrstationen für Weine sowie bei neuen Handelsverträgen Beseitigung der Vergünstigungen für ausländische Rotweine zum Zwecke des Verchnitts verlangen, werden debattelos angenommen.

Es folgt die zweite Lesung der Novelle über Beseitigung der Doppelbesteuerung.

Abg. Öhring (Z.) trägt die Beschwerde eines im Saarrevier beschäftigten Vergarbeiters vor, der zu Unrecht doppelter kommunaler Besteuerung unterworfen worden ist, und bittet, daß die preussischen Steuerbehörden zur Rückstattung der zu Unrecht erhobenen Summen angehalten werden mögen.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (fr. Bg.): Bei der Stimmung des Hauses ist eine eingehende und angemessene Behandlung des Gegenstandes nicht möglich. Beseitigung der kommunalen Doppelbesteuerung ist dringend notwendig. Das kleine Spiel ist mit gutem Beispiel vorangegangen; möge namentlich Preußen bald dem Beispiel folgen. (Beifall links.)

Abg. Binder (Soz.): Unser Antrag, das Gesetz auch auf Gewerbebetriebe auszudehnen, ist zwar abgelehnt, aber in anderer Fassung doch im Gesetz enthalten; wir werden dem Gesetz daher zustimmen.

Nach unwesentlichen weiteren Bemerkungen wird das Gesetz in der von der Kommission beschlossenen Fassung angenommen.

Kleines feuilleton.

Die Zentralafrika-Expedition des Herzogs Adolf Friedrich zu Mecklenburg, deren wissenschaftliche Ergebnisse jetzt in knapper Uebersicht in den Ausstellungshallen am Zoo zur allgemeinen Beschäftigung stehen, zog in den Jahren 1907/08 mit einem Stabe von Fachgelehrten vom Endpunkt der Ugandabahn aus westwärts der großen Seen in verhältnismäßig unbekannter Reile des Innern und kehrte, dem Laufe des Nongo folgend, zurück. In der Ausstellung ist vor allem bemerkenswert die Fülle vorzüglicher photographischer Aufnahmen. Die Watussi von Ruanda, fehrige Gestalten von 1,90 bis 2 Meter Höhe mit schwarzen semitischen Gesichtern und guter Haltung, haben so gar nichts Stammerhaftes an sich. Sie sind ein kriegerisch bisziplinierter Stamm, der trotz der geringen Zahl durch innere Ueberlegenheit vier Millionen andersartiger Völker in Schach zu halten versteht. Ein Bild zeigt uns, wie sie 2,50 Meter hoch springen, und das ohne Sprungbrett. Die lebensgroße Photographie eines nackten 12jährigen Mädchens aus Rporod stellt eine nach unseren Begriffen untadelig erblühte Schönheit dar. Alle diese sorgfältigen Aufnahmen sind schon deshalb von großem Wert, weil unsere bisherigen Reisenwerke von eiligen und unterexponierten Aufnahmen angefüllt sind, die eine unbegründete Vorstellung von der absoluten Schönheit der Naturvölker großgezogen haben. Die eingeborene Kultur dieser Zentralafrikaner wird durch eine Auswahl ihrer keramischen, Textil- und Metallarbeiten vorgeführt, die von Fleiß und gefälligen Schönheitsinn zeugen. In der geographischen Abteilung ist die Zeichnung der Mandjale vom Ausbruch des Kamalagra (7. November 1907) interessant, die sich aus einem schmalen Anfang zu kolossaler Breite und zu einer Höhe von 6000 Meter entwickelt. In der zoologischen Abteilung kommen Interessantes für Käfer, Schmetterlinge, Vogelbälge, Geweihschädel und besonders für die große tropische Jagdbeute vollauf auf ihre Rechnung.

Eine uralte chinesische Mauer. In der Londoner Royal Geographical Society hat der bekannte Forschungsreisende Dr. R. A. Stein, der jetzt nach dreijährigen Reisen im Herzen Zentralasiens nach England zurückgekehrt ist, über die Ergebnisse seiner Forschungsfahrten Bericht erstattet. Von besonderem Interesse ist dabei die Auffindung einer uralten chinesischen Mauer, die von Arshi aus sich 200 Kilometer weit in eine lahle leere Wüste erstreckt, die heute nur selten von Menschen betreten wird. Angeföhrt fünf Tagereisen von der Tun-huang-Oase hielt Dr. Stein auf die Ueberreste zweier alter Wachtürme, und bald gelang es nun auch, die Mauer aufzufinden, die diese Türme ehemals verbunden hatte. Sie bildete einen Teil eines gewaltigen alten Grenzschutzesystems, das in derselben Weise angelegt ist, wie die große Mauer an der Kansu-Grenze; in Abständen von zwei bis drei englischen Meilen war die Mauer mit großen massiven Wachtürmen besetzt, die einen weiten Fernblick gestatteten. Bei den aufgefundenen beiden Turmruinen wurden Ausgrabungen veranstaltet, die sehr interessante Resultate ergaben. Es fanden sich zahlreiche alte chinesische Inschriften und Dokumente, meist in Holz oder Bambus eingegraben; aus ihnen ging unzweideutig hervor,

daß diese Grenzbesetzungen am Ende des zweiten Jahrhunderts v. Chr. errichtet wurden, in den Tagen, da unter der Herrschaft des Kaisers Wu-tu die Chinesen nach Zentralasien vordrangen. Genau datierte Dokumente zeigten, daß bereits vom Jahre 99 v. Chr. an die Mauer und die Türme mit ständigen Garnisonen besetzt waren und blieben; aus mehreren Angaben geht hervor, daß die Besetzungen noch in der Mitte des zweiten nachchristlichen Jahrhunderts die Mauer bewachten. Sie war als Verteidigung gegen die von Norden her andringenden Raubvölker errichtet, die Vorfahren jener Hunnen, die einige Jahrhunderte später auch über das Abendland hereinbrachen. Neben den Ruinen der Wachtürme fand man nach langer Grabung unter Schutz und Sand eine große Anzahl von Holzinschriften. Die aufgefundenen Gegenstände sind außerordentlich viel älter als alles, was bisher in Zentralasien gefunden wurde; gemeinsam mit den alten Waffen und den Ueberresten von Möbeln vermitteln sie ein anschauliches Bild von der Lebensweise der Krieger, die an dieser abgelegenen Grenze das Reich bewachten.

Mit der Unterdrückung der Schlafkrankheit, die große Teile des inneren Afrika und von den deutschen Schutzgebieten namentlich Ostafrika in schwerer Weise bedroht, ist man im Lauf der letzten Jahre so weit vorwärts gekommen, daß eine hervorragende Autorität bereits ihre Ausrottung nur als eine Frage geeigneter und genügender Organisation und Verwaltung bezeichnet hatte. Seit man namentlich durch die Arbeiten deutscher Forscher, und unter diesen wieder besonders durch Robert Koch, die Rolle, die die Zeiselfliege bei der Uebertragung dieser Krankheit auf den Menschen spielt, kennen gelernt hat, wird man in der Vernichtung dieses Insekts das wichtigste Ziel erblicken müssen. Immerhin bleibt noch recht viel zu tun, ehe man in der Sorge um die Bekämpfung dieser entsetzlichen Volkspegele Afrika verlassen dürfte. Das eben herausgegebene dritte Bulletin des englischen „Schlafkrankheits-Bureau“ bringt eine Zusammenfassung von dessen Leiter Dr. Bagshawe, worin dieser die Vermutung, daß unter den heutigen Bedingungen die Senge unterdrückt werden könnte, als ganz unvernünftig und alle Versuche zur vollständigen Vernichtung der Zeiselfliege oder auch nur zur wesentlichen Verringerung ihrer Zahl als eine Sisyphusarbeit bezeichnet. Wahrscheinlich wird es nur einen sicheren Weg zu ihrer Vernichtung geben, nämlich die Vernichtung natürlicher Feinde dieses Insekts. Vorläufig ist aber gerade über diesen Punkt noch wenig bekannt, und es bedarf mehr auf Vermutung, daß einige Flige und außerdem Fledermäuse, Vögel, Ameisenstuffer und manche Reptilien der gefährlichen Fliege nachstellen; solche Feinde müßte man auf das Insekt loslassen und sollte außerdem vielleicht gewisse Pflanzen zur Hilfe anrufen, z. B. das Gras Citronello, das der Fliege höchst unangenehm zu sein scheint.

Theater.

Pariser Theater. Aus Paris wird uns geschrieben: Das Odeon hat ein Verdict „Beethoven“ von Maoul Fauchois mit überaus starkem Erfolg aufgeführt. Es ist eine Frucht des Beethoven-Kults, der auch in Frankreich seine Wurzeln immer tiefer treibt. Daß allerdings bei dem Unternehmen, die Lebensstrahl des Meisters in die Formen des traditionellen Theatersstückes zu pressen, Leid und Sieg dieses Genius ins Effektmäßige, Deklamatorische ver-

seicht werden müßte, war unvermeidlich, indes spricht auch aus den elegant abgedruckten Tiraden des Verfassers ein überzeugender Ton aufrichtiger Verehrung und Hingabe. So stellt sich das Drama, das Episoden aus Beethovens Lebensgeschichte von der Franzosenzeit bis zu seinem Tode in freier Ausprägung aneinanderschließt, als eine Art Festspiel dar, das dem großen Meister mehr diene, als sich seiner bedienen will. Und auf diese Wirkung war die ganze Aufführung gestimmt. Der Verfasser hat nicht seinem ungleichbar sehr starken Theater-talent, sondern Beethoven selbst die Hauptaufgabe vorbehalten. Beethovenische Musik begleitet die Szenen, wo sich des Meisters Seele aus der Qual der Erscheinungswelt zu den ewigen Gefühlen empörte. Beethovenische Duvertüren leiteten auch die drei Akte ein. So bekommt das Publikum ein ganzes Beethoven-Konzert, vom Orchester-Colonne, der vornehmsten philharmonischen Kapelle in Paris ausgeführt, zu genießen und darin kann man wohl auch die Würdigung für eine größere Zahl von Aufführungen sehen. Undersfalls wäre es um die ausgezeichnete Regie- und Inszenierungsarbeit schade, bei der Antoine von dem bekannten Jeaner Jodels unterstützt worden ist. In dem Beifallstübel am Schluß aber klang stärker noch als die Anerkennung für den Autor und die Mitwirkenden der Dank an den Genius, der die Menschen aller „Vaterländer“ in ihre gemeinsame Heimat trägt.

Notizen.

— Musikchronik. Die Neue freie Volksbühne veranstaltet als viertes und letztes ihrer diesjährigen Konzerte unter Leitung Oskar Frieds am Sonnabend einen Liszt-Wagner-Abend im Wühner-Saal.

— Differenzen in der Bühnengenossenschaft. Die Bühnengenossenschaft gab seit dem 1. Januar ihr Organ in neuer Form heraus und hatte den Schriftsteller Herwarth Walden mit der Redaktion betraut. Dem neuen Redakteur wurde indes schon am 14. Februar gekündigt. Herr Walden hat nun eine Proklamation geschrieben, worin er gegen die Kündigung und das ganze Anstellungsverhältnis protestiert. Eine Reihe Literaten haben seine Partei ergriffen, und Emanuel Reicher, der Waldens Verhandlung nicht billigt, hat sein Amt als Vizepräsident der Genossenschaft niedergelegt.

— Sven Hedin ist in Berlin eingetroffen und hält heute seinen ersten Vortrag über die letzte Tibetreise. Er ist natürlich von den Anfragern der Klatschpresse bereits gehörig heimgegriffen worden. Man erfährt da vor allem, daß er im Hotel die Hirsenzimmer bewohnt und im Herbst sein neues Buch herausgeben wird. Hedin benutzt die Reugier der lächerlichen Kreise, die man ihm auf den Hals schmeißt, um gehörig Reklame für sich machen zu lassen. Im Reitalter des geschäftlichen Wissenschaftsbetriebes ist ja das nicht Auffälliges, aber würdig ist es trotzdem nicht.

— Der Kunsthistoriker Alwin Schulz ist in München im Alter von 71 Jahren gestorben. Er war in Breslau und Prag als Lehrer an der Universität tätig und hat außer einer Reihe von Arbeiten aus der Breslauer und schlesischen Kunstgeschichte sich bekannt gemacht durch eine populäre Kunstfleher und „Geschichte (Kunst und Kunstgeschichte 1883) und zwei größere Werke: „Deutsche Sittengeschichte des 14. und 16. Jahrhunderts“ und „Hausliches Leben im Mittelalter“.

Abg. Bogt-Hall (wirtsch. Bg., zur Geschäftsordnung): Mit meiner Bemerkung zu § 6b des Weingesezes habe ich die Herren vom Bundesrat nicht beleidigen wollen. (Große Heiterkeit.)

Debattelos werden einige Rechnungssachen in dritter Beratung erledigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Dienstag 2 Uhr. (Dritte Beratung des Weingesezes und des Gesetzes zur Befreiung der Doppelbesteuerung, dann zweite Beratung des Militäretats.)

Schluss 7/7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

51. Sitzung, Donnerstag, den 11. März 1909, vormittags 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Heranziehung der Beamten, Elementarlehrer und unteren Kirchendiener zur Gemeindeeinkommensteuer.

Abg. v. d. Groeben (L.) begründet einen Antrag: eine in der zweiten Lesung gestrichene Bestimmung wiederherzustellen, wonach den Kreisen die 100 Proz. übersteigenden Zuschläge zur Gemeindeeinkommensteuer verbleiben sollen. Im Falle der Ablehnung dieses Antrages würden seine Freunde gegen das Gesetz stimmen müssen.

Abg. Eder (natl.) wendet sich gegen den Antrag, weil dadurch völlig neue Beziehungen zwischen den Kreisen und den Beamten geschaffen würden. Im übrigen würden seine Freunde trotz der Sonderstellung der Geistlichen für die Beschlüsse zweiter Lesung stimmen.

Ein Regierungskommissar betont demgegenüber, daß es sich lediglich um die Art der Abrechnung zwischen Gemeinden und Kreisen handele; das Dienstverhältnis der Beamten werde dadurch gar nicht berührt.

Abg. Reinsbacher (frz. Bp.) befürwortet einen Antrag, wonach das Kommunalsteuerprivileg auch für die Geistlichen beseitigt werden soll.

Abg. Hirsch (Soz.):

Für den Antrag v. d. Groeben sind meine Freunde nicht zu haben. Sollte die Rechte im Falle seiner Ablehnung gegen die Vorlage stimmen, so würden wir das Schauspiel erleben, daß die äußerste Rechte und die äußerste Linke gemeinsam dagegen stimmen. So wie die Vorlage aus der zweiten Lesung gekommen ist, ist sie für uns unannehmbar. Ich habe bei der ersten Lesung betont, daß wir die Aufhebung des Privilegs für Beamte, Lehrer und Geistliche fordern. Die Kommission hat sich unserem Standpunkt genähert und wenigstens die Geistlichen, Kirchendiener und Lehrer in das Gesetz hineingezogen. Aber nachdem das Haus durch seine Beschlüsse in der zweiten Lesung die Kommissionsbeschlüsse wesentlich verschlechtert hat, können wir der Vorlage unsere Zustimmung nicht geben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In der Debatte ist eine sehr weitgehende Rücksichtnahme auf die kirchlichen Gemeinden hervorgetreten, die den politischen Gemeinden gegenüber niemals geübt wird. Den politischen Gemeinden werden immer mehr Lasten auferlegt, während andererseits die kirchlichen Gemeinden in ganz unangebrachter Weise geschont werden. Ich erinnere an das neue Lehrerbesoldungsgesetz, an das Gesetz über die Polizeikosten und an die Beschlüsse bei den Steuerberatungen. — Dem Antrag der Freisinnigen werden wir zustimmen, weil wir es für richtig halten, daß die Geistlichen die gleichen Lasten zu tragen haben wie alle anderen Beamten. Sie haben alle Schichten der Bevölkerung herangezogen, um die Lasten der Beamtenbesoldung zu tragen. Sie haben sich selbst nicht geschont, die Einkommen von 1200 M. mit neuen Steuern zu beladen. Unter diesen Umständen ist es am wenigsten angebracht, die Geistlichen von den Lasten auszunehmen; sie sollten freiwillig auf ihr Privileg verzichten.

Wenn wir prinzipiell die Gleichstellung der Beamten, Lehrer und Geistlichen in bezug auf ihre Rechte und Pflichten fordern, so verlangen wir natürlich auch das passive Wahlrecht. Man sagt, man könne die Geistlichen nicht in den Wahlkampf hineinziehen. Aber die Geistlichen mischen sich ja auch in die politischen Kämpfe ein. Ebenso wie es in dem großen politischen Kampfe Geistliche gibt, die eine Taktik einschlagen, die ihrem Stande nicht zur Ehre gereicht, wie es andererseits Geistliche gibt, die auch im politischen Kampf durchaus die Grenze zu halten wissen, wird das auch in den Gemeinden der Fall sein. Selbstverständlich verlangen wir das passive Wahlrecht auch für die Lehrer. Die Volksschule wird darunter nicht leiden. Denn die Mehrzahl unserer Volksschullehrer besitzt den für den politischen Kampf notwendigen Takt. Wir haben ja in den Gemeindevertretungen bereits höhere Lehrer, die sich durchaus bewährt haben. Es ist zu hoffen, daß in großen und kleinen Gemeinden die Elementarschullehrer eine Tätigkeit entfalten, die der Volksschule nur zum Segen gereicht und wovon naturgemäß auch die heranwachsende Jugend Vorteil hat. Ich kann nur noch einmal erklären, daß wir dem Gesetze, nach den Verschlechterungen, die es in zweiter Lesung erfahren hat, nicht zustimmen können. Wir würden gern für die völlige Aufhebung des Privilegs stimmen, können aber eine Vorlage nicht annehmen, die nur etwas Halbes bringt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rumböhr (L.) tritt als Geistlicher für die Befreiung des Privilegs der Geistlichen ein! Wir wollen dem Staate geben, was des Staates ist, und wollen, daß die Parole zur Wahrheit wird: Heraus aus der Pastorenkirche und hinein in die Gemeindekirche!

Abg. Wolff-Dissa (frz. Bg.) spricht ebenfalls für die Befreiung des Privilegs der Geistlichen.

In der Abstimmung wird der freisinnige Antrag abgelehnt, der Antrag v. d. Groeben angenommen. Der Rest des Gesetzes wird unbedenklich angenommen, ebenso das Gesetz in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten.

Hierauf wird das Gesetz betreffend die Wohnungszuschüsse für die Beamten nach kurzer Debatte in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzes betreffend die Änderungen des Einkommensteuergesetzes und des Ergänzungsteuergesetzes.

Abg. vom Rath (natl.) polemisiert gegen frühere Angriffe des Abg. v. Hennings.

Abg. Heimann (Soz.):

Das ursprüngliche Vorgehen der Regierung bei diesem Gesetz, die Lasten der Beamtenbesoldung auf die Schultern der Besitzenden zu legen, zu deren Gunsten im Reich die Wirtschaftspolitik gemacht wird, war eigentlich selbstverständlich. Aber wir sind an solche Selbstverständlichkeiten hier so wenig gewöhnt, daß wir die Vorlage freudig begrüßt haben. Doch hat sich wieder gezeigt, man soll den Tag nicht vor dem Abend loben. Der Herr Finanzminister ist auch in dieser Beziehung von einem Saulus zu einem Paulus geworden und verteidigt heute die Beschlüsse der zweiten Lesung, wonach auch die kleinen Einkommen mit den Steuerzuschlägen belegt werden sollen. Der konservative Redner hat bei der zweiten Lesung sogar die Erwartung ausgesprochen, daß die Regierung in Zukunft keine Steuerentlastung mehr bringen werde, in der von dem Grundbesitz, daß auch die kleinen Einkommen zu der Steuer herangezogen werden müssen, abgegangen werde. Da die Regierung sich in Preußen ja stets willens den Diktanden der konservativen Partei unterordnet, so ist nach diesen Worten eine Verbesserung unseres Einkommensteuergesetzes auch in Zukunft nicht zu erwarten. Zweifellos bedeutet die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt eine ganz unbillige Härte für die Massen der Bevölkerung. Es wird einem Manne mit 1200 M. Einkommen zweifelsfrei viel schwerer, 60 Pf. mehr Steuern zu zahlen, als die Mehrzahl von 20 M. für einen Mann mit 10 000 M. Einkommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf der letzten Generalversammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer hat der konservative Herr v. Wobelschwing unter allgemeinem Beifall ausgesprochen, daß es auch bei Einkommen von 10 000 M. schon außerordentlich knapp zugeht und jede Belastung als drückend empfunden wird. Wenn es richtig ist, — ich

will es dahingestellt sein lassen — ja können Sie sich ja ausmalen, wie sehr die Arbeitereinkommen von jeder, auch der kleinsten Neubelastung empfindlich getroffen werden. Prof. Wagner hat auf dieser Versammlung sehr richtig betont, daß dem kleinen Manne von seinem Einkommen nichts übrig bleibt. Nebenbei hat diese Generalversammlung ein geradezu typisches Bild von der Unzulänglichkeit geboten, mit welcher die Herren Agrarier gegen jede ihnen unbequeme Auffassung vorgehen. Jahrzehnte hindurch haben die Herren dem Professor Wagner zugehört, wenn er eine ihnen genehme agrarische Wirtschaftspolitik wissenschaftlich verteidigte, und haben seine Autorität gegen uns in Feld geführt. In dem Augenblick aber, wo dieser Mann in einem nebensächlichen Punkte nach seiner wissenschaftlichen Überzeugung Anschauungen vertritt, die den Herren nicht genehm waren, weil sie gegen ihre materiellen Interessen verließen, wurde er von ihnen in einer Weise angegriffen, die er selbst als unwürdig bezeichnet hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Köme Herr Professor Wagner in eine Arbeiterversammlung, um dort seine sozialpolitischen Anschauungen zu vertreten, so würde er zwar sicher keinen Arbeiter beleidigen, aber man würde ihn dort mit der Ruhe anhören, wie es seiner wissenschaftlichen Stellung gebührt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.)

Professor Wagner hat nun bei seinen Ausführungen natürlich nur von den jetzt schon im Reich bestehenden indirekten Steuern gesprochen. Nach den Nachweisungen des Reichsschatzkanzlers beziffern sich diese auf 19 M. pro Kopf, das heißt: eine fünfköpfige Familie ist mit 95 M. belastet. Dazu kommt nun noch der Tribut, den die Arbeiterfamilien infolge der durch die Jollerhöhung herbeigeführten Verteuerung der Lebensmittel an die Landwirtschaft zu zahlen haben, und zu diesen schweren Lasten sollen nun noch im Reich neue ungelohnte Opfer treten, die im einzelnen auf den Kopf der Bevölkerung nicht auszurechnen sind, die im ganzen aber etwa 100 Millionen Mark im Jahre betragen werden. Für Preußen kämen dann noch die jetzt zu beschließenden Zuschläge hinzu. — Was das Kinderprivileg anlangt, so hat ja mein Freund Hirsch bereits nachgewiesen, daß davon die größeren Einkommen viel mehr Vorteil haben. Wenn man die Geringfügigkeit der Zuschläge betont, muß man andererseits bedenken, daß aus den schon vielfach erwähnten Gründen die Kommunen ebenfalls Zuschläge zur Einkommensteuer erheben werden, und da ihnen eine Staffelung dieser Zuschläge nicht erlaubt ist, so drücken auch diese Zuschläge wieder diejenigen, die es am wenigsten verdienen. Der Oberbürgermeister Kunz-Eberfeld hat dies in einer Petition im Auftrage des Vorstandes des rheinischen Städtebundes ebenfalls betont. Bei dieser Sachlage sollten die Mitglieder dieses Hauses, die selbst Gemeindevertreter sind oder Einfluß auf die Gemeindevertretungen in ihrem Wahlkreise haben, wenigstens dafür eintreten, daß in den Kommunen die

Wertzuwachssteuer

eingeführt wird. Nach Hunderten von Millionen, ja nach Milliarden beziffert sich die Wertsteigerung, welche der Grundbesitz in allen aufblühenden Kommunen in den letzten Jahrzehnten erfahren hat. Es bietet sich hier also

eine reichlich fließende Steuerquelle,

die auch allen Anforderungen entspricht, welche man an eine gute und gerechte Steuer stellen kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Herren dann sehen werden, wie die Einführung der Steuer an dem Widerstand der Grundbesitzer scheitern wird, dann wird die Überzeugung von der Schädlichkeit des Hausbesitzerprivilegs in immer weitere Kreise dringen. Das wäre vielleicht der einzige gute Erfolg dieser Vorlage. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist von allen Seiten so hingestellt worden, als ob man in der Besteuerung der großen Einkommen bereits an die Grenze des Möglichen gegangen sei. Solchen Behauptungen gegenüber sind die Feststellungen der neuen vergleichenden Uebersicht über die Ergebnisse der Veranlagung zur Ergänzungssteuer sehr interessant. Aus diesen amtlichen Nachweisungen ergibt sich, daß das veranlagte Vermögen der Rentisten in Preußen im Jahre 1908 bis 1910 gegenüber der Periode 1905 bis 1907 um 2 240 000 000 Mark gestiegen ist. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist fast das Doppelte der Kriegsschuldigung, die 1871 Frankreich auferlegt wurde. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) 91 853 Millionen werden von genau 1/4 Millionen Rentisten versteuert. Nach Prof. Delbrück kann man sagen, daß dazu noch 60 Milliarden kommen, die bisher genutzt haben, sich der Steuer zu entziehen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und die, wie Professor Delbrück ausführt, zum größten Teil in der Landwirtschaft festsitzen. Prof. Delbrück sagt darüber:

„Der sein Einkommen und sein Vermögen auf dem Lande hoch deklariert, macht sich dadurch in der Kambarität unbeliebt, da man fürchtet, nach diesem Beispiel auch stärker herangezogen zu werden. Wir sind darüber die erbaulichsten Geschichten aus den Kreisen der Gutbesitzer erzählt worden. Die Veranlagungskommissionen sind bei ihrer Nachprüfung milde, da an ideen Spitze der Landrat steht. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Der durch Rücksichten der Politik und der Karriere gezwungen ist, es mit den Grundbesitzern nicht zu verderben.“

(Nur! bei den Sozialdemokraten: Ausgezeichnet! Lachen rechts.) Sie laden, das sagt aber kein Sozialdemokrat, sondern eine konservative Autorität! Im übrigen ergibt sich aus der amtlichen Uebersicht, daß fast die Hälfte aller Rentisten noch nicht den zwölften Teil des gesamten Vermögens in Preußen besitzen und daß 21 000 Rentisten, also noch nicht ein Siebzigtel aller Rentisten, mehr als ein Drittel des gesamten Vermögens in Preußen ihr Eigen nennt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Zahlen beweisen, wie sich bei uns das Nationalvermögen vermischt und wie es sich immer mehr in wenigen Händen konzentriert;

sie beweisen auch, daß die neue Belastung bei den großen und größten Einkommen als solche überhaupt nicht gespürt wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Trotzdem scheut man sich nicht, in Preußen auch bei den kleinsten Arbeitereinkommen noch Zuschläge zu erheben und dem Reiche in Form der Konsumsteuern viele Hunderte von Millionen aus den Massen herauszugelassen, während die Besitzenden kaum dazu zu bekommen sind, unter allen möglichen Kautelen einen kleinen Bruchteil der Reichskassen auf ihre Schultern zu nehmen. Sie haben die Macht und daher auch das Recht, die Steuern in der Ihnen geeigneten Weise auf die verschiedenen Klassen der Bevölkerung zu verteilen. Aber Sie werden weder uns noch die hinter uns stehenden Massen überzeugen können, daß die Verteilung von ihnen in einer Weise vorgenommen wird, wie es die Gerechtigkeit erfordert. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf v. d. Groeben (L.) verteidigt den Abg. Hennings gegenüber dem Abg. v. Rath.

Finanzminister v. Rheinbaben:

Gegenüber den Ausführungen des Abg. Heimann muß ich erneut darauf hinweisen, daß 75 Proz. der jetzt beschlossenen Zuschläge von 0,38 Proz. der Bevölkerung aufgebracht werden. Nicht nur die großen Vermögen haben zugezogen, sondern auch die Einkommen von 900 bis 3000 M. 1892 versteuerten diese Einkommen 2 481 000 000 M., 1908 6 400 000 000 M. (Hört, hört! rechts.) Gegenüber dem von Herrn Heimann angeführten Vorwurf des Professor Delbrück, daß die Landräte Steuerhinterziehungen begünstigen, muß ich diese in Schutz nehmen. Zunächst geht es zu dem steuerlichen Begriff des Vermögens nicht das Vermögen, welches sich im Auslande befindet, ferner auch nicht das Vermögen, das in Hausgeräten usw. angelegt ist. Dies Vermögen schätzen wir auf 20 Milliarden. Ferner ist auch der ganze Besitz, der 6000 M. nicht erreicht, nicht zur Besteuerung herangezogen. Von dem angeblichen Fehlbetrag von 68 Milliarden erklären sich etwa 60 Milliarden auf diese Weise. Im übrigen gebe ich zu, daß es noch sehr viele Leute gibt, die nicht die Steuern zahlen, die sie zahlen müssen. (Sehr richtig!) Rund 1 400 000 Steuerereinsparungen müßten berichtet werden, das mehr veranlagte Einkommen betrug 2 Milliarden, und es sind dadurch 83 Millionen M. Steuern mehr erzielt worden. (Hört, hört!) Den Vorwurf

gegen die Landräte weise ich wiederholt mit Entschiedenheit zurück. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Bachnide (frz. Bg.): Gegenüber Herrn Heimann muß ich bemerken: „Du sprichst vergebens viel, um zu verjagen, der andere hört von allem nur das Reine!“ Würde Herr Heimann etwa für die Vorlage stimmen, wenn wir wirklich die Einkommen von 1200 bis 1500 M. zuschlagsfrei ließen? Die Sozialdemokratie handelt auch heute den Beamten gegenüber nach der Grillsenbergschen Taktik: „Wir können den Unteroffizieren jede Aufbesserung, aber wir bewilligen ihnen keinen Groschen.“ Die Sozialdemokratie, übertrieben gigantisch, wenn sie in der Nebenausgabe von vierzehnjährlich 15 Pf. eine schwere Gefahr für den Arbeiterstand erblickt. Wenn wir der Steuerentlastung zustimmen, so deshalb, weil es sich um ein Provisorium handelt. Prinzipiell stehen Nachlasssteuer und Vermögenssteuer nach wie vor an erster Stelle in unserem Steuerprogramm. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Hirsch (Soz.):

Es war sonderbar, daß die Rede des Herrn Vorredners zu dieser Vorlage wesentlich aus Angriffen gegen die Sozialdemokratie bestand. Es ist mir ja psychologisch erklärlich, daß das böse Gewissen Herrn Bachnide nicht in Ruhe läßt (Lachen bei den Freisinnigen) und daß er, um die berechtigten Vorwürfe, die in der Öffentlichkeit gegen das Verhalten seiner Freunde erhoben worden sind, von sich abzulenken, nun gegen die Sozialdemokratie polemisiert. Herr Bachnide behauptet, wir stellten Anträge auf Verbesserung von Beamtenbesoldungen, kümmernten uns aber nicht darum, wie das Geld aufgebracht wird. In der Kommission aber sind gerade von uns Anträge zur Beschaffung der Mittel gestellt worden, freilich in anderer Weise, als es den Intentionen des Herrn Bachnide entspricht. So ist unser Antrag auf Verdoppelung der Ergänzungssteuer gegen die Stimme des sozialdemokratischen Vertreters abgelehnt worden. Nun vertritt uns Herr Bachnide darauf, daß seine Freunde später bei einer organischen Regelung des Einkommensteuergesetzes mit uns dafür stimmen würden, daß die Steuererhöhung erst mit 7000 M. beginnt. Ich fürchte nur, daß Herr Bachnide und seine Freunde dann von den Konservativen nicht die Erlaubnis bekommen werden, so zu stimmen, wie sie es dem Programm entsprechend tun müßten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Bachnide sagte weiter, wir haben kein Recht, von dem Unter gange des Arbeiter- oder Mittelstandes zu sprechen, wenn bei 1200 M. Einkommen noch vierzehnjährlich 15 Pfennig mehr Steuer gezahlt werden müssen. In solchen Uebersetzungen hat sich niemand ergangen. Unserer Meinung nach aber sollten die Einkommen bis 1200 oder auch bis 1500 M. vollkommen steuerfrei bleiben. Vergessen Sie nicht, daß Sie auch durch die Erhöhung des Reichssteuereinkommens noch mit 1 M. mehr pro Jahr belasten. Man soll nicht den Minderbemittelten immer dadurch etwas vormachen, daß man sagt, es handle sich ja nur um ein paar Pfennige. Sie müssen bedenken, daß man überall, an allen Ecken und Enden, darauf ausgeht, die Minderbemittelten zu belasten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.) Sie richten sich selbst dadurch, wenn Sie denken, welche gegen diese Lasten protestieren, nichts weiter entgegenzusetzen können, als nur Lachen. Die Freisinnigen wollten bei der ersten Beratung, daß die Einkommen bis zu 10 000 M. freigelassen werden sollen. Trotzdem haben sie dann schließlich dem Kompromiß zugestimmt, wonach schon die Einkommen von 1200 M. belasten müssen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man sollte sich nicht darauf berufen, daß es sich nur um eine vorläufige Regelung handelt. Was Sie hier tun, ist der erste Schritt, und Sie werden nachher nicht mehr zurück können. Sie können dann froh sein, wenn nicht noch eine neue Belastung dieser geringen Einkommen erfolgt. Daß diese geringen Einkommen dann entlastet werden, daran denkt im Ernst niemand. Darüber sollten Sie sich klar werden vor Ihrer Abstimmung. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Bachnide (frz. Bg.): Im Gegensatz zu Herrn Heimann hat Herr Hirsch sachlich gesprochen. Durch Ihre handige Vermittlung hat sich die Sozialdemokratie selbst einschlüssig. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Durch die Gewerkschaftsbeiträge werden die Arbeiter von den Freunden des Herrn Hirsch viel höher belastet, als durch diese Vorlage. Uns kommt es nun darauf an, daß in der Belastung der einzelnen Bevölkerungsschichten das richtige Verhältnis gewahrt wird. Den Sozialdemokraten aber kommt es ja doch auf die innere Wahrheit ihrer Ausführungen nicht an, sie wollen nur ein Agitationsmittel haben. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Versänlich bemerkt

Abg. Hirsch (Soz.): Wenn Herr Bachnide behauptet, daß ich im Gegensatz zu meinem Freunde Heimann unsachlich gewesen bin, lag es nur daran, daß ich zufällig nach Herrn Bachnide zu Worte kam. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herr Dr. Friedberg hat für seine Behauptung, uns läme es nur darauf an, ein Agitationsmittel nach außen zu haben, auch nicht einen Schimmer von Beweis erbracht. Ich muß es ebenso wie er für mich in Anspruch nehmen, daß ich innerlich von der Wahrheit meiner Behauptungen durchdrungen bin. Durch den Schluß der Debatte ist es mir leider unmöglich gemacht, auf die interessante Frage einzugehen, wie es mit den Gewerkschaftsbeiträgen der Arbeiter bestellt ist. Aber das kommt noch.

Hierauf wird das Gesetz nach den Kommissionsbeschlüssen auch in der Gesamtabstimmung angenommen.

Ebenso wird das Mantelgesetz in der Gesamtabstimmung angenommen.

Hierauf wird das Gesetz, betreffend die Gebühren der Medizinalbeamten in zweiter Lesung nach längerer Diskussion in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr. (Extraordinarium des Gesamtstaats, Etat der Domänen- und Forstverwaltung.)

Schluss 5 Uhr.

Die Parteipresse

zum Entwurf des Organisationsstatuts.

II.

„Brandenburger Zeitung“:

„Sehr bedeutsam ist . . . die Einführung des Mindestmonatsbeitrages für männliche Mitglieder auf 30 Pf. Einige Blätter halten diesen Betrag für zu niedrig. . . . Es sei zugegeben, daß die finanziellen Anforderungen an die Parteiorganisation ständig größer werden und daß auch die Erhebung eines Wochenbeitrages ein sehr vorteilhafter Rohstoff ist. Dennoch aber dürfen die bei erhöhten Beiträgen auch erhöhten Schwierigkeiten der Agitation nicht außer acht bleiben. Zumal unsere auf dem Lande tätigen Genossen wissen ein Lied davon zu singen. Darf doch auch nicht vergessen werden, daß es (leider!) sogar noch zwei Kreise gibt, die bisher nur 15 Pf. Monatsbeitrag hatten, und 30 zählen nur 20 Pf., 45 wiederum nur 25 Pf. Es kann daher mit der im Entwurf vorgeschlagenen Einheitsregelung von 30 Pf. monatlich durchaus sein Bewenden haben, zumal es ja größeren und leistungsfähigeren Kreisen unbenommen bleibt, über diesen Normalfuß hinauszugehen.“

Neuerst antwortbar erscheint uns nun aber mancherlei bei den Bestimmungen für die weiblichen Mitglieder. Zunächst halten wir es für berechtigt, daß die Frauenzeitschrift „Gleichheit“ gratis geliefert werden soll. Wir wollen einmal davon absehen, daß die „Gleichheit“ heute selbst für viele freiwillige Abonnentinnen zu schwer verständlich ist: dem ließe sich durch eine vollständigere Schreibweise abhelfen. Aber bei der Gratislieferung erlahmt erfahrungsgemäß teilweise nicht nur das Interesse an Blatte selbst, sondern es verschwindet auch ein äußerst dankbares

Bestelltes Agitationsgebiet für unsere Genossinnen. . . . Das geht . . . so weit, mag man schon aus Gründen der Zweckmäßigkeit einige Sonderrechte der weiblichen Mitglieder, wie z. B. die obligatorische Vertretung im Vorstande und die mögliche Beteiligung an Delegationen für praktikabel halten.

Hiermit sind wir bei der Frage der Delegation zum Parteitag angelangt. . . . Es soll . . . eine Art Proportional-system eingeführt werden, womit man sich im Grunde natürlich einverstanden erklären kann. Ueber die Abstufung selbst dagegen wird man verschiedener Ansicht sein dürfen. Vereine, die bis 1500 Mitglieder zählen, sollen nur einen Delegierten entsenden, während Wahlkreise mit 1500—3000 zwei, solche mit 3000—6000 drei, Vereine mit 6000—12000 vier, bis 18000 fünf und über 18000 sechs Delegierte zu schicken haben. Es scheint, als wären diese Zahlen als bindende Norm gedacht, so daß ein Verzicht auf die volle Zahl der Delegierten nicht statthaben kann. Demgegenüber halten wir die an sich zwar berechtigete Steigerung der Vertretung größerer Kreise für übertrieben. Ein sechsaches Uebergewicht über kleinere, an sich jedoch immerhin gleichberechtigte Kreisorganisationen ist keineswegs bannend und widerspricht gar zu sehr den Interessen der Minderheit.

Jedenfalls schieue und eine Minderung der Teilnehmer auf diese Weise gerechtfertigter als durch die schon vielfach und auch wieder im „Vorwärts“ vorgeschlagene, im Entwurf aber nicht funktionierende Ausschließung der Reichstagsfraktion vom Parteitag. Man kann doch unmöglich davon reden, daß der Weisheit eines Reichstagsmanneils eine Ende des Zufalls sei. Die „Leipziger Volkszeitung“ aber tut es und macht sich dadurch einer Verletzung der tatsächlichen Lage schuldig. Wir wissen uns im allgemeinen mit unserem Leipziger Druckerblatt von einer Ueberschätzung des Parlamentarismus völlig frei. Aber wie die Verhältnisse nun einmal liegen, sind wir in fast allen Dingen mit dem Parlamentarismus so verwohnen, daß wir die Zulassung der Reichstagsabgeordneten als vollberechtigte Teilnehmer durchaus billigen. (Eine „Vertretung“ der Fraktion läßt sich schon ganz und gar nicht einheitlich und präzise zustande bringen.) Jeder Reichstagsabgeordnete steht wie im politischen so auch mitten im Parteileben und solange sich nicht das Gegenteil erwiesen hat (wofür kein Verhalten auf dem Parteitag eine gute Probe ist), muß angenommen werden, daß er mit seinen Wählern auch in allen wichtigen Parteifragen einer Meinung ist. Zudem spielen ja auch auf den Parteitagen politische und parlamentarische Fragen eine eminente Rolle, bei denen die Abwesenheit der Reichstagsabgeordneten geradezu vom Uebel wäre. Ließen sie sich aber von ihrem Kreise eigens delegieren, was wohl in den meisten Fällen geschehen würde, so würden gerade dadurch den übrigen Genossen diese Mandate entzogen. Es handelt sich hier ebensowenig um ein „unheimliches Vorrecht“ wie bei der jetzt ganz selbstverständlichen Teilnahme der Landtagsabgeordneten bei den Landesparteitagen usw. Viel eher könnte man sich fragen, warum denn das neue Statut die vom Parteivorstand bestimmten Referenten bei allen Abstimmungen als vollberechtigte Teilnehmer gelten lassen will, wo es sich bei der Auswahl bisweilen doch nur um seine Kenntnisse auf einem ganz speziellen Gebiet zu handeln braucht. Eher sollte man, solange der „Vorwärts“ Zentralorgan ist, ihm als politischen und vielfach auch der „Neuen Zeit“ als wissenschaftlichen Mittelpunkt durch je einen Vertreter offiziell Sitz und Stimme gewähren. . . .

„Volksblatt für Halle“:

Im vorigen Jahre hatten noch 2 Kreise nur 15 Pf. Monatsbeitrag, 99 hatten 20, 45 25, 108 30, 1 35 und 24 40 Pf., während 82 Wahlkreise abgestufte Beiträge von 10 bis 40 Pf. erhoben. Einen Wochenbeitrag von 5 Pf. hatten 2, von 10 Pf. 42 Wahlkreise. Die Kommission wünscht, daß der Mindestbeitrag für männliche Mitglieder 30 Pf., für weibliche Mitglieder 20 Pf. betragen soll. Dem Vorschlage kann man angeschlossen der großen Aus- und Aufgaben der Organisationen ungeschminkt zustimmen, abgesehen freilich der beste Modus der Wochenbeitrag bleibt. Selbst in Kreisen mit der ärmlichsten Bevölkerung hat sich ein Wochenbeitrag von 10 Pf. bewährt und wird gern gezahlt, wie mehrere Kreise in Sachsen, wo er jetzt allgemein eingeführt wird, und andere Kreise beweisen.

So notwendig eine Proportionalvertretung (auf dem Parteitag) ist, so sehr wird sich über die Art der Steigerung reden lassen. Die Demokratie erfordert wohl eine gerechte Vertretung aller Mitglieder, doch ist eine freiwillige Organisation kein Zwangsstaat mit Klassen und entgegengesetzten Interessen der Klassenangehörigen. Deshalb liegt keine Notwendigkeit vor, die absolute Zahl hier entscheiden zu lassen. Das hat die Kommission auch nicht getan und konnte es nicht tun. Allein ihre Steigerung der Vertretung erscheint trotzdem noch zu stark, da kein Anlaß vorliegt, einem Kreise ein sechsaches Uebergewicht gegenüber einem anderen auf dem Parteitag zu verleihen. Mancherlei Bedenken sprechen gegen den Vorschlag der Kommission. Es wird völlig genügen und keinerlei Interessen der großen Kreise verletzen, wenn die Höchstzahl der Vertreter eines Kreises auf drei, im äußersten Fall vielleicht auf vier gesteigert wird. Praktisch würde das wohl zur Folge haben, daß die Parteitage in der gleichen Stärke wie bisher zusammenzutreten, nur wäre die Zusammenfassung eine gerechtere, indem schwache, aber in der Nähe des Parteivorstandes gelegene Kreise verhindert würden, mehrere Delegierte zu stellen. Die Parteitage sind heute schon umfangreich genug — in Nürnberg tagten 369 Parteigenossen — so daß eine Vergrößerung der Zahl nicht wünschenswert erscheint. . . . Die Forderung, daß die Reichstagsfraktion nicht vollständig zur Teilnahme berechtigt sein soll, sondern eine Delegation zu entsenden habe, ist sehr alt. . . . Die Abgeordneten sind als Vertreter des Volkes ins Parlament gewählt und nicht auch zugleich für 5 Jahre auf den Parteitag. Der Parteitag soll jeweils die Stimmung und Anschauung der Partei widerspiegeln, was nur möglich ist, wenn die Parteioorganisation das Recht und die Freiheit haben, jedesmal die ganze Zusammensetzung des Parteitages zu bestimmen. Die Delegierten haben sich vorher in öffentlicher Parteiversammlung zu den wichtigsten Aufgaben des Parteitages zu erklären, und sie werden nur gewählt, wenn ihre Stellungnahme zu Parteifragen der Mehrheit der Parteigenossen entspricht. Das ist der einzig mögliche Weg, Parteitagbeschlüsse herbeizuführen, die der Mehrheit der Parteigenossen (und nicht etwa nur der Mehrheit der Parteitagsteilnehmer) entsprechen. Der Reichstagsabgeordnete ist aber als solcher nicht wegen seiner Stellungnahme in inneren Parteifragen als Mitglied auf den Parteitag gewählt, er ist in dieser Beziehung „unabhängig“. . . . Wir empfinden es als einen Mangel, daß sich die Kommission nicht mit der Frage der Urabstimmung beschäftigt zu haben scheint. . . . Die Möglichkeit einer Urabstimmung der Gesamtpartei über wichtige Parteifragen muß endlich vorgesehen werden. Die Urabstimmung ist in jeder Beziehung ein belebendes Moment für die Partei. Eine Anzahl Kreise hat bereits in ihrem Gebiete die Urabstimmung über wichtige lokale oder den Kreis betreffende Parteifragen, Delegiertenwahlen, Aufstellung des Reichstagskandidaten usw. eingeführt. Damit sind wohl überall gute Erfahrungen gemacht worden.

Heute hat der alljährlich stattfindende Parteitag allein in allen Fragen zu entscheiden, die die Partei aufs tiefste erregen und Lebensfragen sein können. Hier muß die Partei die Möglichkeit haben, die Beschlüsse vor sämtliche Parteigenossen zu bringen und sie in einer Urabstimmung auf ihre Richtigkeit zu prüfen, zumal wir gerade beim letzten Parteitag erlebt haben, daß seine rechtmäßige Zusammenfassung planmäßig leugnet wurde. Die Partei braucht in großen Fragen völlige Klarheit über die Anschauungen ihrer Mitglieder, was einwandfrei nur durch eine Urabstimmung zu erreichen ist. Nichts ist gefährlicher für uns, als wenn wir uns irgendwie über uns selbst und unsere eigenen Reiben täuschen!

Eine Urabstimmung erweckt aber auch das Interesse jener Genossen, die leider vielfach absichts vom Versammlungsbetrieb und sonstiger Parteitätigkeit scheinbar ebenso jener, die sich gewöhnlich-

mäßig nicht viel um Parteifragen kümmern mögen. Eine Urabstimmung im kleinen Wahlkreise wirkt hier schon in jeder Weise anregend und fördernd ein, wobei mehr erst eine solche der Gesamtpartei. Da unsere Parteioorganisation jetzt so vorzüglich, ja fast bürokratisch genau, durch die deutschen Vaterländer funktioniert, ist eine Urabstimmung durch das ganze Reich, technisch betrachtet, ohne jede Schwierigkeit durchzuführen. . . .

Ermordung der Frau Buchholz bei Grünau.

Am gestrigen Sitzungstage verlangte der Staatsanwalt Tölle von dem Angeklagten Aufklärung darüber, was er denn mit dem Umlegen der Weisenschmür um den Hals der Leiche begreife. Ihm wurde vorgehalten, daß der Ansehen eines Selbstmordes hierdurch doch unmöglich erreicht werden konnte. Der Angeklagte blieb dabei, daß er geklagt habe, durch das Umlegen der Schmür die Tat zu verdecken. Der Vorsitzende ließ sich noch einmal von dem Angeklagten im einzelnen den Vorgang schildern, wie er sich abgespielt haben soll und stellte fest, daß der Angeklagte den Kopf der am Boden liegenden Frau mit der einen Hand hochgehoben und dann die Weisenschmür, die am hinteren Teile des Halses fest zugeschnürt war, umgelegt haben müßte. Dazu würde doch ein hoher Grad von Ruhe und Kaltblütigkeit gehören, während man doch annehmen müßte, daß ein Mensch, der plötzlich sieht, was er mit einem unglücklichen Handgriff angerichtet, vor Schreck und Entsetzen eines ruhigen Gedankens gar nicht fähig wäre.

Die Frau Herzog, der Schwäger der Getöteten, befandete, hat der Angeklagte Frau Buchholz am Tage vor der stadtähnlichen Abreise nach Wehrau Vorhaltungen über diesen ihren Schritt gemacht und sie gefragt: „Wollenberg will wohl zu viel Geld von Dir haben?“ Darauf hat sie geantwortet: „Ach, wenn es weiter nichts wäre! Weinetwegen könnte er alles bekommen, was ich habe!“ Frau Herzog hat ihre dann weiter vorgehalten, daß sie doch bei ihrem Manne bleiben sollte, der doch ein solider, arbeitssamer Mann sei, während, wenn sie mit Wollenberg zusammengehe, ihr das Schicksal blühen würde, schließlich durch Anzucht ihren Lebensunterhalt verdienen zu müssen. Diesen Gedanken hat Frau Buchholz mit Entzückung und mit den Worten zurückgewiesen: „Dabei würde ich sterben, ehe ich mir auf solche Weise Geld verdienen!“ Zwei Frauen, bei denen der Angeklagte nach- einander gewohnt hat, geben diesem ein gutes Zeugnis. Die eine dieser Zeuginnen hat auch Frau Buchholz kennen gelernt, die der Angeklagte als seine Braut bezeichnete. Justizrat Dr. Sells suchte durch Befragen dieser Zeugin die Ansicht zu widerlegen, daß der Angeklagte eine Art Blutsauger gewesen sei, unter dessen Joch die Frau Buchholz zu leiden gehabt habe. Die Zeugin bestätigt, daß noch ihren Wohnverhältnissen der Angeklagte in bestem Uebereinstimmen mit Frau B. gestanden habe. Er habe gesprächsweise auch einmal gedehnt, daß er diese Frau gern heiraten würde.

Ein Zeuge, der mit dem Angeklagten bekannt war, hat mit ihm am Tage vor der Tat eine Radfahrt nach Lichtenberg gemacht und war von ihm aufgefordert worden, am nächsten Tage doch mit ihm nach Grünau zu rabeln. Er wäre dieser Aufforderung auch nachgekommen, wenn er nicht durch Unwohlsein daran gehindert worden wäre.

Zwei Gostwitzer, in deren Lokalen der Angeklagte verkehrte, geben ihm das Zeugnis eines im allgemeinen ruhigen, nichtern und nicht zanktätigen Mannes, der aber gelegentlich auch einmal aufdrausen konnte.

Der Angeklagte verblieb dabei, daß er die durch einen langen Windstaden verlängerte Weisenschmür nicht zu verbredertem Zwecke am Tage seiner Fahrt nach Grünau erst zu sich gefehlt, sondern unbedacht bei sich getragen habe. Justizrat Dr. Sells bezweifelte, daß jemals bei Erdrosselungen eine so lange Schnur in Anwendung gebracht sein dürfte. — Es wurden alsdann alle die Zeugen vernommen, die am kritischen 12. September in Grünau den Angeklagten entweder gesehen oder sonstige Wahrnehmungen gemacht haben. Diese Befundungen deckten sich mit den Aussagen derselben Zeugen in der vorigen Verhandlung. — Die Zeugin Frau Müller hat am 12. September früh vor und nach 8 Uhr von ihrer Wohnung aus gehört, wie ein Mann und eine Frau, die ihr nicht sichtbar waren, sich heftig zankten. Die beiden Personen befanden sich auf dem Wege, wo später die Leiche gefunden worden ist. Es hat sich nach der Meinung der Zeugin so angehört, als ob die Frau mit dem Manne rang, denn die Frau habe wiederholt geföhrt: „Laß mich los!“ Unmittelbar darauf sei es ganz still gewesen. — Ein Zeuge hat gesehen, wie der Angeklagte, der sein Rad führte, mit Frau Buchholz seines Weges ging. Der Angeklagte hat dabei heftig auf sie eingeredet und in einem Augenblicke der Erregung sein Rad während auf die Erde geworfen. Die beiden sind dann weitergegangen, nach etwa 50 Schritten ist der Angeklagte zurückgegangen und hat das Rad geholt. Der Zeuge Wilhelm Richter wollte am 12. September abends den um 7,13 Uhr aus Grünau abgehenden Zug benutzen. Bei dem Bahnübergang bei der Viktorienstraße ist ihm der Angeklagte dadurch aufgefallen, daß er heftig auf seine Begleiterin einprügelte und es zwischen beiden zu einem lauten Disput kam. Das Paar ist dann nach dem Öffnen der Schranke in die mit Bäumen besetzte Wilhelmstraße hineingegangen. Der Vorsitzende verwies darauf, daß die Zeugin Müller den von ihr gehörten Streit zweier Personen in der Nähe ihres Hauses zwischen 8 und 8 1/2 Uhr wahrgenommen habe, der Angeklagte also nach der Befundung des Zeugen Richter eine volle Stunde mit der Buchholz gesprochen haben müsse. Der Vorsitzende wünschte vom Angeklagten nähere Angaben über den

Inhalt des langen Gesprächs.

Wollenberg erklärt hierzu: er habe mit der Frau zuerst darüber gesprochen, warum sie sich denn vor ihm verberge und ihm gar nicht geschrieben habe. Darüber sei es zu heftigeren Worten gekommen, die Unterhaltung sei dann aber wieder friedlicher geworden und habe sich über alle möglichen Dinge, insbesondere auch über die Gestaltung der Zukunft unterhalten. Zum Schluß sei er mit Frau Buchholz wieder heftiger zusammengeraut und als sie dann Schimpfworte gegen ihn gebrauchte, habe er sie in der Erregung in der schon geschilderten Weise am Halse gepackt.

Erwürgung?

Staatsanwalt Tölle richtete an eine Frage über den Befund der Lunge der Verstorbenen an den Sachverständigen. Wie ihm von medizinischer Seite mitgeteilt worden, könne aus dem Befunde der Lunge ein Rückschluß gezogen werden auf die Art des Todes und namentlich darauf, ob eine sogenannte reflektorische Hemmung durch einen einzigen unglücklichen Handgriff oder eine richtige Würgung stattgefunden hat.

Gerichtsarzt Dr. Marg: Die auf der Lunge festgestellten sogenannten Lardiuschen Flecken habe man früher für ein sicheres Zeichen für eine gewaltsame Erstickung angesehen. Jetzt stehe man auf dem Standpunkt, daß aus solchen Flecken allein ein absolut sicherer Schluß nach der angebotenen Richtung hin nicht gezogen werden könne. Sie haben hier aber eine gewisse Bedeutung in Verbindung mit den übrigen Blutaustritten in der Augenbindehaut, auf der Gesichtshaut usw. Es ergebe sich daraus, daß nicht bloß ein einmaliges Zupacken in Frage gestanden haben könne, sondern es lagen die klassischen Merkmale des Erwürgungsstoffes vor. — Der als Zeuge vernommene Bruder des Angeklagten, Woldemar Wollenberg, erklärt auf Befragen des Verteidigers, daß sein Bruder öfter von ihm Geld geborgt erhalten habe, wenn er in augenblicklicher Verlegenheit war und daß er zu jeder Zeit Geld von ihm hätte bekommen können. Er halte es für ganz ausgeschlossen, daß sein Bruder, um eine Bagatelle von 14 M. zu erhalten, die er an Woldemar schuldet, einen Mord begehen könnte. Sein Bruder sei nervös und leicht erregt und es habe Momente gegeben, wo man sich fragen müßte, ob es in seinem Kopfe ganz richtig sein könne. Der Angeklagte habe selbst einmal gesagt, er glaube selbst, daß es bei ihm nicht mehr ganz richtig sei.

Die Sitzung wurde auf heute 9 1/2 Uhr vertagt. Es soll dann noch eine kurze Zeugenerklärung stattfinden und die Verhandlung geschlossen werden.

Stadtverordneten-Versammlung.

10. Sitzung vom Donnerstag, den 11. März, nachmittags 6 Uhr.

Der Vorsteher-Stellvertreter Cassel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr und veranlaßt zunächst die Einführung des neu-gewählten Mitgliedes, Schuldirektor Dr. Anauer, der darauf auf die Städteordnung verweist. In seiner Einführungsrede widmet der Vorsteher-Stellvertreter einen breiten Raum dem Hinweis auf den Reid und die Mißgunst, die die Stadt Berlin trotz ihrer Leistungen und ihres steten Bemühens um Fortschritte in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung von den verschiedenen Seiten ständig erfahren müsse.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Stadtschulrat Michaelis: Der Stadtv. Hoffmann hat in der vorigen Sitzung auf Vorkommnisse in bürgerlichen Unterricht in einer Pflichtfortbildungsschule hingewiesen, die geeignet waren, Aufsehen zu erregen. Er hat ein Heft eines der Schüler vorgelegt, in dem sich der Sachverhalt: Die Verwaltung der Stadt Berlin ist die denkbar schlechteste; den Grund darin haben wir darin zu suchen, daß im Stadtparlament meist Vaterlandsverräter sitzen, welche die Antisemiten nicht zu Worte kommen lassen.“ Darunter stand die Jenur „Fast gut“. Ich habe festgestellt, daß das Heft von einem Schüler herrührt, der Citern die Pflichtfortbildungsschule verlassen hat. Die von Herrn Hoffmann behaupteten Tatsachen sind richtig. (Hört! hört!) Der Lehrer hat jetzt angegeben, daß er den Schülern eine solche Unterweisung nicht gegeben, sondern rein sachlich auf die Steinische Städteordnung und die Selbstverwaltung hingewiesen hat. Die Vergleichung einer ganzen Reihe von Heften der Mitschüler des Verzeßenden hat diese Angabe bestätigt, sie enthalten eine ähnliche Bemerkung wie die hier. Einer der Mitschüler hat angegeben, daß der Schüler selbst erklärt hat: „Jetzt will ich noch ganz was anderes hinschreiben und nachsehen, ob der Lehrer es unforgiert läßt.“ Der Lehrer hat das unforgiert gelassen und untergeschrieben „Fast gut!“ (Weiter-leit.) Seinen Schülern gegenüber hat er niemals irgendeine Parteilichkeit bewiesen; gerade diejenigen, gegen welche sie sich hätte richten müssen, bekunden das. Bezüglich der Jenur „Fast gut“ gibt er jetzt an, er hätte die Arbeit nur auf die Orthographie hin durchgesehen; die Vergleichung der Hefte bestätigt das nicht, die Arbeiten sind nach dem Inhalt zensiert worden. Der Lehrer hat einen solchen Defekt an pädagogischem Wissen und Können bewiesen, daß die Schuldeputation ihn nicht für geeignet hält, weiter an einer Pflichtfortbildungsschule zu wirken. Die weiteren Ermittlungen haben ergeben, daß der Lehrer außerhalb des Unterrichts allerdings versucht hat, in die Schüler parteipolitische Tendenzen hineinzutragen (Was) und das bestärkt uns in unserer Meinung. Seine Unterrichtslosigkeit an der Pflichtfortbildungsschule dürfte mit der Stunde ihr Ende erreicht haben. (Beifall.) Vom Stadtv. Cassel ist der dringliche Antrag eingebracht:

Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat um Auskunft darüber zu ersuchen, ob im Birchow-Krankenhaus wiederum zahlreiche Erkrankungen von Krankenschwestern und Wärterpersonal infolge Genußes von unzureichlichen Speisen entstanden sind, ob die Ursachen dieser Erkrankungen bereits festgestellt sind,

welche Maßnahmen der Magistrat zukünftig zwecks Verhinderung derartiger Erkrankungen zu ergreifen gedenkt.

Gegen die Dringlichkeit wird Einspruch nicht erhoben; der Antrag kommt noch heute zur Verhandlung.

Als Bürgerdeputierter wird in die Direktion des Märkischen Museums Prof. Dr. Schiff, Landgrafenstr. 3a, gewählt.

Die Versammlung setzt hierauf zunächst die Stadterhaltung für 1900 fort.

Das Referat über die Staats-Badeanstalten, „Desinfektionsanstalt in der Reichenberger Straße“, „Heimstätten für Genußende“, „Zentrale Bad“ und „Städtisches Untersuchungsamt für hygienische und gewerbliche Zwecke“ erstattet Stadtv. Barth (A. L.). Eine längere Erörterung im Ausschusse hat nur der Etat der „Zentrale Bad“ veranlaßt, über deren unethnism-mäßigen Heimmaterialverbrauch lebhaft Klage geführt worden ist.

Stadtv. Salinger (R. L.) bittet um baldige Eröffnung einer Volksbadeanstalt im Nordosten.

Stadtrat Benst: Der Magistrat ist mit Erwägungen in dieser Richtung befaßt; auch die eventuelle Verwendung des „Ordnungshaus“ wird dabei erwogen werden.

Zur „Zentrale Bad“ bemerkt

Stadtv. Gottfried Schulz (Soz.): Unserer vorjährigen An-regung, die abgelehnt wurde, daß sich jetzt der Magistrat angeschlossen, indem eine Kommission prüfen soll, ob die IV. Anstalt an die Zentrale angeschlossen werden oder eine eigene Zentrale erhalten soll. Wir hatten damals ausgesprochen, daß durch den Anschluß gewaltige Kosten entstehen würden. Wird die IV. Anstalt angeschlossen, so liegt die Zentrale nicht mehr zentral. Wir haben also mit unseren Einwänden recht behalten. Es wurde nun von Kollegen Gelpke ausgesprochen, daß die Zentrale Vuch unethnism-mäßig viel Kohlen verbraucht und daß also dort z. B. im Vergleich zu den Wasserwerken irrationell gewirtschaftet werde. Der Magistrat hat nun bereits die Anstellung eines besonderen Heizinspektors beantragt. In unserer Kammereverwaltung werden nach einer von mir ausgesprochenen Berechnung jährlich über 2 Mill. Mark Kohlen verbraucht; 5 Proz. Ersparnis würden hier schon 100 000 M. bedeuten. Für 86 000 M. werden wir nun wohl schwierig einen tüchtigen Mann bekommen, dieses Gehalt ist zu niedrig. Wir brauchen eine wirklich erste sachmännische Kraft. Im Friedrich-Wilhelm-Hospital habe ich festgestellt, daß über 300 Zentner Kohlen in diesem Jahre geliefert worden sind, die als reine Schieferkohle gar nicht zu verwenden waren. Das Hundert-tausende in Vuch gespart werden könnten, ist allerdings eine Ueber-treibung, denn es sind nur 413 000 M. eingestellt und davon für Kohlen wirklich verbraucht nur 297 000 M. Man darf dabei auch nur ähnliche Anstalten in Vergleich ziehen, wie das Birchow-Krankenhaus oder Herzberge, nicht aber ein Kraftwerk, wie die Wasserwerke, wo keine Wärmeinheiten erzeugt werden. In Vuch werden 20 Millionen Wärmeinheiten erzeugt, 1 Million kostet also bei 12 Stunden Heizzeit und 12 875 M., beim Birchow-Krankenhaus dagegen nur 20 000 M. bei 24 Stunden Heizzeit. Bei Buhlgarten und Herzberge ist die Heizung als Wassheizung bereits teuer. In Vuch kostet die Stunde jetzt 6 M., in Buhlgarten 7,20 M. Diese Verhältnisse muß sich jeder, der an den Zuständen in Vuch Kritik üben will, gegenwärtig halten.

Stadtv. Herzberg (Fr. Fr.): Die Meinung, daß man nicht zu sehr zentralisieren dürfe, ist durch die neueren Erfahrungen durchaus überholt. Der Etat der Zentrale Bad ist ein papierner Etat, der an sich nicht erkennen läßt, daß da eigentlich mit Verlust gearbeitet wird. Man operiert da vielfach mit fiktiven Werten. Der Aufsch von 17 Pfennigen als Selbstkosten der Förderung des Wassers ist unweigerlich zu hoch; ein warmes Wannenbad kommt auf 13 Pfennig, die Wäsche auf 26 Pf. pro Kilo zu stehen. Der Preis für elektrische Energie, für Dampfheizung ist enorm hoch angelegt. Ein Gutachten des Dampfsektionsvereins läßt die in Vuch verwertete Steinkohle als minderwertig, aber nicht als die erstklassige Kohle erscheinen, die hier verwendet werden müßte. Notwendig wäre die Anstellung eines hochqualifizierten Beamten lebhaft zur Ueberwachung sämtlicher städtischen Betriebe. Der mühe ganz selbständig und unabhängig sein.

Stadtv. G. Schulz: Daß 13 Pf. für das Bad in Vuch zu teuer ist, ebenso die Wäsche mit 26 Pf. pro Kilo, liegt daran, daß Vuch noch nicht völlig ausgebaut ist. Man sollte etwas rascher an den Ausbau eines Tuberkuloseheims in Vuch herangehen; dann kann auch die Zentrale besser ausgenutzt werden. Beim Kohlenverkauf muß der Gehalt und die Heizkraft durch chemische Analyse festgestellt werden.

Stadtrat Miesent: Die Zentrale Bad befindet sich noch in unfertigem Zustande und kann noch nicht normal arbeiten. Immerhin gehen nicht unbedeutende Mengen von Wärme jetzt verloren. Für die Beschaffung guter Kohle haben wir uns stetig

benutzt. Die Selbstkosten für Wäsche sind keineswegs enorm hoch; wir waschen noch 50 Proz. billiger, als die Tarife der Berliner Wäschereien ausweisen. Der Heizschmelzer in Buch bemüht sich andauernd, die Anstalt auf der Höhe zu erhalten. Der Wunsch des Baurat Herzberg wird sich ja erörtern lassen.

Oberbürgermeister Kirschner: In Buch handelt es sich um eine ganz eigenartige Anstalt; wir haben im Magistrat die Prüfung nach der Verwaltungsweise und nach der technischen Seite hin durch je einen Sachverständigen schon früher beschlossen. Zu dem gewünschten Betriebsamt würde sich unser Heizbureau unschwer erweitern lassen; ein besonders unabhängiges Betriebsamt, das in jedem Betriebe Anordnungen treffen könnte, scheint mir in einer geordneten Verwaltung unmöglich; jedenfalls muß der dankenswerten Anregung auf anderem Wege weiter nachgegangen werden.

Nach einer kurzen Erwiderung des Stadtr. Herzberg wird der Etat für die zentrale Buch bewilligt.

Zu dem Etat des „Untersuchungsamts“ bemerkt

Stadtr. Dr. Wehl (Soz.): Am 17. November haben wir eine Resolution angenommen, wonach in die Zahl der städtischen vorzunehmenden unentgeltlichen Untersuchungen auch die Tuberkulose in den bekannten Vertrag mit den Staatsbehörden aufgenommen werden sollte. Seitdem sind 3 Monate vergangen. Der Polizeipräsident hat inzwischen angeordnet, daß für die dem Staate referierende Hälfte der Stadt an den zwei amtlichen Stellen auch tuberkuloseverdächtige Material unentgeltlich untersucht wird; in dem der Stadt vorbehaltenen südlichen Teil wird aber das tuberkuloseverdächtige Material nicht untersucht. Das ist seitens des Magistrats in dieser Sache geschehen?

Stadtr. Strahmann: Diese Frage hat den Magistrat noch nicht beschäftigt; sie steht auf der Tagesordnung für morgen.

Stadtr. Wurm (Soz.): In dem Etat steht für die Untersuchung der Gebrauchsgegenstände für sämtliche Verwaltungen nur ein Betrag von 3000 M. Das Amt besteht jetzt 11 Monate; im ganzen sind bereits für 28000 M. Untersuchungen ausgeführt worden, obwohl noch keineswegs bis jetzt alle Verwaltungen ihre Sachen in das Untersuchungsamt schiden. Das ist aber dringend notwendig. Besonders bei Submissionen ist oft die Art, wie ein Urteil über die Güte der Waren gefällt wird, sehr oberflächlich; es muß die genaue Feststellung des Wertes, nicht bloß eine Abschätzung, erfolgen. Die Inforten der Untersuchung sind je verhältnismäßig sehr gering. Um nicht die Meinung aufkommen zu lassen, daß die Verwaltungen sich nach einem so geringen Betrage im Etat zu richten haben, betone ich, daß die Verwaltungen ohne Rücksicht darauf verpflichtet sind, die Sachen untersuchen zu lassen.

Kämmerer Dr. Steiniger: Die Summe von 3000 M. ist im November veranschlagt worden. Zutreffend ist, daß die Verwaltungen, soweit sie die Untersuchung mit eigenen Kräften nicht zu bewältigen vermögen, das Untersuchungsamt in Anspruch zu nehmen haben.

Stadtr. Dr. Kuhlmann (Fr. Fr.) schließt sich dem Wunsche des Stadtr. Wurm an.

Nach einigen weiteren kurzen Bemerkungen des Stadtrats Strahmann und des Stadtr. Dr. Vangerhans wird der Etat bewilligt.

Der Stadtr. Wamberg (A. L.) hat mit Unterstützung von Mitgliedern aller bürgerlichen Fraktionen den Antrag eingebracht:

„Den Magistrat zu ersuchen, schleunigst dem Reichs-Lage des Eruchens zu unterbreiten, dem ihm von der Reichsregierung vorgelegten, die Berliner Bevölkerung auf das schwerste schädigenden Entwurf betreffend die Erhöhung der Telephongebühren, die Zustimmung zu verweigern.“

Stadtr. Jacobi (A. L.): Wie bei der Erhöhung des Ortsportos für die Zweifelhingarten geht ein Sturm der Entrüstung über die geplante Telephongebührenerhöhung durch die städtische Bevölkerung. Gegen Herrn Kräfte war ja selbst Herr von Podbielski ein Fortschrittsmann. Durchschnittlich wird der Berliner Telephonhaber von jetzt ab fast 180 M. 334 M. zahlen, ein Aufschlag von 55 Proz. Das nennt man heute „Mittelstandspolitik“, richtiger sollte man von kulturfeindlichen Bestrebungen sprechen. Im Reichstage haben unsere Kollegen Kämpf und Singer schon den Kampf dagegen mit großem Nachdruck aufgenommen; an uns ist es, diese Aktion zu unterstützen, indem wir den Magistrat ersuchen, beim Reichstage vorzujagen zu werden.

Stadtr. Singer (Soz.): Wir werden für den Antrag stimmen. Ich möchte aber die Frage nicht nur einseitig vom Berliner Standpunkt ausfassen; so schwer auch Berlin davon betroffen wird, so stehen doch auch andere Städte, die sie sehen Handel und Industrie hier einer Vorlage gegenüber, die sie aufs schwerste bedroht. Charakteristisch ist, daß bei der Post „Reform“ und „Verteuerung“ identisch ist. Die Herren von der Regierung können sich eben eine Reform gar nicht anders denn als eine Verteuerung auf dem Gebiete des Handels und Verkehrs denken. Das hat sich seit Jahren allmählich eingebürgert; man glaubt dem Handel und Verkehr die Kosten auflegen zu müssen, welche man sich scheut, in Form von direkten Steuern vom Besitz von der Gesamtheit zu nehmen. Um das platte Land und die Landwirtschaft zu entlasten und dort Erleichterungen einzuführen, werden nicht der Allgemeinheit größere Lasten auferlegt, sondern den anderen Berufskreisen durch Erhöhung der Verkehrsgebühren. Einer solchen Politik muß auf das allerhöchste entgegengetreten werden. Daß in der Postverwaltung das Verständnis für die Notwendigkeiten des Verkehrs gänzlich durch den Formalismus unterdrückt wird, ließe sich an zahlreichen Vorlagen nachweisen. Auch diese Telephongebührenerhöhung wird begründet mit der Notwendigkeit der Vermehrung der Telephonstellen auf dem platten Lande. Bei unserem Kampf gegen die Vorlage handelt es sich nicht darum, dem platten Lande die Verkehrserschwerungen zu entziehen, wie halten im Gegenteil es auch für eine Kultur Aufgabe, möglichst weit ins platte Land hinein mit diesen Verkehrsanlagen zu bringen. Wir betonen das, weil unsere Gegner glauben unsere Bewegung gegen die Vorlage sei nur von der Abneigung gegen das platte Land getragen. Wir sind gern bereit, diese Erleichterungen zu bewilligen; man verlangt aber, daß die Kosten dafür getragen werden von denen, die davon keinen Nutzen haben, und das ist durchaus ungerechtfertigt. Was die Gebühren selbst betrifft, so sollte unter Festhaltung der Pauschalgebühre eine Differenzierung vorgenommen werden; ich würde mich nicht ablehnend dagegen verhalten, daß Leute, welche in außerordentlich hohem Maße die Einrichtungen in Anspruch nehmen, etwas mehr zu zahlen haben (Zustimmung). Insofern unterscheidet sich nicht von dem Vordrucker. Im einzelnen die Notwendigkeit des Fortwachsens gegen die Vorlage nachzuweisen, ist unnötig. Mit den Vorzügen bildet wie eine wirtschaftliche Einheit, wir haben also alles Interesse daran, daß der Verkehr mit diesen für uns einheitlich, gut und billig gestaltet ist. Wir haben jetzt die Politik der neuen Handelsverträge, wir müssen die Verteuerung aller Lebensbedürfnisse jetzt bezahlen. In den Stufenleiter nach Herrn von Podbielski kann ich dem Vordrucker nicht zustimmen; er würde genau wie Herr Kräfte heute nach der Pfeife der Agrarier tanzen müssen. Heute muß die Regierung, um die Willfährigkeit dieser Partei für ihre militärisch-marineischen Zwecke zur Verfügung zu haben, mit Zugeständnissen an die Agrarier bezahlen. Neben dem Erfolg einer Petition mache ich mir keine Illusionen; dennoch muß der Versuch gemacht werden. Immerhin wird vielleicht die Vorlage, wie sie jetzt gemacht ist, eine Mehrheit nicht finden, sondern abänderungen erfordern.

Stadtr. Dr. Friedemann (Fog.-fortsch.): Den Wunsch einer gewissen Differenzierung teile ich mit dem Vordrucker. Die Pauschalgebühre muß bleiben; die Zahlung sämtlicher Gespräche wird zu den höchsten Unzulänglichkeiten führen. Es liegt auch gar kein Grund zur Entlastung der kleinen Städte zugunsten der großen vor. Und ist denn eine Erhöhung der Gebühre überhaupt nötig? Die alte Kurzzeitigkeit, die sich in der Angst vor Tarifermäßigungen zeigt, sollte doch endlich überwunden sein.

Stadtr. Rosenow (A. L.): Die neue Telephongebührenerhöhung ist eine eigenartige Illustration zu dem von sehr hoher Stelle verkündeten Erfahrungssatz: „Wir leben im Zeichen des Verkehrs.“ Etwas Teufelisches als diese Vorlage, der die Angehörigen.

wenn sie Geseh wird, sich ohnmächtig zu fügen haben, konnte nicht ausgehoben werden. Hoffentlich gelingt es noch in letzter Stunde, dieses Unglück abzuwenden.

Der Antrag Wamberg wird einstimmig angenommen.

Die Vorlage betr. den Ankauf von Ländereien in der königlichen Tegeler Forst für Anlage neuer Wasserwerke wird nach einer kurzen Debatte, an der sich Stadtr. Dr. Wehl und Stadtr. Rumschötter beteiligen, angenommen.

Die Versammlung geht hernach über zur Beratung des dringlichen Antrages Cassel wegen der neuerlichen Erkrankungen im Virchow-Krankenhaus.

Stadtr. Dr. Levy (A. L.) erinnert an den früheren Fall der Maffenerkrankungen in diesem Krankenhaus, das den Stolz Berlins bilde, und betont, einen viel schlechteren Eindruck die Wiederholung nach so kurzer Zeit in der Bevölkerung machen müsse.

Stadtr. Weigert: Durch einen bedauerlichen Zufall haben zahlreiche Wärter und Krankenwärterinnen Unbequemlichkeiten davon getragen. Der von der Direktion des Krankenhauses an uns erstattete Bericht besagt, daß in der Nacht zum Montag zahlreiche Erkrankungen eingetreten seien, die aber eine Dienstunfähigkeit nicht zur Folge hatten. Das Mittagessen hatte aus Blumenkohl-, Suppe, Hühnerfleisch, Apfelsinencreme mit Schlaglaine (Geisterzeit) bestanden. Das Essen habe tadellos geschmeckt; es war das Essen für den zweiten Tisch; auch die Wärter, die Nachtwache hatten, wurden damit belästigt. Das gleiche Essen erhielten auch zwei Patienten; auch diese erkrankten; im ganzen wurden 146 Erkrankungen festgestellt. Am Tage darauf waren aber nur noch drei Schwestern geschwächelt; auch sie sind inzwischen wieder dienstfähig geworden. Die bakteriologische Untersuchung wurde sofort eingeleitet; von dem Präparat war nichts mehr vorhanden (Geisterzeit). Die Bestandteile waren tadellos. Eine bakterielle Ursache der Erkrankungen erscheint ausgeschlossen; es scheint, daß den Kochen giftige Kochsalze beigemischt waren; von den Schwestern, welche die Kochen nicht gegessen haben, sind vier gesund geblieben. Außerordentlich bedauerlich ist, daß ein solcher Zufall zum zweiten Male im Virchow-Krankenhaus vorkommt, wo ein so tüchtiger Verwaltungsdirektor wie Geheimrat Ohlmüller an der Spitze steht. Seit der unliebsamen Fleischvergiftung im September haben wir die Oberkochen gewechselt; die neue Oberkochen erfüllt ihre Obliegenheiten zur vollen Zufriedenheit. Die Zahl der Kochinnen ist von zwei auf drei vermehrt worden, so daß jeder Tisch eine besondere Köchin hat. Der Küchenverwalter ist ebenfalls seit einigen Monaten durch einen neuen ersetzt worden, mit dem die Verwaltung vollständig zufrieden ist. Daneben ist noch ein besonderer Materialinspektor eingestellt worden. Daß das Unglück eintrat, hat weder an dem Personal, noch an den Speisen gelegen. Bedauerlicherweise hat auch hier wieder die Presse sich sofort auf die Glorifizierung des Vorfalls geworfen und sich großer Übertreibungen schuldig gemacht.

Stadtr. Dr. Wehl: Mit diesem Angriff gegen die Presse hat der Magistratsvertreter seiner Sache keinen guten Dienst geleistet. Die Zeitungen haben ja weniger berichtet, als er selbst; ich habe in meiner Zeitung die Zahl von 140 Erkrankungen, sondern überall nur die Zahl 90 gefunden. Außerdem finde ich merkwürdig, daß er der Presse vortritt, daß sie ein solches Verkommen gloriifiziert. Wenn dort innerhalb 6 Monaten zum zweiten Male etwas dergleichen passiert, so ist es die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit der Presse, darauf hinzuweisen; dafür sollte die Verwaltung der Presse dankbar sein. Man wird erinnern an die Aushörung des Bürgermeisters, daß im September sofort nachgeforscht worden sei, wie die Nachricht von der Fleischvergiftung in die Presse gelangt war! Auch in anderen Krankenhäusern wird Präparat gegeben, und von solchen Erkrankungen ist da keine Rede gewesen. Sollten nicht doch organisatorische Mängel in der Küchenverwaltung bestehen? Schon im September 1908 wies ich auf die Notwendigkeit der Dezentralisation der Küche hin; das Kochen in den großen Kesseln müsse Mängel herbeiführen. Unter dem Titel eines sachkundigen Küchenverwalters, wie er im Etat für 1909 genannt wird, versteht man doch einen wirklich Sachverständigen. Wir sind aber Mitteilungen zugegangen, wonach der jetzige Inhaber diesen Namen nicht verdient. Der Herr soll vorher in den großen Restaurants von Borchardt und Adlon dieses Amt ausgeübt haben; das sei doch die beste Schule. Ich habe in Erfahrung gebracht, aus dem Betriebe Adlon selbst, daß der Küchenverwalter Behrendt bei Adlon jedenfalls kein Küchenverwalter, sondern Materialverwalter war; bei Adlon bekam er 200 M. monatlich, bei uns bekommt er 2000 M. nebst freier Wohnung und Heizung. Der Mann ist also gar kein sachkundiger Küchenverwalter. Das Schreiben aus dem Hause Adlon an mich betont, daß er mit der Küche nichts zu tun gehabt hat; er war ein kaufmännischer Angestellter, durch den die Warenabnahme nach der quantitativen Seite erfolgte. Diese Stellung hat er mit großer Pflichttreue bei Adlon bekleidet, aber Küchenverwalter war er nicht, er mühte sich denn gerade seit dem 1. Dezember hineingearbeitet haben.

In unsere Verwaltung hineingekommen ist er ohne jedes Zeugnis von der Firma; das Zeugnis liegt noch dort. „Kein Mensch hat sich nach Wehrent erkundigt“, heißt es weiter in dem Briefe. (Lebhaftes Unterbrechen; Zurufe: Hat Ihnen Adlon das selbst geschrieben?) Der Brief ist von dem Dr. Sternberg nach Rücksprache mit den maßgebenden Personen aus dem Hause Adlon an mich gerichtet. (Erneute Zurufe.) Der Hauskurator Runge hat mir gesagt: der Bürgerdeputierte Wehrent kennt den Mann, darum haben wir ihn genommen. Hiernach ist für mich die Organisation der Küchenverwaltung des Krankenhauses keine einwandfreie; an der Spitze eines solchen Betriebes muß eine gesunde Kraft stehen. Eine ganze Reihe hervorragender Ärzte sympathisieren mit der Anregung der Dezentralisierung der Küche. Auch diesen neuen peinlichen Vorkommnissen liegen organisatorische Mängel zugrunde. „Der Küchenverwalter hat gekostet“, sagt der Stadtrat; soll damit Sachverständigen befundet werden? Das geht doch dem betreffenden Herrn an. Auch Geh. Rat Ohlmüller kann nicht alles übersehen. Es ist hier ja auch eine Zuschick aus den Schwefelkreisen verbreitet worden, welche noch andere Aufzogen erhebt. „Der rechte Mann an den rechten Ort“, der „sachkundige“ Küchenverwalter muß auf den ihm vielleicht gebührenden Posten des Materialverwalters, und an die Spitze der Küche nicht eine Oberkochen, sondern ein professioneller Küchenmeister! Dann, aber auch nur dann werden wir vor ähnlichen Vorkommnissen bewahrt bleiben!

Stadtr. Runge (A. L.): Auf den Unterschied zwischen einem Materialverwalter und Küchenverwalter will ich nicht eingehen. Herr Dr. Wehl bemängelt, daß der Küchenverwalter ohne ein Zeugnis von Adlon engagiert sei. Ich bin selbst bei Adlon wegen des Mannes eine halbe Stunde gewesen; Adlon empfing mich mit den Worten: „Ihr Besuch ist mir sehr unangenehm, denn Sie wollen mir den Herrn wegholen.“ (Hört! hört!) Wir können also den Vordruck des Herrn Dr. Wehl nicht auf uns schieben lassen. Ich bin heute noch 2 Stunden länger als Stadtrat Weigert im Krankenhaus gewesen, habe mit 2 Schwestern, 2 Wärtern und 6 Patienten gesprochen, darunter einem Arbeiter und einem Agenten; durchweg hat man mir versichert, daß das Essen gut und reichlich sei und auf Wunsch der Teller nachgefüllt werde. Auch der Fraktionsfreund des Herrn Dr. Wehl, der Stadtr. Wamberg, der augenblicklich im Rudolf-Virchow-Krankenhaus ist, hat sich lobend über das Essen ausgesprochen. (Beifall.)

Stadtr. Rosenow (A. L.): Ich belege die Worte des Stadtrats über die Presse; ohne die Presse hätten wir vielleicht von der Sache überhaupt nichts erfahren. Herr Dr. Wehl hätte seine höchst einseitig vorgetragenen Beschwerden erst in der Deputation vorbringen sollen. (Sehr richtig!)

Stadtr. Dr. Wehl: Mich interessiert das Schreiben der Schwestern nicht, wohl aber die organisatorische Frage der Küchenverwaltung in unseren Krankenhäusern. Was ich vortrug, das ist die Sache am 10. März aus der Feder des Dr. Sternberg in der „Berl. Allg. Ztg.“ erschienen. (Zurufe.) Wenn es überflüssig ist, darüber zu reden, so fügen Sie doch zunächst dafür, daß so etwas an unseren Krankenhäusern nicht mehr vorkommt. Ich habe auch

allen Respekt vor meinem Freunde Runge, aber wenn er dort zwei Tage liegt, so kann er doch kein Kränke über das Essen im Virchow-Krankenhaus sein. — Ich bestreite ja gar nicht, daß der Küchenverwalter ein tüchtiger und gewissenhafter Materialverwalter ist, von der Küche versteht er aber nichts. Und darum handelt es sich.

Stadtr. Dr. Mugdan (A. L.): Nach meiner Ansicht handelt es sich wohl mehr um eine chemische Vergiftung, als um eine Pilzvergiftung. Aber das ist jetzt gleichgültig. Herr Dr. Wehl wollte mit unangenehmen Enthaltungen kommen; sie sind unangenehm gewesen, aber nur für ihn. (Zustimmung.) Denn es handelt sich um keinen Brief aus dem Hause Adlon, sondern um einen ganz anderen Brief.

Stadtr. Dr. Wehl: Herr Dr. Mugdan hat in seiner Jungferrede mir Dinge unterlegt, die ich nicht gesagt habe; ich habe mit keinem Wort vom „Spottschlechten“ Essen im Rudolf-Virchow-Krankenhaus gesprochen. Ich habe von einer Köchin in einer öffentlichen Zeitung gesprochen und davon, was in vielen Kreisen über die Küchenorganisation unserer Krankenhäuser gesagt wird. Ich habe ebenfalls gleich davon gesprochen, daß ich einen Brief mit der Unterschrift des Herrn Dr. Sternberg aus dem Hause Adlon in Händen habe. Prüfen Sie doch die Sache; ich verlange ja gar nicht, daß Sie mir ohne weiteres glauben. Mit der Erkundigung liegt die Sache so, daß, wenn Herr Runge etwas anderes erkläre, als mein Gewährsmann, der mir ebenso ein Ehrenmann ist wie Herr Runge, ich doch jetzt nicht einfach sagen werde; der eine hat recht und der andere hat unrecht. (Große Unruhe.) Das Schriftstück wird Ihnen zugestellt werden.

Stadtr. Dr. Mugdan: Ich habe nicht gesagt, Dr. Wehl hätte behauptet, das Essen wäre spottschlecht. Nur aus der Diskussion konnte geschlossen werden, das Essen sei schlecht. Das Haus Adlon steht mit dem Dr. Sternberg in keiner Beziehung; dieser hat nur einen Briefbogen mit der Firma benutzt. Ich habe zu dem Kollegen Runge mehr Vertrauen als zu der anderen Mitteilung, die doch auf Gewissheit beruhen kann.

Damit schließt die Debatte.

Stadtr. Dr. Levy zieht den Antrag als erledigt zurück.

Besonders bemerkt Stadtr. Dr. Wehl: Ich habe das Material von dem Dr. Sternberg mündlich auf Ehrenwort als tatsächlich richtig mitgeteilt erhalten und ihm gesagt, ich würde es unter Rennung seines Namens und unter Verweisung auf ihn öffentlich vortragen, wenn er es mir schriftlich geben würde. Eine Stunde später schickte er mir den Rohrpostbrief aus dem Hause Adlon. Soweit siehe ich also auch für diese Mitteilungen ein.

Am 10. Uhr verläßt die Versammlung die übrigen Beratungsgegenstände.

Soziales.

Tiefstand eines Schiedsgerichtsvorsitzenden.

Anlaßlich einer Berufsverbandlung vor dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Chemnitz in Sachen eines Schuhsehers gegen die forst- und landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft wegen Weidengewährung der zuletzt in Höhe von 20 Proz. bezogenen Unfallrente bemerkte der Vorsitzende, Oberregierungsrat Dr. Heymann, unter Hinweis auf das ärztliche Gutachten, das den Kläger für völlig erwerbsunfähig erklärte: „Es gibt eine neue Krankheit, die seit dem Bestehen der Versicherungsgegesetzgebung aufgetreten ist; sie besteht darin, daß Unfall- und Invalidenrentner meinen, sie müßten ewig die Rente behalten. Das beste Heilmittel für Nervöse ist Arbeit, denn bei der Arbeit denken sie nicht soviel an sich und ihre Beschwerden.“ Der Rentenklager verwahrte sich dagegen, daß er ohne Not klage und daß der ärztliche Gutachter besser wissen könne als er, ob er ohne Beschwerden und Schmerzen arbeiten könne. Sein Anspruch wurde aber zurückgewiesen.

Ein Mann mit so voreingenommener, völlig verkehrter Ansicht dürfte wenig zum Vorsitzenden eines Schiedsgerichts, das unparteiisch sein soll, sich eignen. Die „neue Krankheit“, die der Vorsitzende konstatiert zu dürfen glaubt, ist eine Erfindung, die schon vor Bestehen der Versicherungsgegesetzgebung von einigen Ärzten gemacht wurde, die die traumatische Neurose zu erkennen nicht in der Lage waren. Bei Unfällen im Eisenbahnbetriebe wurde vor etwa vier Jahrzehnten genau dieselbe Ansicht von ärztlicher Seite produziert, bis vorurteilfreie, insbesondere englische Ärzte das völlig Unhaltbare solcher Ansicht darlegten. Seit einigen Jahren gibt es eine Reihe von Ärzten, die in härterer Weise Unfallverletzte und Invalide durch Wiedererlangen der alten Rente schwer schädigen. Nicht mit Unrecht läßt sich behaupten und ist von verständigen Ärzten eingehend dargelegt, daß die Schwierigkeiten, mit der der Weg zur Erlangung einer Rente gepflastert ist, insbesondere die Qualereien einiger Ärzte, die Krankheiten geradezu steigern und die Fälle unheilbarer Neurose außerordentlich vermehren. Zu bedauern ist, daß an Stelle sachverständiger Arbeiter und Arbeitgeber fast nur sogenannte Vertrauensärzte seitens vieler Schiedsgerichte über den Grad der Erwerbsfähigkeit vernommen werden.

Ist ein ärztliches Attest erforderlich?

Der Ahrenmacher Werlin klagte gestern vor der Kammer 5 des Gewerbegerichts gegen den Uhrenfabrikanten Otto Kriz auf Zahlung des rückständigen Lohnes für zwei Tage und einer Lohnentschädigung für 14 Tage. Kläger war am 4. und 5. Dezember durch Krankheit an der Arbeit behindert. Am 7. Dezember wurde er entlassen, weil er dem Verlangen des Beklagten, ein ärztliches Attest über die Krankheit beizubringen, nicht entsprach. Zeugen bekundeten, daß eine nur dreitägige Kündigungsfrist vereinbart war. Die Zimmerwirtin des Klägers sagte aus, daß Kläger an den in Frage stehenden Tagen zu Haus gewesen und im Bett gelegen habe.

Das Gericht unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Böbling verurteilte den Beklagten zur Zahlung des geforderten rückständigen Lohnes und einer Entschädigung für drei Tage. Die Rechtsforderung wurde abgewiesen. Das Gericht nahm an, daß Kläger tatsächlich an den beiden Tagen krank war. Es wird nicht zu jeder Krankheit sofort ein Arzt zugezogen. Die Tatsache der Krankheit ist aber durch die Aussage der Zimmerwirtin des Klägers erwiesen.

Groß-Frankfurt.

Seit vielen Monaten schweben zwischen der Stadt Frankfurt am Main und den Gemeinden des Landkreises Frankfurt Verhandlungen über die Eingemeindung dieser Vororte. Nun ist es endlich gelungen, mit sämtlichen elf Gemeinden Eingemeindungsverträge abzuschließen. Am letzten Montag stimmte auch die aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. M. bestehende Eingemeindungskommission einstimmig den Verträgen zu. Als Termin der Eingemeindung ist der 1. April 1910 in Aussicht genommen.

Die Gesamtfläche der eingemeindenden Orte beläuft sich auf 4085 Hektar, und da der Stadtbezirk Frankfurt a. M. gegenwärtig ein Gebiet von 8800 Hektar umfaßt, wobei der Stadtwald mit 3421 Hektar Fläche inbegriffen ist, so wird das Frankfurter Stadtgebiet auf 13475 Hektar und die Einwohnerzahl auf 400 000 anwachsen.

Ämtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Futur: stark, Geschäft etwas reger, Preise teilweise nachgebend. Wild: Futur mäßig, Geschäft ruhig, Preise fest. Geflügel: Futur etwas reichlicher, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise befriedigend. Fisch: Futur mäßig, Geschäft lebhaft, Preise gut. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Futur genügend, Geschäft still, Preise fest, unverändert.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt! Druckeri-Racht-arbeiter! Samstag, den 14. März, bei Julius Meyer, Oranienstr. 103. „Internes vom Reichstag.“ Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Richard Fischer.

Wilmersdorf. Am Sonntag, den 14. März, morgens 5 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen wollen sich rechtzeitig in den einzelnen Bezirkslokalen einfinden. Für Halensee, Bezirk 1-3, kommt diese Verbreitung nicht in Betracht.

Steglitz. Am Sonntag, den 14. März, findet eine Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus statt. Der Vorstand.

Bezirk Waidmannslust. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet Sonntag, den 14. März, nachmittags 4 Uhr, in der Vorfigalwalle bei Weitschach statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Nebelsteins Hans Wlad über „Die französische Kommune“. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes. Der Vorstand.

Wittenau. Am Sonntagabend, den 13. März, abends 1/2 Uhr, findet im Vergißloch-Restaurant in Waidmannslust ein von den Wittenauer Genossen arrangierter Unterhaltungsabend statt. Da alles getan ist, um den Besuchern einige angenehme Stunden zu verschaffen, wird um zahlreichen Besuch gebeten. Der Vorstand.

Schildow-Blankenfelde (Bezirk Nieder-Schönhausen). Am Sonntag, den 14. März, nachmittags 3 Uhr, findet in Mönchsmühle im Lokal des Herrn Florian Knappe die Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Fritz Braun: „Gewerkschaften und Unternehmerverbände“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Treffpunkt der Schönhauser Genossen Punkt 1/2 Uhr bei Bratvogel, Nordend. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordneten

Konnten zu Beginn ihrer gestrigen Sitzung die Meldung entgegennehmen, daß dem Berliner Stadtfreisinn, der sich durch den Fortbildungsschullehrer Holz beleidigt fühlte, sofortige Genugtuung verschafft worden ist. Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm Stadtschulrat Michaelis das Wort, um zu erklären, daß auf Grund der Angaben, die in der vorhergehenden Sitzung von dem Stadtv. Genossen Hoffmann über das Wirken des Herrn Holz gemacht worden waren, unverzüglich eine Untersuchung eingeleitet worden sei. Der in einem Schüleraufsatz enthaltene Angriff gegen die Stadtverwaltung sei zwar eigener Einsinn des betreffenden Schülers gewesen, aber Lehrer Holz habe den Aufsatz nicht beanstandet. Hiermit habe Herr Holz einen solchen Defekt in seinem pädagogischen Können bewiesen, daß die Deputation ihn seines Amtes habe entheben müssen. Sehen Sie, Herr Holz, so kurzen Prozeß macht die Stadtverwaltung mit einem Lehrer, der einen Schüler auf den Freisinn schimpfen läßt. Was würde einem Lehrer geschehen, der selber vor Arbeiterjungen auf die Sozialdemokraten schimpfte? —

Die Veratung des Stadthaushaltsetats wurde fortgesetzt, aber sie kam nicht viel vom Fleck. Beim Etat der Badeanstalten wurde vom Magistratsvertreter mitgeteilt, daß beabsichtigt wird, für Berlin NO. eine Badeanstalt auf dem Grundstück des Ordonnanzhause zu erbauen. Um die Zentrale Buch einsparung sich eine lebhaftere Debatte. Genosse Gottfr. Schulz machte hier längere heiztechnische Ausführungen, und Stadtv. Herzberg schlug vor, ein besonderes Betriebsamt zu schaffen. Diesen Vorschlag lehnte Oberbürgermeister Kirchner als undurchführbar ab. Beim Etat des Untersuchungsamtes für hygienische und gewerbliche Zwecke ergriffen unsere Genossen Weyl und Wurm das Wort, um auf noch bestehende Mängel dieses Instituts hinzuweisen.

Wehr wurde vom Etat gestern nicht erledigt. Es folgte dann die Veratung des Antrages, der zum Kampf gegen die Verteuerung des Telefons aufrief. Stadtverordneter Jacobi begründete ihn, sprach aber etwas zu einseitig nur vom Standpunkt des Berliner aus. Genosse Singer geißelte die gesamte Politik der Verteuerung, die von der Regierung getrieben wird. Er unterließ nicht, auch hervorzuheben, daß jetzt das Bürgerium der Städte erntet, was der zum Agrarierum in ein Sorigitätsverhältnis geratene Bloßfreisinn gesät hat. Die freisinnige Mehrheit der Versammlung nahm diesen Rippenstoß schweigend hin.

Den Schluß des Abends bildete die an den Magistrat gerichtete Anfrage über die Vergiftungserscheinungen, die erneut im Virchow-Krankenhaus vorgekommen sind. Da wiederum nicht Wäter oder Kranke, sondern Schwestern davon betroffen worden waren, so hatte der Freisinn sich beeilt, Aufklärung zu fordern. Stadtv. Lewy vermied es aber, der Krankenhausbewertung irgendwie zu nahe zu treten. Stadtrat Weigert erklärte alles aus einem „bebauverlichen Zufall“, von dem er die Aufmerksamkeit dadurch abzulenken suchte, daß er auf die Presse schalt. Genosse Weyl forderte organisatorische Änderungen des Küchenbetriebes im Virchow-Krankenhaus. Als er erzählte, wie man dort „sachkundiger Küchenverwalter“ wird, erhoben sich zur Abwehr die Stadtv. Kunge und Rosenow und — zuletzt, doch seiner Meinung nach nicht als Geringster — auch Herr W u d a n, der offenbar den Augenblick gekommen glaubte, wo er sich in seiner Spezialität als „Sozialistenvernichter“ produzieren könne.

Die Schikanierung der Stadt Berlin durch die Schulaufsichtsbehörden

nimmt Formen an, die ein allgemeines Kopfschütteln in weiten Kreisen hervorrufen müssen. Das Aufsichtsrecht des Provinzial-Schulkollegiums über das Schulwesen wird von dieser Behörde in der sonderbarsten Weise ausgeübt und ausgeübt. Man begnügt sich nicht mehr, die Aufsicht auf den Unterricht zu beschränken, sondern steckt seine Nase überall hinein. So fand ein Revisor bei seiner Revision, daß die Tür einer Klasse in einer Gemeindefschule in der Schmiedstraße gestrichen werden mußte.

Darob großes Protokoll an die Aufsichtsbehörde, von da Schreiben an die Berliner Schulverwaltung, auf das natürlich wiederum an die höhere Schulbehörde über die ergriffenen Maßnahmen berichtet werden muß. Ganz besonders scheinen bestimmte Revisoren ihre Nase mit Vorliebe in die Klosett-räume zu stecken. In einem Falle wurde gefunden, daß die Klosett-räume etwas zu klein, das Pissoir etwas zu groß sei,

es wurde für nützlich befunden, das Pissoir zu verkleinern, um den Klosett-raum dafür zu vergrößern.

In einem anderen Falle mußten Zeichenlehrer genauen Bericht über den Zeichenunterricht an die Schulaufsichtsbehörde erstatten und dabei erwähnen, daß an den Zeichenunterlagen einiges auszusehen sei. Darauf Rückfrage an die städtische Schulverwaltung um Aufklärung.

Und so könnten noch eine ganze Reihe Vorkommnisse mitgeteilt werden, die beweisen, in welcher geradezu kleinlicher Weise die Schulaufsichtspflicht ausgeübt wird. Formell scheinen die Aufsichtsbehörden im Recht, wenn sie den Kreis-arzt in Bewegung setzen; aber jeder verständige Mensch weiß, was für kleine Verhältnisse passen mag, ist für eine Großstadt eine direkte Plage. Die Art, wie in vorliegenden Fällen von den Aufsichtsbehörden revidiert wird, wirkt direkt lächerlich und ist nur geeignet, diese Behörde dem Spott und dem Hohn der Bevölkerung zu überliefern. Andererseits hat die Sache insofern auch eine ernste Seite, als sie zeigt, in welcher Weise die Arbeit der städtischen Schulbehörden durch eine fortgesetzte Radelstichpolitik erschwert und beeinträchtigt wird und auf welche Weise Beamte ihre Zeit totschlagen. Da redet man immer von Sparsamkeit im Staatshaushalt. Wenn der Landtag die Stellen für diese Funktionen erheblich herabsetzen würde, würden Staat, Stadt und Bevölkerung nichts verlieren. Uebrigens eine schöne Charakteristik der Selbstverwaltung der Gemeinden!

Vom Zweckverbande Groß-Berlin. Bereits im Dezember 1906 hatte der Schöneberger Magistrat einem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung Folge gegeben und sich mit der Bildung einer gemischten Deputation einverstanden erklärt, deren Aufgabe es sein sollte, die Grundzüge für die Bildung eines Zweckverbandes Groß-Berlins festzulegen. Im April 1908 wurde beschlossen, dem Magistrat Berlin die Anregung zu geben, eine zwanglose Organisation der Gemeinden Groß-Berlins zu schaffen, damit in periodischen Zusammenkünften Vertreter der interessierten Gemeinden gemeinsame Fragen gemeinsam erörtern können. Die Initiative zur Verwirklichung einer solchen Organisation wurde in einer Zuschrift an den Magistrat Berlin anbeigegeben. Im November 1908 fand im Berliner Rathaus eine Vorbesprechung statt, an der die Vertreter von Charlottenburg, Schöneberg, Nixdorf und Lichtenberg teilnahmen. Man einigte sich nach längerer Beratung dahin, daß zunächst die Vertreter der beteiligten sechs Städte und von den zwei Kreisen je die größte der Landgemeinden in das Berliner Rathaus zu einer zwanglosen Besprechung eingeladen werden sollten. In einer zweiten am Montag, den 8. d. M., abgehaltenen Sitzung, an der nur Friedenau und Schöneberg teilnahmen, während Charlottenburg, Wilmersdorf, Lichtenberg und Weihensee schriftlich ihre Zustimmung erklärten, wurde dieser Vorschlag zum Beschlusse erhoben. Man darf von einer solchen mit voller Aktionsfreiheit ohne gebundene Mandatsroute arbeitenden Organisation erwarten, daß nicht nur manche Mißstände in der Entwicklung Groß-Berlins beseitigt werden, sondern daß sich auf diesem Wege allmählich eine wirkliche sich auf verschiedenen Gebieten betätigende Interessengemeinschaft der sich um Berlin gruppierenden Nachbargemeinden herabildet.

20 000 M. städtische Weisheit ist der Auskunftsstelle für Lungentuberkulose, die eine Anzahl Fürsorgestellen unterhält und in der königlichen Charité die Hauptstelle hat, noch vor entgeltlicher Festsetzung des städtischen Etats gewährt worden. Diese Fürsorgestellen haben bisher eine recht dankenswerte Tätigkeit entfaltet und man kann ihnen die städtische Hilfe neben der staatlichen — der Staat zahlt 40 000 M. — nur gönnen.

Vom Schuldriß. Die in Berlin erscheinende „Pädagogische Zeitung“ bringt aus der in Hamburg erscheinenden „Pädagogischen Zeitschrift“ eine bissige Notiz über „Prüfungsdiktate“. Es werden darin einige Diktatsätze mitgeteilt, die „die schwierigen Wörter aus dem durchgenommenen Lektürestoff in passender Zusammenstellung enthalten“. Als „sehr gelungen“ werden die folgenden Sätze verpöit, die in einer Volksschule Hamburgs diktiert worden seien: „Die Gendarmen schilberte ihrer Cousine im Feuilletonstil den Besuch der Passagiere auf der Plantage“. „Auf dem Rain am Moor-Gründe entlang schälte der Weidmann zum Rohrreißenselbe“. „Ein närrisches Märchen erzählt von einer Waise, die auf einer Wärrde mit struppiger Wärrde in der Strenge des Winters durch ein Föhrenheim rit“. Hinzugefügt werden dann noch die folgenden Sätze: „Der Mohr sah am Denmal im Moor und verzehrte sein längliches Mahl“. „Ein junger Fant fand ein Pfand; ein Pfand Fondants wäre ein besserer Fund gewesen“. „Der Spuker in der Alee staß mit einer Ahe alle Kale tot“. Aus der Notiz geht nicht hervor, ob diese Sätze gleichfalls irgendwo in einer Schule diktiert oder nur von einem übertreibenden Spötter erfunden wurden. Möglich wäre's schon, daß auch diese Stillblüten dem „Leben“ der Schule entnommen sind. Wir selber möchten die hier mitgeteilte Liste noch vermehren um einen Diktatsatz, der auch nicht übel ist. Irren wir nicht, so war es die „Pädagogische Zeitung“, in der wir vor Jahren lasen, in einer Gemeindefschule Berlins sei den Kindern diktiert worden: „Vor dem Scholofadenladen laden Labendbener eine Labentür ab.“ Lob und Preis gebührt dem Pädagogen, der eine ganze Klasse — wenn auch nur mittels des nötigen Quantums Diebe — dazu bringt, solche Aufgaben des Schuldrißes annähernd fehlerfrei zu lösen.

Wegen Unterschlagung von Mündelgeldern ist der ehemalige Varietédirektor Franz Gräger, genannt Dorn, gestern verhaftet worden. Gräger stand früher jahrelang mit einem zweiten Direktor an der Spitze des Wintergartens und lebte in glänzenden Verhältnissen. Später war er Direktor eines hübsigen Weinbaues und auch dort noch sehr gut gestellt. Aber seine Einkünfte reichten nicht aus, und so ließ er sich verleiten, das Vermögen seiner beiden Mündelkinder aus seiner ersten Ehe anzugreifen. Die Vormundschaft entdeckte die Unterschlagungen, und das Vormundschaftsgericht stellte bei einer Nachprüfung fest, daß 15 000 M. fehlten. Gräger wurde daraufhin von der Staatsanwaltschaft gesucht, war aber längere Zeit weder in seiner Wohnung auf Weisend noch in Berlin zu finden. Gestern wurde er endlich in einem kleinen Hotel in der Invalidenstrasse ermittelt, festgenommen und dem zuständigen Landgericht III zugeführt.

Die Kindesleiche im Koffer. Der geheimnisvolle Fund auf dem Lehrter Bahnhof ist noch nicht weiter aufgeklärt. Die Obduktion der Kindesleiche konnte die Todesursache nicht mehr feststellen. Die Verwehung war schon zu weit fortgeschritten. Ob ein Verbrechen vorliegt, läßt sich deshalb noch nicht sagen, das könnte erst durch andere Tatsachen festgestellt werden. Vielleicht liegt der in der Kriminalistik nicht seltene Fall vor, daß sich die Mutter von der Leiche des heimlich geborenen und eines natürlichen Todes gestorbenen Kindes nicht hat trennen können. Daran deutet auch die Umwicklung mit so vielen Kleidungsstücken hin. Der fortgeschrittenen Verwehungsernd erfordert immer neue Umwicklungen, bis sich endlich die Beiseitigung der Leiche doch nicht weiter verschieben ließ. Nach der Art der Verpackung scheint es, daß die Mutter mit der Leiche von auswärts nach Berlin gekommen ist. Der Koffer, der sie mit seiner offenen Drohsite nach der Königsstraße 21 fuhr, hat sich noch nicht gemeldet. Während die Dame bei dem Tischner- und Sattlermeister Dandé in dem Hause Nr. 21 den Koffer kaufte, hielt der Wagen auf der gegenüberliegenden Seite der Straße. Der Koffer wird dringend erucht, sich zur

Aufklärung der Angelegenheit bei der Kriminalpolizei zu melden. Kosten und Veräumnisse werden ihm vergütet.

Der Tod im Asyl. Im städtischen Obdach in der Fröbelstraße wurde gestern ein etwa 60 Jahre alter Mann, der sich August Schmidt nannte, vom Tode überascht. Der alte Mann hatte sich schon längere Zeit ohne Obdach befunden und war oft Gast im städtischen Asyl. Die Leiche wurde im Schauhaufe untergebracht.

Von einem Automobil überfahren und tödlich verletzt wurde gestern vormittag der Kaufmann Friedrich Lütke, Justizstr. 7. An der Ecke der Invaliden- und Gartenstraße hatte L. den Straßen-damm überschreiten wollen und dabei nicht das Herannahen einer Automobilflut beobachtet. Er konnte, als der Chauffeur ein Warnungssignal gab, nicht mehr ausweichen und wurde ungerührt. Die Räder des Kraftwagens gingen ihm über die Brust hinweg. In bestmöglicher Eile wurde der Verunglückte in das Krankenhaus Noabit gebracht. Der Zustand des L. ist hoffnungslos.

Der Tote mit dem Erbsenerwepap. An der Charlottenburger Schloße ist die Leiche eines unbekanntem Mannes aus der Erde gelandet worden, bei der man einen Erbsenerwepapier vorfand, der auf den Namen des am 15. März 1873 zu Baruth geborenen Kaufmanns Johannes Karde angesetzt war. Ob A. der Tote ist, kommt noch nicht festgestellt werden.

Der neue große Pharus-Verkehrsplan Groß-Berlin 1909 ist nunmehr unterzucht in Buchhandlungsausgabe erschienen. Der viel-farbige Plan hat nachstehende Begrenzung: Nördlich Tegel, östlich Köpenick, südlich Teltow, westlich Potsdam. Auch dieser Plan zeigt die bekannten Vorträge der Pharus-Pläne: Uebersichtlichkeit und Deutlichkeit. Wir finden auf demselben eine übersichtliche Angabe der Verkehrsverbindungen, Post- und Gemeindegrenzen, des bebauten und unbebauten Geländes, fahrbarer und projektierte Straßen, sowie eine bildliche Darstellung der hervorragenden Bauwerke. Besonders als Wandplan wird er jedem Bureau gute Dienste leisten. Dem Plan ist ein vollständiges Straßenverzeichnis Groß-Berlins mit Aufzählung der Linien der Straßenbahnen, Omnibus-gesellschaften usw. beigegeben. Der Plan ist für den Preis von 2,50 M. in jeder Buch- und Papierhandlung sowie im Pharus-Verlag, Lindenstr. 8, erhältlich.

Kadrennen in den Ausstellungshallen am Zoo, 10. März. Spannend und ohne jeden Unfall verlaufene Rennen, die sich nicht minder interessant gestalteten, als die hinter Motorführung gefahrenen Dauerkrennen, bei denen oft die besten Fahrer infolge Ver-sagens ihrer Führungsmaschinen im Hintertreffen geraten. Ein-geleitet wurden die sportlichen Kämpfe durch ein Prämien-fahren über 10 Kilometer für Fahrer der Klasse B. 50, 80 und 20 M., außerdem dem Ersten bei jedem Kilometer eine Prämie von 5 M. 1. Bierd in 14 Min. 37 Sek., 2. Grohmann, 3. Salbow. Führungspreise gewannen Sterba (4), Stecher (2), Hamann, Rowald, Grohmann, Salbow. 24 Fahrer im Rennen. — Verfolgungss-Rettich Theile-Georget. Dem Sieger 100 M. Theile erreicht seinen Gegner in der 11. Runde in 2 Min. 18 1/2 Sek. — 50 Kilometer-Rennen. 100, 50, 20 M.; außerdem dem Ersten bei jedem 5. Kilometer eine Prämie von 10 M. 1. Rudela in 1 St. 22 Min. 17 Sek.; 2. Lechner, 3. A. Stellbrin, 4. Rudel. R. pl.: Conrad. Führungspreise gewannen: Rudel, Rudela, Poulain (7). Aufgegeben: Stabe (Reifen-schaden), Hoffmann, Contentet, Poulain, Arndt, Althoff, Tadelwald-Hall. Dreizehn Fahrer begannen das lange Rennen, bei dem es wiederholt zu scharfen Vorstößen kam, namentlich wenn durch ein Wollenzweigen bekanntgegeben wurde, daß eine Kränze zu gewinnen sei; merkwürdigerweise konnte der Franzose Poulain deren sieben einheimen. Stabe schied dauernd aus; lange blieben die anderen zusammen; erst nach dem 40. Kilometer löstete sich infolge eines glänzenden Vorstoßes von seiten Stellbrins das Feld; dieser gewann fast eine Runde Vorsprung, die meisten gaben auf. Stellbrin an der Spitze vor Rudela, Lechner, Rudel und Conrad, so wogte der Kampf in den letzten Runden; schon glaubte man, daß Stellbrin als Erster über das Zielband gehen würde, da schon Rudela in der letzten Runde, gefolgt von Lechner vor, so daß Stellbrin auf dem dritten Platz vor Rudel endete. Den meisten Weisal erhielt für sein gutes Fahren trotzdem Stellbrin, der auf Verlangen eine Ehrenrunde fuhr. — Damit auch die Freunde des Motorgelatters nicht zu kurz kamen, bildete den Schluß ein Motorrennen über 10 Kilometer, 50, 80, 20 M. 1. Klein-hold in 10 Min. 49 Sek.; 2. Redzsch, zwei Runden zurück; 3. Kriger, acht Runden zurück. In zwei Vorläufen über je fünf Kilometer ausgeschieden Hartwig und Porte. Der Versuch war wieder sehr gut.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 7. d. M. ist in Rudapest im Hotel Continental ein zitta 60 bis 65 Jahre alter Mann, 1,75 bis 1,80 Meter groß, graue Haare, grauer Schnurrbart und Vollbart, mangelhafte Zähne, tot aufgefunden worden. Der Un-bekannt, welcher einen linksseitigen Hodenbruch gehabt hat, hat sich Kaufmann Max Berger genannt und wollte angeblickt aus Berlin zugereist sein. Mitteilungen über die Persönlichkeit des Unbekanntem werden im kgl. Polizeipräsidium, Zimmer 824 II oder in jedem Polizeirevier entgegengenommen.

Vorort-Nachrichten.

Wilmersdorf.

Die Stadtverordneten-Versammlung von Wilmersdorf setzte am Mittwoch die Staatsberatung fort. Es ging im Fluge durch die verschiedenen Entschlossenheiten, die nur nach Ziffern genannt und dann genehmigt wurden; doch ließen die wenigen Gelegenheiten, bei denen es zu Auseinandersetzungen kamen, immerhin etwas vom Geiste der Stadtväter verspüren. Der Stadtverordnete Dr. Heiniß hielt es für notwendig, daß die Wilmersdorfer Bürger-schaft ihre Abneigung gegen einen erweiterten Zweckverband kundgebe. In Zeitungsnotizen sei darauf hingewiesen worden, daß der Ort sich mit sozialpolitischen Lasten nicht besonders abgeben und daher seinen Einwohnern leicht günstige Steuerbedingungen bieten könne. Derartige Vorhaltungen dürften die Bürger aber nicht irren machen. Wir nehmen das Recht für uns in Anspruch, so sagte der Herr, „den eigenen Weg, der uns so glücklicherweise weit gebracht hat, auch weiter zu beschreiten und richten an den Magistrat die Bitte, es bei den bisherigen Steuerverhältnissen bewenden zu lassen.“ Dies frische Bekenntnis zur eigenmächtigen Kirchums-politik an einem Ort, der ohne Berlin ein armseliges Kaffathen-neß wäre, wurde von der Versammlung mit demonstrativem Bei-fall begrüßt. Bedenken wurden in der Stadtverordneten-Versammlung laut wegen des eigenmächtigen Käuferkaufs, den der Provinzialaus-schuh voriges Jahr vorgenommen hat. Bekanntlich hat diese Körper-schaft für die Grundstücke in der Vittoriastraße, die später zu Verwaltungszwecken dienen sollen, den gewaltigen Preis von vier Millionen Mark gezahlt und dadurch die Gemeinden der Provinz ganz erheblich belastet. Stadtverordneter Schwarz fragte den Stadtverordnetenvorsteher Dr. Wedmann, der die Stadt Wilmersdorf auf dem Provinziallandtag vertrat, nach seiner Stellung in dieser Angelegenheit. Man botste auf eine Antwort: doch der Vorsteher fuhr strads mit der Verlesung der Staatsstiel fort, als Herr Schwarz seine Ausführungen beendet hatte. Die Versammlung aber erklärte durch ihr Still-schweigen, daß sie mit dieser „Ereidigung“ der Unannehmlichkeit einverstanden war. Weiter verlangte Stadtverordneter Dr. Weidig, daß wie in anderen Orten, so auch in Wilmersdorf die Frauen zur Arme- und Waisens-pflege herangezogen werden sollen. Von dieser anderenwärt seit Jahren bestehenden Reform wich man hier noch nicht. Ein Stadtrat erklärte, daß in der Armenpflege der Stadt

Ein solches Bedürfnis noch nicht geltend gemacht habe; in der Weisenpflege könne man sich die Sache einmal überlegen. Kleine Kleiderernte gab es, als Stadtvorordneter Rosenbaum beantragte, für den Fall, daß einmal neben dem jetzt bestehenden Kinderheim ein neues errichtet werden sollte, sich von der städtischen Leitung eines solchen Instituts zu emancipieren und es der städtischen Verwaltung zu unterstellen. Ein Stadtvorordneter von streng konfessioneller Richtung, im Nebenamt Gymnasialdirektor, ging seine Kollegen an, es doch bei dem bisherigen Modus bewenden zu lassen; daß Paul Gerhardt, dem das gleiche, von der Stadt mit 1000 M. unterstützte Kinderheim unterstehe, sei übrigens interkonfessionell. Die Versammlung nahm schließlich einen Antrag des Herrn Rosenbaum an, wonach neue Kinderheime eine weltliche Leitung erhalten sollen; ein weiterer Antrag desselben Herrn, das Kinderheim der städtischen Wohlfahrtsdeputation zu unterstellen, wurde hingegen inkonsequenterweise mit 16 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Das vordem interkonfessionelle Paul Gerhardt-Institut war jedoch mit einem Male wieder konfessionell, als es sich der Parität halber darum handelte, eine katholische Krankenpflegerin zu subventionieren, weil man doch auch zur Unterführung der ewangelischen Schwesternpflege des hier genannten Instituts Mittel bewilligt habe. Nachdem die Stadtvorordneten-Versammlung dann noch beschlossen hatte, daß ein Stadtkämmerer und zwei unbesoldete Magistratsmitglieder neu eingestellt werden sollen, nahm sie schließlich den Etat im ganzen an.

Sodann erklärte die Versammlung sich mit zwei neuen Ortsstatuten einverstanden, die die Anstellung der städtischen Beamten und das Ruhegehalt der besoldeten Magistratsmitglieder regeln.

Vorher schon hatte man ohne Debatte die neue Grundsteuerordnung genehmigt.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Feuerwehr hatte gestern früh einen großen Dachstuhlbrand in der Goethestraße 17 zu löschen. Das Feuer wurde um 5 1/2 Uhr gleich von drei Seiten, als die Flammen schon aus dem Dache emporloderten, gemeldet. Brandmeister Stube trat mit der Schwadron zuerst an der Brandstelle ein und ließ sofort gegen den Brandherd in Vorderhaus vier Schlauchleitungen von Dampfstrahlen vornehmen. Branddirektor Wahrdt trat bald darauf mit den übrigen Flügen ein und leitete die Löscharbeiten. Um 6 1/2 Uhr war die Gewalt des Feuers gebrochen. Der Dachstuhl des Vorderhauses ist in großer Ausdehnung niedergebrannt. Um 9 1/2 Uhr konnte die Feuerwehr, die mit großer Umficht vorgegangen war, wieder abziehen. Die Entstehung ist noch nicht aufgeklärt, vermutlich liegt Fahrlässigkeit vor. Sämtliche Bodenräume standen offen, nicht einer war verschlossen. Es wurde auch festgestellt, daß die Bäderjungen früh morgens aus Bequemlichkeit über den Boden gehen, um sich den Weg vom Vorderhaus zum Seitensügel abzukürzen. Der Schaden trifft einige Mieter recht hart; sie haben wertvolle Sachen eingebüßt und sind nur gering oder gar nicht versichert.

Mummelburg.

Dem Tätigkeitsbericht des hiesigen Gewerbegerichts für das Jahr 1908 ist zu entnehmen, daß im verflorenen Jahre 134 Klagen anhängig gemacht worden sind, hinzu kamen noch 5 unerledigte Klagen aus dem Vorjahre. Zur Erledigung sind 133 Streitigkeiten gekommen. In 8 Fällen erhoben mehrere Kläger durch gemeinschaftlichen Antrag Klage; es betrug die Höchstzahl der zu einer Streitigkeit vereinigten Kläger 13. Die Zahl der Kläger familiärer Klagen betrug 157, hierunter befanden sich 124 männliche und 23 weibliche Kläger.

An den anhängig gemachten 61, verhandelten 130 Klagen waren beteiligt: das Handwerker und Gewerbe mit 73 Klagen. Hierunter entfielen auf die hauptsächlich beteiligten Berufe: Maurer und Fuher 32, Tischler und Einsetzer 10, Angehörige verschiedener Betriebe 18, Pächterinnen 12, Arbeiter 15, Schankgewerbe 8, Wägerei 5 Klagen. Die übrigen 30 Streitigkeiten verteilten sich auf die verschiedensten Berufe mit ein, zwei und drei Klagen. Sämtliche Klagen waren von Arbeitnehmern gegen Arbeitgeber anhängig. In 93 Fällen wurden Ansprüche auf Zahlung rückständigen Lohnes, in 30 Fällen Ansprüche auf Zahlung von Lohn wegen unrechtmäßiger Lösung des Arbeitsverhältnisses, in 8 Fällen auf Zahlung von Entschädigung wegen Einbehaltung von Arbeitspapieren, in weiteren 6 Fällen wurden Ansprüche auf Zahlung einer Entschädigung für Nichteinstellung und in 3 Fällen wurde auf Herausgabe von Kautions-Aktien erhoben. Der Wert des Streitgegenstandes betrug in 61 Fällen bis 20 M., in 47 Fällen mehr als 20—50 M., in 24 Fällen mehr als 50—100 M. und in 8 Fällen über 100 M. Von den Rechtsstreitigkeiten fanden durch Zurücknahme 22, durch Vergleich 37, durch Verzicht 16 und durch Anerkenntnis 2 Fälle ihre Erledigung. Durch rechtskräftiges Versäumnisurteil kamen gegen den Kläger 6 und gegen den Beklagten 17 Fälle zur Erledigung. Verurteilung nach dem Klageantrag fand in 10 Fällen, teilweise Verurteilung in 17 Fällen und Abweisung der Klage in 6 Fällen statt. Von den 133 notwendigen Terminen wurden vom Vorsitzenden allein 145 und vom Spruchgericht 40 wahrgenommen. Vor dem Vorsitzenden allein fanden hierzu 40 Terminstage, vor dem Spruchgericht (mit Beisitzern) dagegen nur 16 Terminstage statt. Von den durch Endurteil erledigten 33 Klagen wurden in weniger als einer Woche 15, in 1—2 Wochen 2, in 2—4 Wochen 6, in 1—3 Monaten 7 und nach mehr als 3 Monaten 3 Fälle erledigt. Recht auffällig erscheint nach diesem Tätigkeitsbericht die verhältnismäßig hohe Zahl von Fällen (dreizehntel), die ohne das Spruchgericht zu positiver bereits vom Vorsitzenden allein erledigt worden waren — wenn auch nicht zu verkennen ist, daß ein Teil Klagen in Erkenntnis der geschlichen Bestimmungen eingereicht werden, und daß diese Klageanträge dann nach näherer Aufklärung durch den Vorsitzenden vom Kläger zurückgezogen werden — so erscheint aber doch in Anbetracht, daß fast sämtliche Klageanträge (123) in der Gerichtsschreiberei zu Protokoll erklärt wurden — wobei doch bereits eine gewisse Rechtsbelehrung ausgeübt wird, diese hohe Zahl befremdlich.

Die Gewerbegerichtsbeisitzer aus dem Kreise der Arbeitnehmer haben bereits auf Grund der Ergebnisse früherer Tätigkeitsberichte darauf hingewiesen, daß die Praxis der Vergleichung wie die Rechtsbelehrung auf Zurücknahme von Klageanträgen allen Anschein nach beim Mummelburger Gewerbegericht etwas gar zu rührig betrieben wird. Es ist hierin zwar diesmal infolge einer Besserung zu konstatieren, als die Zahl der Spruchgerichtstermine bei der gleichen Anzahl Klagen von 27 im Jahre 1907 auf 40 im Berichtsjahre gestiegen sind. Immerhin erscheint doch auch noch die Zahl von 33 Zurücknahmen und Verzicht bei nur 133 Klageanträgen außerordentlich hoch. Eine nähere Spezialisierung der für die häufige Zurücknahme in Betracht kommenden Gründe wäre wohl nicht von der Hand zu weisen. Ebenso würden wohl auch spezialisierte Angaben über die Resultate der von den Vorsitzenden allein erledigten Vergleiche sehr zur Vermeidung etwaiger falscher Schlüsse beitragen.

Alt-Glienicke.

Die Gemeindevertretung befahte sich in ihrer letzten Sitzung eingehend mit dem von Genossen Berlach gestellten Antrag betreffs einer kommunalen Weisheit an Arbeitslose. Der Antragsteller verzichtete darauf, daß bei der letzten Arbeitslosenzählung über 200 Arbeitslose am Orte ermittelt worden seien. Zugleich brachte der Redner einige Fälle bitterster Not zur Sprache. Wenn von diesen Erkenntnis die Unterstützung der Gemeinde bisher nicht in Anspruch genommen worden sei, so nur deshalb, weil dieselbe ihre politischen Rechte nicht verlieren wollten. Es wäre nun Pflicht der Gemeinde, auch ihrerseits für dieselben etwas zu tun. Er beantragte aus diesem Grunde 2000 M. für die Arbeitslosen zu bewilligen; diese Unterstützung dürfte jedoch nicht den Charakter einer Armenunterstützung tragen. Die bürgerlichen Vertreter waren der Ansicht, daß 1000 M. genügen würden. Unsere Genossen beharrten jedoch mit Entschiedenheit auf ihrem Antrag. Für diesen Antrag stimmten die Herren Wöhlke, Schellenberger, unsere vier Genossen und der Gemeindevorsteher, dagegen die Herren Gannemann, Thiele, Parten-

heimer, Veuster und Dr. Herbrand. Der Antrag unserer Genossen wurde somit mit einer Stimme Mehrheit angenommen. Dann wurde die Armenkommission ermächtigt, an verheiratete Familienmütter sowie an die Witwen mit Kindern, die infolge der Arbeitslosigkeit in Not geraten sind, eine Unterstützung von 12 M. zu gewähren. Den Charakter einer Armenunterstützung trägt diese Unterstützung nicht. Des weiteren wurde der Gemeinde aufgegeben, sofort die Arbeitslosen durch Aufnahme von größeren Arbeiten, Straßenreinigung, Planierung usw., zu beschäftigen. Als Arbeitszeit wurden neun Stunden bei einem Stundenlohn von 40 Pf. festgesetzt.

Adlershof.

Den Vorwärtslesern zur Kenntnis, daß die Geschäfte der Expedition des Vorwärts vom 15. März ab provisorisch in die Hände des Genossen Karl Schwarzlose, hier, Hoffmannstraße 9 III, übergegangen sind.

Eichwalde.

Bei den Gemeindevertreterwahlen wurden in der ersten Abteilung Rentier Benede und in der zweiten Rentier Rauninger gewählt. In der dritten Abteilung ist das Stimmverhältnis folgendes: Der Kandidat des Ortsvereins (Nichtliche Richtung) erhielt 63 Stimmen, unser Genosse Altrich 61 und der Kandidat des Grundbesitzervereins 35 Stimmen. Es findet somit Stichwahl statt zwischen dem Kandidaten des Ortsvereins Kaufmann Niehu und unserem Genossen Altrich. Die Wahlbeteiligung war von allen Parteien eine äußerst rege.

Am Abend vor der Wahl hatte der Ortsverein noch ganz plötzlich eine öffentliche Versammlung nach Viechers Gesellschaftsraum einberufen, um angeblich gegen das Flugblatt des Grundbesitzervereins zu Felde zu ziehen. Herr Kaufmann Niehu hatte hierzu das Referat übernommen. Die heftigsten Ausfälle gegen die Gemeindevertretung und Mitglieder des Grundbesitzervereins bildeten den „Inhalt“ desselben. Dem Sinne nach, die Worte suchten allerdings denselben zu verschleiern, hießen unter anderem sogar der hiesige Pastor Lügow sowie der Hauptlehrer Schwahn in dieselbe Reihe. Unsere Genossen Kollentzin, Seifert, Mahle und Kimmritz kennzeichneten das Gebahren der sich befindenden Eliten in ausgezeichneter Weise. Mit Recht wiesen sie darauf hin, daß durch solche Untriede das Ansehen unserer Gemeinde außerordentlich geschädigt wird. Sie empfahlen den Versammelten das Eintreten für die Kandidaten der Sozialdemokratie.

Die Stichwahl findet am Freitag, den 10. d. M., abends von 6 1/2 bis 8 Uhr statt. Da die Wahlzeit eine für uns ziemlich günstige ist und verschiedene Arbeiter, die wahlberechtigt waren, zur Wahl nicht erschienen sind, sind die Aussichten für uns nicht ungünstig. Zulammen wurden von den beiden bürgerlichen Parteien circa 50 Papierstimmen abgegeben.

Weissenfee.

Nach dem Tätigkeitsbericht des Gewerbegerichts wurden im Jahre 1908 249 Klagen erhoben. Davon sind 8 von 1907 übernommen worden. Erledigt wurden 245, unerledigt blieben 4, verlegt sind 4 Klagen. Von den Klagen sind erhoben worden von Arbeitern gegen Arbeitgeber 249, von Arbeitgebern gegen Arbeiter 8. Der Wert des Streitgegenstandes betrug bis 20 M. 98 Klagen, 20 bis 25 M. 68 Klagen, 50—100 M. 68 Klagen, mehr als 100 M. 19 Klagen und 6 Klagen, in denen der Wert nicht festgestellt wurde. Die geringste Klagesumme betrug 1 M., die höchste 928,73 M. Von den Rechtsstreitigkeiten sind erledigt 43 durch Zurücknahme, 107 durch Vergleich, 11 durch Anerkenntnis; durch rechtskräftiges Versäumnisurteil gegen 8 Klagen und 33 Beklagte, durch Endurteil und zwar nach dem Klageantrag 12, teilweise Verurteilung 3, Abweisung der Klage 15, Ruhenlassen 12. Wegen Unzuständigkeit wurde eine Klage abgewiesen, in einer Sache wurde Berufung eingelegt. 67 Klagen sind in weniger als 1 Woche erledigt, 73 in 1 bis 2 Wochen, 65 in 2 Wochen bis 1 Monat, 33 in 1—3 Monaten und 8 in mehr als 3 Monaten. Es ergingen 120 Beweisbeschlüsse. Zeugen und Sachverständige gelangten 78 zur Vernehmung. Abgehalten wurden insgesamt 78 Termine, wovon 48 ohne Zuziehung der Zeugen und 30 mit Beisitzer stattfanden. Als Einigungsamt trat das Gewerbegericht im Berichtsjahre nicht in Tätigkeit.

Im abgelaufenen Geschäftsjahre des Kaufmannsgerichts wurden 29 Streitigkeiten und zwar ausschließlich von Handlungsgehilfen anhängig gemacht. Hierzu kommt noch eine aus dem Vorjahre übernommene Streitigkeit, so daß im ganzen 30 Sachen zu erledigen waren. Eine davon mußte am Jahreschluß als unerledigt ins neue Jahr übernommen werden. Es fanden 8 Termine ohne Zuziehung und 15 Termine mit Zuziehung von Beisitzern statt. Die geringste Klagesumme betrug 9,50 M., die höchste 1588,25 M. Als Einigungsamt trat das Kaufmannsgericht im Berichtsjahre nicht in Tätigkeit. Das Kaufmannsgericht gehört ebenso wie das Gewerbegericht dem Verbands deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte an.

Nowawes.

Die Wahlen zur zweiten Klasse der Gemeindevertretung, welche am Mittwoch stattfanden, wiesen eine lebhafteste Beteiligung auf, die darin ihre Ursache hatte, daß die bürgerliche Koalition in die Brüche gegangen war und sich zwei Listen gegenüberstanden. Die Sozialdemokratie hat infolge ihrer numerischen Schwäche in der zweiten Abteilung von einer Wahlbeteiligung abgesehen. Das Ergebnis der Wahl ist folgendes: Es haben erhalten: Brüllwitz 180, Reiff 173, Kohl 114, Lachmann 104, Darisch 84, Philipp 98, Venter 45 Stimmen; gewählt sind Brüllwitz und Reiff, während zwischen Kohl und Lachmann Stichwahl stattfinden muß. Interessant ist das Wahlergebnis infolge, als der einzige bürgerliche Arbeiter, der dem Gewerbeverein angehörte Eisenbrecher Darisch, nicht wiedergewählt worden ist, sowie durch den Umstand, daß die Angehörigen der 2. Abteilung das Hauptgewicht bei der Wahl darauf legten, Leute in die Vertretung zu bekommen, welche die Interessen der Grundbesitzer des städtischen (Neuendorfer) Ortsteils mit besonderem Nachdruck vertreten.

Reinickendorf.

Eine reichhaltige Tagesordnung hatten die Gemeindevertreter in ihrer Sitzung am Mittwoch, den 10. d. M., zu erledigen. Von Berlin wie von verschiedenen anderen Interessenten waren gegen einzelne neu ausgearbeitete Teile des Bebauungsplanes Einsprüche erhoben worden, von denen 10 als berechtigt anerkannt werden mußten und vom Gemeindevorstand Änderungen vorgeschlagen wurden. Auch mit der Stadt Berlin ist wegen Fortführung der an der Reichsgrenze endenden Straßen eine Einigung erfolgt. Die Gemeindeversammlung stimmte nach kurzer Debatte den Änderungen vorzuschlagen zu. Auf Antrag des Auktors für das Realprogramm wurde das Schulgeld hierfür von 120 auf 140 M. und das der Vorschule von 100 auf 120 M. gleichmäßig für Einheimische und Auswärtige erhöht. Den Polizei- und Erfüllungsbeamten soll an Stelle der bisher gelieferten Dienstkleidung Kleidergeld, pro Jahr 125 bzw. 150 M., gewährt werden. Die Gemeindevertretung stimmt dem zu. Mit dem Desinfektor wird ein neuer Dienstvertrag vereinbart. In demselben wird ihm ein Mindesteinkommen von 900 M. pro Jahr gewährleistet, außerdem soll er durch die Gemeinde gegen Unfallgefahr bei Ausübung seiner Verbindungen versichert werden. An vom Desinfektor zu erhebenden Gebühren werden festgesetzt: Für jede angefangene halbe Stunde Arbeitszeit 50 Pf., für Hin- und Rücktransport der Desinfektionsmittel 1,50 M., für Hin- und Rücktransport zu desinfizierender Gegenstände zur Desinfektionsanstalt 9 M. Diese Gebühren sollten nicht erhoben werden, wenn das Familienoberhaupt mit einem Einkommen von weniger als 1500 M. zur Steuer veranlagt ist. Auf Antrag unserer Genossen und des Sanitätsrats Dr. Westner wird dieser Satz auf 1800 M. erhöht; aber auch bei höheren Einkommen sollen nach Prüfung der Umstände die Gebühren ganz oder teilweise erlassen werden. Bei gemeinschaftlichen Krankheiten erfolgt die Desinfektion in allen Fällen gratis. Von der Gemeindevertretung wurde ge-

wünscht, die Gebührenordnung in der liberalsten Weise zu handhaben. Nachdem der Bürgermeister das zugestimmt hatte, wurde der Vertrag mit dem Desinfektor genehmigt. Sodann folgten Wahlen. In die Finanzkommission, die um zwei Mitglieder verstärkt wurde, wurden gewählt die Gemeindevertreter Pohl, Becker und unser Genosse Köhn. Mit der Firma Fleck & Söhne schwanden seit Jahren Differenzen über den Anschluß an das Bahngleis. Diese Firma war, entgegen den getroffenen Vereinbarungen plötzlich geringere Abänderungen wegen vom Vertrag zurückgetreten, wodurch das Gleis an ihrem Grundstück ein unnatürliches Ende fand und den dahinterliegenden Fabrik-Etablissements der Bahnanschluß abgeschnitten wurde. Nachdem der Gemeinde, der Besitzerin des Industriegleises, für die erforderlichen Flächen das Enteignungsrecht verliehen und das Verfahren eingeleitet worden war, kam die Firma schnell zur Besinnung und war zu einem Vergleich bereit. Da derselbe für die Gemeinde ziemlich günstig war, stimmte die Gemeindevertretung dem zu. Der Punkt: Genehmigung einer neuen Grundsteuerordnung wurde nach einer lebhaften und längeren Geschäftsordnungsdebatte von der Tagesordnung abgesetzt und soll in der zum Montag, den 15. März, anberaumten neuen Gemeindevertreterversammlung verhandelt werden. Dieser Gegenstand wird voraussichtlich zu harten Kämpfen Anlaß geben. Der Grund ist folgender: Der Vorschlag des Gemeindevorstands für 1909/10 schließt infolge der erhöhten Beamten- und Lehrgeldgehälter, aber auch infolge von Mindereinnahmen aus der Wertzuwachssteuer, resultierend aus der durch die wirtschaftliche Krise bedingte Stöckung am Grundstückmarkt, mit einem Defizit von 50 000 M. ab. Während ein Teil der Bürgerlichen in der Gemeindevertretung dieses Defizit durch eine Erhöhung des Kommunalzuschlages von 100 auf 120 Proz. ausgleichen will, suchen die anderen (Fabrik- und Hausbesitzer) das Defizit durch stärkere Belastung des unbebauten Grundbesitzes zu beseitigen. Die neue Grundsteuerordnung sieht deshalb eine eineinhalbfache Belastung des unbebauten gegenüber den bebauten Grundstücken vor. Auch hier spielt der leidige Konkurrenzkampf, den Berlin mit seinen Vororten und diese selbst untereinander ausfechten, wieder seine nicht unbeträchtliche Rolle. Nicht aus Liebe zur nichtgründenden Bevölkerung wollen die Hausbesitzer diese Einwohner-schicht schonen, sondern weil sie sonst ein Ab- oder vermindertes Zuwandern bemittelter Kreise nach oder von solchen Gemeinden befürchten, denen es nachmals gelingen ist, den Etat mit 100 Proz. Kommunalzuschlag zu balancieren. Und ein solches Abwandern oder vermindertes Zuwandern bedeutet: Verstärkte größerer Wohnungen und damit Verdrängung der bebauten Grundstücke. Die Fabrikbesitzer haben infolge eines Interesses an dieser Art des Ausgleiches des Defizits, als ihnen sonst die Erhöhung des Gewerbesteuerzuschlages der 1. und 2. Klasse von 200 auf 250 Proz. winkt. Dies der Grund zur bitteren Feindschaft. Unsere Genossen sind diesmal die lachenden Dritten. Sie bilden das Jünglein an der Waage und geben den Ausschlag.

Gerichts-Zeitung.

Terrorismus der Reichsverbändler.

Aus Bromberg wird geschrieben: Freisprechungen von der Anklage des § 153 der Gewerbeordnung wurden hier am 27. Februar vier Zimmerer. Dieser Fall angeblichen Terrorismus, der im August vorigen Jahres durch die Reichsverbandspresse die Runde machte, kam vor dem Amtsgericht zur Verhandlung. Angeklagt waren die Genossen Müller, Wiese, Oeffel und Kreibitz. Ihnen wurde zur Last gelegt, einen Zimmerer Janski mit Namen an freiwilliger Arbeit gebunden und ihn mit Gewalt zum Beitritt in den Verband der Zimmerer veranlaßt zu haben.

Der Tatbestand war nach den Darlegungen der Angeklagten folgender: Janski wurde wegen rückständiger Beiträge im Verband der Zimmerer gestrichen. Dies gab dem Restanten Anlaß, die Verbandseinrichtungen und besonders auch die Führer in der unschönsten Weise unterzumachen. Eine Mitgliederversammlung sowie auch eine Vorstandssitzung beschäftigte sich mit den gemeinen Verhätigungen des Janski. Das Resultat war, daß der Betreffende auf drei Monate von der Wiederaufnahme ausgeschlossen wurde. Dies wurde ihm auch mitgeteilt. Trotzdem verlangte er, wieder aufgenommen zu werden. Gleichzeitig setzte er seine Verhätigungen fort. Von Seiten der Organisation wurde ihm nun aber nahegelegt, entweder ansständig zu sein, oder aber es müßten andere Mittel gegen ihn angewandt werden. Janski verließ dann die Kaufstelle und arbeitete auf einer anderen derselben Werkstätte weiter. Die Reichsverbandspresse fand darin eine Art Terrorismus und stellte die Tatsachen direkt auf den Kopf. Inzwischen nahm sich auch die Staatsanwaltschaft der Sache an und stellte Strafantrag gegen die vier wegen Vergehens gegen § 153. In der Verhandlung gab Janski als Zeuge an, daß er es mit seiner Mitgliedschaft gar nicht ernst genommen hat. Er behauptete auch, daß er auf Veranlassung der Angeklagten vom Bau entfernt worden sei und machte eine Reihe sich widersprechender Angaben. Der Amtsanwalt beantragte damals gegen jeden der Angeklagten drei Tage Haft. Das Gericht folgte nach kurzer Beratung dem Antrage des Verteidigers auf Freisprechung sämtlicher Angeklagten.

Vermischtes.

Ueber ein furchtbares Drama wird vom gestrigen Tage aus Glatz berichtet: In dem kleinen Grenzorte Wödmisch-Schade schlug die Witwe Kneifel den Gemeindevorsteher John, der ein ihr geliebtes Darlehn zurückforderte, mit einem Beile nieder und zündete ihr Haus an. Sodann eilte die Täterin nach dem Wohnhause des Ermordeten, tötete dessen Frau durch Messerstiche und schließlich sich selbst.

Nach dem Hochwassergebiete. Einem gestern mittag veröffentlichten amtlichen Bericht der Kaiserlicher Königlich Wasserbauinspektion zufolge ist die Bruchstelle des Elbe-Haveldeiches bei Dom-Mühlenhof durch einen provisorischen Damm aus Faschinenmaterial geschlossen worden, so daß bei dem befürchteten nochmaligen Strömen des Wassers der Elbe ein Durchströmen an der Bruchstelle ausgeschlossen ist.

Arbeitertrifft. Durch vorzeitige Explosion eines Sprengschusses wurden dem „Miesengebirgsboten“ zufolge bei Kaiserwaldau vier Arbeiter schwer verletzt. Das Befinden zweier ist hoffnungslos.

Ein Schweinepriester. Nach einer Meldung aus Karlsruhe wurde wegen ständiger Verfehlungen gegen junge Mädchen vom Konstanzer Staatsanwalt Haftbefehl gegen den katholischen Pfarrer in Klustern erlassen. Der Pfarrer ist deshalb in die Schweiz geflüchtet.

Wasserstands-Nachrichten
Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom
Beckener Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	10. 3.	9. 3.	10. 3.	9. 3.		10. 3.	9. 3.	10. 3.	9. 3.
Remel, Mühl	—	—	—	—	Saale, Groditz	82	—	—	—
Regel, Ansternburg	—109	—1	—	—	Havel, Brandau	74	—	—	—
Belgohl, Ebnorn	709	0	—	—	Havel, Rastow	120	—	—	—
Döber, Rathbor	108	—6	—	—	Spree, Spremberg	96	—	—	—
—, Proffen	134	+2	—	—	—, Beeskow	92	—	—	—
—, Brandorf	190	0	—	—	—, Wetzlar	—77	+4	—	—
Barthe, Strimm	61	—1	—	—	—, Rindow	—10	+1	—	—
—, Landsberg	42	—2	—	—	Rhein, Magmillansau	280	+3	—	—
—, Vorhamm	—4	—1	—	—	—, Ansb.	77	+1	—	—
Elbe, Leimertz	—57	+3	—	—	—, Ansb.	53	+1	—	—
—, Dresden	—173	+1	—	—	—, Rastow	40	—5	—	—
—, Borsig	62	+2	—	—	—, Rastow	115	0	—	—
—, Magdeburg	63	+3	—	—	—, Mosel, Treier	53	+6	—	—

+) + bedeutet Sturz, — Fall, — ?) Unvergleich, — ?) Abfluß

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Tacianu.
Piloty von Kaulbach
in ihrer indisch. Tempelzone.
The 6 Sisters Lorrison
die englischen Schönheiten.
Das großartige
Variété-Programm!
14 erstklassige Attraktionen.

B.D.
Blüthner-Saal.
Blüthner-Orchester.
Sonntag, 14. März, 7 1/2 Uhr:
Populäres Konzert.
Dirigent: Ferdinand Neisser.
Solist.: Bruno Einhorn (Cello),
S. Altschulsky (Posaune).
Aus d. Progr.: Auber: Ouv. z.
"Die Stumme". Saint-Saëns:
Konzert f. Violoncello, op. 33.
Massenet: Scènes Napolitain.
Suite. Wagner: Werbegesang
a. "Die Meistersinger" f. Pos.
Karten a 1.50, 1.-, 0.75 b. Bote
& Bock, Worthaus usw., Or-
chesterbureau Lützowstr. 76,
Tages- und Abendkasse am
Konzerttag. 289/94
Donnerstag, 18. März, 8 Uhr:
XXI. Sinfonie-Konzert.

Sanssouci, Kottbusser
StraÙe 6.
Direktion Wilhelm Kolmar.
Heute Freitag:
Extra-Theater-Abend.
Gastspiel d. Neuen Deutsch.
Freien Volkstheater.
Krausführung:
Rohini! Rohini!
Sämon Liebe.
Schauspiel in 4 Akten von
Jul. Nitschke.
Beg. Sonn. 5, wochent. 8 U.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Zum **123. Male:**
Der Kompagnieball
Anfang wochent. 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.

Gustav Behrens-
Theater.
Goltzstr. 9.
Der geprellte Rechtsanw.
Schwan in 1 Akt.
Das Schwalbennest.
Eprelle
und die übrigen erstklassigen
Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntag 6 Uhr.
Allgemeine Kranken- und
Sterbekasse der Metallarbeiter
(F. D. Nr. 29, Hamburg).
Filiale Berlin IV.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß
die Wahl der Delegierten zur General-
versammlung am Sonntag, den
14. März, von vormittags 10 bis
3 Uhr nachmittags bei Merlowitz,
Königsplatz 29, stattfindet.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
1387b Die Ortsverwaltung.

Von 38 M. an
fertige Anzug oder Paletot von
neuesten, reinwollenen und dauer-
haften Stoffen, prima Zutaten, zwei
Anproben, Garantie für modernen
und korrekten Sitz.
Bei Selbst-Stoff-Lieferung
von 20 Mark an beste Ver-
arbeitung.
A. Lipp, Kaiserstr. 25a.
Alexanderplatz. 303/1

Käse und Wurst
Versend. ganz
Hilfsmittel
Bestellk. von
Sachl. für
ner boafine
in Roll 9 Pfd.
Bezug von
für 12 Mark,
Haus in ganz
genen Kaufnahme od. Boreinsendung.
Eigene große Schweinefleisch!
Neben Besuch schenkt mir dauernde
Kunden.
Franz Krumbach,
4822*
Säferri. Bräunow II. W.

Wahrung! Brauereiarbeiter. Wahrung!
Wegen Aufregung von drei Kollegen reichten die im Brauerei-
arbeiter-Verband organisierten Arbeitnehmer der Brauerei Engel-
hardt Nachf., Panlow, die Kündigung zum Freitag, den 19. März, ein.
Die Brauerei Engelhardt Nachf., Panlow, ist hiermit für organi-
sierte Brauereiarbeiter gesperrt.
Zentral-Verband deutscher Brauereiarbeiter.
Ortsverwaltung Berlin.

Tischler-Verein E. H. No. 89.
Sonnabend, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:
Verammlung.
Vortrag von Herrn C. Böttcher: Kartelle und Trusts. Vereins-
angelegenheiten.

Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter
und verwandten Gewerbe zu Berlin.
I. Die Wahlen von 140 Vertretern der versicherungspflichtigen und
9 Vertretern der freiwilligen Mitglieder für die Generalversammlungen pro
1909/10 gemäß § 44 des Statuts finden statt am
Sonntag, den 21. März 1909, von 10 Uhr vormittags
bis 1 Uhr nachmittags.
Es wählen:
Abteilung I (S. und SO.): 38 Vertreter im Märkischen Hof,
Admiralstraße 18 a.
Abteilung II (W., SW. und O.): 25 Vertreter im Lokal von Emil
Schmidt, Lindenstraße 3. 2. Hof parterre.
Abteilung III (N. und NW.): 60 Vertreter im Raabes Gefäßfabr.,
Kolberger Straße 23.
Abteilung IV (O. und NO.): 17 Vertreter im Lokal von Albert
Tredub, Büchsenmaler Straße 17.
Abteilung V (Freiwilige Mitglieder): 9 Vertreter im Lokal von Karl
Krug (Drei Raben), Neue Schönhauser Straße 20.
Die Wahlen sind geheim.
Abgabe der Stimmzettel von 10 bis 1 Uhr.
Die Stimmzettel dürfen nicht mehr Namen enthalten, als in den
einzelnen Abteilungen Vertreter zu wählen sind. Ferner müssen die
Stimmzettel enthalten:
Vor- und Nachnamen, die genaue Wohnung und die Telefonnummer
der zu Wählenden.
Stimmzettel, welche obige Angaben nicht oder mehr Namen enthalten,
als in der betreffenden Abteilung zu wählen sind, sind ungültig.
Um 1 Uhr nachmittags wird der Wahlakt geschlossen und beginnt
darauf die Ermittlung des Wahlergebnisses.
Wahlberechtigt und wählbar sind nur Mitglieder, welche das 21. Lebens-
jahr erreicht haben und sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden.
Das Legitimationsbuch oder die Legitimationskarte ist am Eingabe des
Wahllokal und bei Abgabe der Stimmzettel vorzuzeigen. Die Herren
Arbeitgeber bzw. Betriebsunternehmer werden dringend ersucht, die zum
Zweck der Wahlen besonders angefertigten Legitimationskarten zuvor im
Kassenlokal abgeben oder aber den Mitgliedern ihre Legitimationsbücher —
mit dem Tagesstempel des Wahlortes versehen — an diesem Tage aus-
händigen zu lassen.
Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebeten.
II. Die ordentliche Generalversammlung der Vertreter der Arbeit-
geber und Arbeitnehmer findet am Montag, den 29. März 1909,
abends 8 1/2 Uhr, in Schul's Prachtlokal, Am Königsgraben 14a,
statt.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr. 2. Be-
richt der Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung und Erteilung der
Bescheinigung. 3. Verschiedenes.
Nach Schluß dieser Generalversammlung findet in dem-
selben Lokal eine Generalversammlung der Vertreter der arbeitnehmenden
Mitglieder behufs Vornahme der Wahlen von zwei Vorstandsmitgliedern
statt.

III. Die Wahlversammlung der Arbeitgeber zur Wahl der Vertreter
zu den Generalversammlungen vom 1. April 1909 bis zum 31. März 1910
findet am Mittwoch, den 24. März 1909, abends von 8 1/2-9 1/2
Uhr, im Berliner Rathaus (Praktikumszimmer), Jüdenstraße, statt.
Es wählen sich 70 Vertreter, § 44 des Statuts.
Die Wahlen sind geheim und finden mittels Stimmzettel statt.
Nach Schluß dieser Wahlversammlung findet die
Ordentliche Generalversammlung
der Vertreter der Arbeitgeber in demselben Lokal statt.
Tages-Ordnung:
Wahl von einem Vorstandsmitglied für die Zeit vom 1. April 1909
bis zum 31. März 1912.
Das Mandat legitimiert.
Anfragen und Beschwerden, zu welchen die Einsicht in die Kassen-
bücher notwendig ist, müssen bis zum 21. März 1909 mündlich oder schrift-
lich behufs Beantragung derselben in der Generalversammlung dem Vor-
stande mitgeteilt werden.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Herren Vertreter
ist sehr erwünscht.
Das Mandat legitimiert.
Am Sonnabend, den 13. März 1909, beziehen wir unsere Bureau-
räume von der Neuen Schönhauser Str. 16, nach der
Lottumstraße 9.
Wegen des Umzuges bleibt das Kassenlokal vom 13. März,
mittags 12 Uhr ab, bis einschließl. den 15. März geschlossen.
Vom 16. März ab ist das Bureau wieder von 9 Uhr vormittags
bis 2 Uhr nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage,
geöffnet.
Berlin, den 11. März 1909. 13865
Der Vorstand.
Fr. Schmidt, W. Schell.

Nach dem
Urteil aller Kenner
ist
Bolero
die feinste 2 Pl.-
Zigarette

Kredit. Möbel auf Teilzahlung
bei allerkleinster An- u. Abzahlung. Größte Rücksicht
bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit.
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.
Sonntag, 14. März, abends 7 Uhr, im „Königstadt-Restaurant“,
Hohenzollernstr. 72 (Ecke Alexanderstr.):
Vortrag des Reichstagsabg. **Emil Eichhorn** über:
Deutsche Freiheitsdichter der Märztage.
Nach dem Vortrage:
Gemütliches Beisammensein und Tanz. 6/8
Eintritt 20 Pf. — Garderobe frei.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Col I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Col III. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 14. März 1909, vorm. 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
der
Widler, Isolierer und verwandten Berufskollegen und
Kolleginnen Berlins und Umgegend
im Zwinnmünder Gesellschaftshaus, Zwinnmünder Str. 42.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Branchenkommission und Neuwahl derselben. 2. Branchen-
angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Sonntag, den 14. März 1909, vorm. 10 Uhr:
Versammlung
aller in der Schraubenbranche beschäftigten Einrichter an
Automaten und Einzelbänken
im Gewerkschaftshaus (Saal 5), Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Lohn- und Arbeitsystem. 2. Diskussion.

Montag, den 15. März 1909:
Bezirks-Versammlungen
für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin
in folgenden Lokalen:

1. Osten-Lichtenberg: Litka, Memeler Str. 67, abends 8 1/2 Uhr.
2. Stralau-Rummelsburg: Markgrafen-Säle, Markt-
grafendamm 34, abds. 8 1/2 Uhr.
3. Weißensee: Roskopf, Königshausen 33, abends 8 1/2 Uhr.
4. Süden: Lokal Süd-Ost, Waldemarstr. 75, abends 8 1/2 Uhr.
5. Rixdorf: Thiel, Bergstr. 152, abends 8 1/2 Uhr.
6. Westen-Schöneberg: Methes Festhalle, Schöne-
berg, Hauptstr. 5/6, abds. 8 1/2 Uhr.
7. Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3, abds. 8 1/2 Uhr.
8. Steglitz: Scheilhase, Alhornstr. 15, abends 8 1/2 Uhr.
9. Moabit: Prachtsäle Nordwest, Wielestr. 24, abends
8 1/2 Uhr.
10. Norden: Germaniasäle, Chausseestr. 110, abends 8 1/2 Uhr.
11. Norden: Raabe, Kolberger Str. 23, abends 8 1/2 Uhr.
12. Norden: Franke, Bobstr. 19, abends 8 1/2 Uhr.
13. Norden: Obiglio, Schwedter Str. 23, abends 8 1/2 Uhr.
14. Tegel: Eichbornsäle, Eichbornstr. 60, abends 6 Uhr.
15. Spandau: Gottwald, Schönewalder Str. 80, abends 8 1/2 Uhr.
16. Oberschöneweide: Lokal Hasselwerder, abends
6 Uhr.
17. Köpenick: Schulz, Kaulsdorfer Str. 3, abends 8 Uhr.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:
1. Bericht von der außerordentlichen Generalversammlung.
2. Stellungnahme zur Generalversammlung am 4. April.
3. Ausstellung von Kandidaten zum Verbandstag in Hamburg.
Näheres in Stralau-Rummelsburg und Tegel als 4. Punkt:
Bericht und Neuwahl der Bezirksleitung.
Ohne Mitgliedsbuch hat niemand Zutritt.
Zahlreiches Besuch wird erwartet.

Metallarbeiter-Notizkalender
Zweit 60 Pf., sind im Bureau zu haben.
113/3 Die Ortsverwaltung.

Berlin — Neue Friedrichstraße 35 — Präfels Festhalle
Freitag, 12. März, 8 1/2 Uhr pünktlich:
Oeffentliche Versammlung.
Vortrag Gustav Landauers: 1384b
Sozialismus und Bürgertum.
Insbesondere die Kreise der Studierenden werden
zu dieser Versammlung eingeladen.
Gruppe Gemeinschaft des Sozialistischen Bundes.

Verband der haugewerblichen Hilfsarbeiter
Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend.
(Sektion der Töpferträger.)
Montag, den 15. März, abends 8 Uhr, im Rosenthaler Vereins-
haus, Rosenthaler Straße 57:

Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Um rege
Beteiligung ersucht 29/5 Der Zweigvereinsvorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Einsetzer.
Sonntag, den 14. d. M.: Bezirksversammlung in dem
bekanntesten Lokal. 80/10

Zentral-Verband der Maurer
Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und Zement-
branche.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied
Paul Ackermann
am 7. März gestorben und am
Mittwoch, den 10. März, beerdigt
wurde. 136/12
Ehre seinem Andenken!
Der Sektions-Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Schlosser
Paul Zeiske
am 2. d. M. an Lungenleiden
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
113/4 Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Berlin.
Den Mitglieðern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Alexander Salbach
am 10. März gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonnabend, den 13. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Elias-Kirchhofes in
Nieder-Schönhausen (Nordend)
aus statt.
80/11 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Töpfer
Deutschlands.
Filiale Berlin.
Todes-Anzeige.
Am 8. März verstarb unser
Mitglied
Emil Richter
(Bezirk Südost)
im Alter von 31 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 12. März, nachmittags
2 Uhr, von der Leichenhalle des
St. Thomas-Kirchhofes in Rixdorf,
Hermannstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
192/8 Der Vorstand.

Steinarbeiter!
Berlin I.
Die Ausgabung der in letzter Vers-
ammlung beschlossenen Notstands-
unterstützung erfolgt am Sonn-
abend, den 13. März, vormittags von
9-12 Uhr, nachmittags von 3 bis
6 Uhr, und Sonntag, den 14. März,
vormittags von 9-12 Uhr, bei
W. Haber, Stephanstr. 11.
Später erhaltene Anträge werden
nicht berücksichtigt. Bezugsberechtigt
sind über vier Wochen arbeitslose
Iowie aus der Krankenkasse aus-
gesteuerte Kranke Kollegen, sofern sie
mindestens ein Jahr organisiert sind.
Ausnahmen werden nur mit erst
aus der Letzte getreuen Verbands-
leitung gemacht.
Mitgliedsbuch, Annahmekennte und
Krankentafelbuch sind mitzubringen.
171/10 Die Ortsverwaltung.

Berliner Arbeiter-
Radfahrer-Verein
Mitglied des Arbeiter-
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.
Touren
zum Sonntag, den 14. März.
1. Abt. 9 Uhr: Baumgartenweg.
Start: Bülowstr. 58.
2. Abt. 1 Uhr: Sankt-Nikolaus (Jäger-
haus). Start: Fontanepromenade 15.
3. Abt. 8 Uhr: Golen, Lindenhof
(Bismarck). Start: Köppler Straße 8.
4. Abt. 1 1/2 Uhr: Schöholz (Rum-
low). Start: Bremerstraße 44.
5. Abt. 1 1/2 Uhr: Wilmersdorfer
(Bremb). Start: Schillingstr. 15.
6. Abt. 2 Uhr: Baumgartenweg.
Start: Weberstr. 17. 10/5
Willy Michalsky,
Zentral-Baumarkt.

Charlottenburg
F. Kunstmann Wallisstr.
Moderne Uhren u. Goldwaren

